Reichs-Ausgabe

Preis 350 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Freitag, 20. April 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die Reichsausgabe der „DAZ" erscheint wöchentlich sechsmal. Bei der Post 9000,— ℳ monatlich. Ins Ausland nach besonderen Sätzen.

Einzelpreis der Nummer im Ausland:

	Wochentags	Sonntags			Wochentags	Sonntags	
Belgien	30	60	Cts.	Holland	10	20	Cts.
Bulgarien	2,50	5	Lewa	Italien	30	60	Cts.
England	3	6	Pence	Jugoslaw.	1,20	2	Dinar
Frankreich	30	60	Cts.	Lettland	5	10	Lt.
Litauen	25	50	Cts.	Spanien	15	30	Cts.
Rumänien	3	5	Lei	Tschechosl.	0,80	1,50	Kr.
Schweiz	20	30	Cts.	Ungarn	60	100	Kr.
Skandinav.	10	20	Oere	U. S. A.	5	10	Cts.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für Aufnahme in einer bestimmten Ausgabe oder an einem bestimmten Platz nach Tarif berechnet.

20. 4. w Nr. 180/181 350
62. Jahrgang.

Fortsetzung der Stützungsaktion.

Einfuhrbeschränkung. Devisen-Anmeldepflicht.

W. T. B. meldet:

Angesichts der plötzlichen Steigerung der Devisenkurse hat das Reichskabinett im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium beschlossen, die Stützungsaktion für die Mark mit allem Nachdruck weiterzuführen. Zu diesem Zwecke sollen, abgesehen von der Fortsetzung der börsenmäßigen Stützungstätigkeit, zunächst folgende Maßnahmen unverzüglich ergriffen werden:

1. eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr,

2. die Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für den Besitz an Devisen nach dem Stande des Tages, an dem die hierzu erforderliche Notverordnung erlassen wird.

*

Die Situation am Devisenmarkte unterschied sich am Donnerstag wenig von der des Vortages. Die starke Nachfrage seitens des Bedarfes dauerte trotz der Ankündigung der Fortsetzung der börsenmäßigen Intervention seitens der Reichsbank fort. Die letztere teilte auch wieder nur einen Teil der verlangten Devisen zu. An der Börse wurde bis zur Bekanntwerdung der Regierungserklärung der Dollar zwischen 31 000 und 29 500 gehandelt. Danach stellte sich der Kurs auf 29 500.

Die Befugnisse der Ingenieurmission werden erweitert.

Auch das linke Rheinufer unter ihrer Kontrolle.

Paris, 18. 4. (W. T. B.)

Havas meldet aus Koblenz, daß auf Grund eines Beschlusses der Rheinlandkommission die französisch-belgische Ingenieurmission im Ruhrgebiet unter der Oberhoheit der Rheinlandkommission auch in den besetzten Gebieten auf dem linken Rheinufer und im Gebiete der Brückenköpfe ihre Tätigkeit auszuüben hat. Der Betrieb der Bergwerke, die Sprengstofflieferungen und die Erhebung der Kohlensteuer seien auf diese Weise in den Händen der Ingenieurmission für das besetzte Gebiet zentralisiert.

*

Die sogenannte „Ingenieurmission" hat wohl zur Genüge ihre vollständige Unfähigkeit erwiesen, einen komplizierten Wirtschaftsapparat zu meistern, so daß man einer Ausdehnung ihrer „Befugnisse" ohne Besorgnis entgegensehen kann.

Französische Ministerbesprechungen in St. Goar.

Paris, 18. 4. Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer und Finanzminister de Lasteyrie verließen heute morgen Düsseldorf und begaben sich im Auto nach Koblenz. In St. Goar nahmen sie Aufenthalt und besichtigten dort die Schifferschule, wo französische Schiffer, die die deutschen Rheinschiffer ersetzen sollen, ausgebildet werden. Nachmittags fanden zwischen den beiden Ministern im Beisein des französischen Oberkommissars Tirard und des belgischen Oberkommissars Baron Rollin-Jaequemyns Besprechungen statt. Um 5 Uhr reisten die Minister nach Paris zurück.

Zum Raub deutscher Patente.

Wie bereits in Nr. 178/179 gemeldet, hat eine amtliche französische Kommission beschlagnahmte deutsche Patente, insbesondere das Patent Meißer, das für die deutsche drahtTelegraphie wichtig ist, auf Grund Artikel 306 des Versailler Diktats beschlagnahmt. In Ergänzung unserer Bemerkungen zu diesem Patentraub teilen wir noch mit:

Der erwähnte Artikel gibt der französischen Regierung das Recht, deutsche Patente einzuschränken oder ihre Verwendung an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Dies kann so erfolgen, daß Frankreich die Patente entweder selbst ausübt oder für ihre Ausführung Lizenzen erteilt oder sie unter staatliche Ueberwachung stellt. Dies gilt sowohl gegenüber den vor Inkrafttreten des Versailler Diktats als den danach erworbenen Patenten.

Ein Unterschied besteht nur insofern, als die Maßregeln gegen die nach dem Inkrafttreten erworbenen Patente an die Voraussetzung geknüpft sind, daß sie „im Interesse der Landesverteidigung oder des Gemeinwohls" notwendig erscheinen, während in die vor dem Inkrafttreten erworbenen Patente auch aus anderen Gründen eingegriffen werden kann. Die von den französischen Maßregeln betroffenen Deutschen müssen nach dem Versailler Diktat durch Frankreich angemessen entschädigt werden. Zur Durchführung des Artikels 306 hat die französische Regierung, wie erwähnt, eine technische Kommission eingesetzt, mit der Aufgabe, alle von Deutschen erworbenen Patente auf die Anwendung des Artikels 306 hin zu prüfen. Die Bestimmungen der französischen Verordnung über die Entschädigung haben zu Zweifeln Anlaß gegeben und werden zurzeit von den zuständigen deutschen Stellen geprüft.

Um 4½ Uhr:
Doll. 29 000, Pfunde 135 000.
Amtlicher Dollarkurs: 29 500.

Kriegsrat unter Vorsitz Millerands.

Die blockierten Engländer.

S. **Paris**, 19. 4. (Eigenbericht.)

Unter dem Vorsitz Millerands findet heute im Elysée ein Ministerrat statt, dem insofern besondere Bedeutung zukommt, als er sich zum größten Teil mit dem „Ergebnis" (vergl. die nachstehende Meldung) der letzten Ministerreisen ins Ruhrgebiet befassen wird. In der heutigen Presse werden die bereits von uns angekündigten Verschärfungen teilweise angedeutet. So soll vor allen Dingen zukünftig der Automobilverkehr besonders scharf überwacht werden. Die Entlassung der Jahresklasse 1921 bis zum 20. Mai erfordert die Entsendung von weiteren 22 000 Mann ins Ruhrgebiet, die aus den Grenzgarnisonen Frankreichs und Belgiens entnommen werden sollen. Bei Vohwinkel wird, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, in kürzester Frist eine neue Kontrollstation eingerichtet werden, weil hier angeblich noch ein „Loch" gegenüber der englischen Besatzungszone bestehe.

Hasardeur Le Trocquer.

Paris, 19. 4. (T. U.)

„Petit Parisien" teilt mit, daß die französischen Minister Le Trocquer und de Lasteyrie von ihrer Reise nach dem Ruhrgebiet hierher zurückgekehrt sind. Le Trocquer teilte mit:

„Ich bin mit dem Erfolg meiner Reise und den erzielten Resultaten sehr zufrieden. Man kann bereits jetzt sagen, daß die Partie gewonnen ist. (!?) Die Minister haben gestern nachmittag in Koblenz verschiedene finanzielle und technische Fragen verhandelt und sich insbesondere mit der Unterbringung der französischen Eisenbahner im besetzten Gebiet beschäftigt. Es wurden Maßregeln ergriffen, damit diese Beamten in guten Wohnungen Unterkunft erhalten und später ihre Familien nachkommen lassen können."

W. T. B. Kriegsminister Maginot ist gestern vormittag nach Paris zurückgekehrt. Der Hauptzweck seiner Reise war nach Havas, an Ort und Stelle die Frage der Truppenstärke zu regeln, die heute für die ganze Ruhrfrage maßgebend sei. Vom 20. Mai an seien 20 000 bis 22 000 Mann der Jahresklasse 1921 abschnittweise zu entlassen. Havas erklärt, der französische und der belgische Kriegsminister hätten sich über die Neuregelung der französischen und belgischen Truppenverteilung verständigt. Die getroffenen Vereinbarungen würden es gestatten, in dem besetzten Gebiet die Truppenstärke auf der gleichen Höhe wie bis jetzt zu erhalten.

Neue Angriffe gegen Millerand.

S. **Paris**, 19. 4. (Eigenbericht.) Der „Figaro" setzt heute seine Angriffe gegen Millerand fort und wirft ihm hauptsächlich vor, daß er bei Uebernahme seines Amtes eine Aenderung der Verfassung geplant habe, um seine Macht erweitern zu können. Dieser Plan sei jedoch auf so große Schwierigkeiten gestoßen, daß Millerand ihn schließlich aufgeben mußte. Dies hätte ihn jedoch keineswegs gehindert, verschiedentlich seine verfassungsmäßigen Rechte vielfach zu überschreiten.

Es wird hier jetzt allgemein angenommen, daß die mit drei Sternen gezeichneten Artikel von dem eigentlichen Besitzer des „Figaro", dem Parfümfabrikanten Coty, selbst geschrieben seien. Fest steht jedenfalls, daß — mag dies zutreffen oder nicht — diese Artikel von einer Seite inspiriert werden, die Poincaré sehr nahe stehen muß.

Unbehagen in England.

Poincarés Ausschaltungsmanöver.

A. **London**, 19. 4. (Eigenbericht.)

Die Nachricht, daß die Regierungen von Paris und Brüssel die Absicht haben, gemeinsam einen neuen Reparationsplan auszuarbeiten, erregt in englischen unterrichteten Kreisen ziemliches Unbehagen. Die Besorgnis, daß die englischen Interessen bei der schließlichen Regelung des Ruhrkonflikts in den Hintergrund geraten könnten, ist durch die Nachricht wieder erwacht, und die neuen Pariser Pläne werden mit erheblichem Mißtrauen beobachtet.

Die Regierungspresse fühlt sich veranlaßt, Frankreich in sehr deutlicher Weise abermals daran zu erinnern, daß England unter keinerlei Umständen gestatten werde, bei der Neuregelung der europäischen Verhältnisse ausgeschaltet zu werden. Was immer auch geschehen möge, so sagt die „Times", keine endgültige Lösung sei möglich, wenn nicht durch alle verfügbaren Mittel ein enger Kontakt zwischen England und Frankreich aufrechterhalten werde.

Im „Daily Telegraph" werden die Franzosen daran erinnert, daß die Reparationsfrage letzten Endes nur durch internationale Finanzoperationen gelöst werden könne und daß der Kredit Englands für Frankreich unentbehrlich sein werde, besonders weil auch Amerika sich bei seiner Beteiligung nach dem englischen Beispiel richten dürfte.

Die Ausweisung des deutschen Kommissars für die besetzten Gebiete wird in der englischen Presse zwar bisher nicht besprochen, ist jedoch den politischen Kreisen ohne Zweifel sehr unwillkommen. Man sieht in dieser Maßregel einen neuen und sehr bedeutsamen Schritt auf dem Wege, der dazu führen soll, den Franzosen eine möglichst ungehinderte Kontrolle über das Rheinland zu beschaffen und alle anderen Einflüsse auszuschalten. In einem Telegramm der „Times" aus Düsseldorf wird diese Befürchtung mit ziemlicher Deutlichkeit ausgesprochen. Die Maßregel sei von den englischen Besatzungsbehörden entschieden mißbilligt worden, und man habe sich auf englischer Seite der Ausweisung, die bereits seit Monaten geplant worden sei, scharf widersetzt. Das Resultat der Ausweisung werde darin bestehen, daß die lokalen Vertreter der Rheinlandkommission jetzt in der Lage sein würden, mit den deutschen Behörden ganz nach ihrem Gutdünken zu verfahren.

Der Ruhrbericht der Labour Party.

Feste Haltung der Arbeiter. — Frankreich erhält nichts. — Englands Handel leidet.

London, 19. 4.

Gestern abend wurde, wie bereits kurz gemeldet, der vom 3. April datierte Bericht der aus den Parlamentsmitgliedern Adamson, Tom Shaw, Charles Burton sowie dem Brigadegeneral Thomson bestehenden Arbeiterdelegation über ihren Besuch im Ruhrgebiet vom 21. bis 27. März veröffentlicht.

Der Bericht stellt fest, daß sowohl im Rheinland (außerhalb der britischen Zone), als auch im Ruhrgebiet der Eisenbahnverkehr in Mitleidenschaft gezogen worden ist, daß der Straßenbahnverkehr im Gegensatz zu früher langsam, unpünktlich und unregelmäßig ist, daß der telegraphische und telephonische Verkehr für die Zivilbevölkerung so gut wie aufgehoben ist und daß das Geschäftsleben im Ruhrgebiet stillsteht. General Degoutte habe die Lage richtig als eine Blockade bezeichnet. Auch die britische Zone im Rheinland sei umzingelt. Unter diesen Umständen sei die Lage der britischen Kaufleute unmöglich geworden. Die allgemeine Ansicht scheine dahin zu gehen, daß die Industrie um die Hälfte zurückgegangen ist. Von einem Lebensmittelmangel sei nichts sichtbar. Die Lebensmittelpreise hätten die Neigung gezeigt, zu fallen.

Ueber die Haltung der Arbeiter besagt der Bericht, sie sei im ganzen vernünftig und gemäßigt gewesen. Sie widersetzten sich jedoch bis auf den letzten Mann entschlossen jeder Zerstückelung Deutschlands. Ihre Stimmung sei zum großen Teil nationalistisch oder was in England patriotisch genannt werden würde. Sie sei jedoch nicht zurückzuführen auf irgend einen von der deutschen Regierung oder den Arbeitgebern ausgeübten Einfluß. Tatsächlich bestehe Grund zu der Annahme, daß die Arbeiter das mächtigste Element des Widerstandes gegen die widerrechtliche Aneignung der Kontrolle durch Frankreich in irgendeiner Gestalt bilden. Die Bevölkerung des Ruhrgebiets sei im wesentlichen betriebsam und friedlich gesinnt. Was die deutschen Industriemagnaten betreffe, so weigerten sie sich zu glauben, daß Frankreich wirklich nur Reparationen wolle. Einer von ihnen erklärte, das wahre Ziel der französischen Imperialisten sei Annexion. Auf die Frage, ob die französische Regierung bezüglich der Reparationszahlungen direkt an sie herangetreten sei, hätten sie verneinend geantwortet. Es schienen jedoch Verhandlungen zwischen ihnen und französischen Industriemagnaten stattgefunden zu haben (?), die fehlschlugen, nachdem sie Hoffnung auf eine befriedigende Vereinbarung erzeugt hätten. Die Magnaten seien mit den Arbeitern im Widerstande gegen jede Verletzung der deutschen Souveränität eins.

Zur Haltung der französischen Vertreter heißt es in dem Bericht, General Degoutte sei fest überzeugt, daß man Reparationen aus Deutschland herausbekommen könne mittels der Besetzung des Ruhrgebiets. Degouttes Politik sei bisher nicht vorsätzlich gegen Arbeiter gerichtet gewesen. (?) Er scheine jedoch bereit zu sein, in der nahen Zukunft stärkere Maßnahmen zu ergreifen, da — nach seinen eigenen Worten — die Not zunehme. Degoutte hoffe und erwarte eine baldige Kapitulation der Deutschen. (!) Dafür hätten jedoch seitens der Bevölkerung keine Anzeichen bestanden. (!)

Ueber die Haltung der Deutschen außerhalb des Ruhrgebiets sagt der Bericht, die deutschen Arbeiterklassen seien bereit, alles, was in ihrer Macht liege, zu tun, um die Besorgnisse der Franzosen zu besänftigen, aber mit einem französischen Heer im Ruhrgebiet seien sie argwöhnisch, daß die französischen Forderungen nach Reparationen und Sicherheiten nur ein Mantel für Annexionen sind. Der Bericht bemerkt zu der furchtbaren Vergeudung sowohl von Geld als auch von menschlichen Anstrengungen im Ruhrgebiet, mit dem, was die französische und die deutsche Regierung zusammen ausgeben, könnte ein großer Teil der Reparationsfrage geregelt werden.

Zu der britischen Stellung im Rheinland erklärt der Bericht, eine Fortsetzung der augenblicklichen Politik der Untätigkeit könne schließlich nicht verfehlen, die Stellung der britischen Vertreter zu untergraben.

Trotz der oberflächlichen Ruhe seien unter der Oberfläche Leidenschaften am Werk, die unkontrollierbar werden könnten, sowohl durch das französische Heer als auch durch die deutsche Regierung. (?) Es sei, als ob Groß-London durch ein feindliches Heer von 100 000 Mann besetzt würde. Eine solche Truppenmacht könnte Bürger niederschießen, zerstören und terrorisieren, aber sie könnte nicht kontrollieren. Sie laufe Gefahr, unfehlbar in den gemeinsamen Ruin verwickelt und dort vertilgt zu werden.

Die Unterzeichner des Berichtes erklären sich nicht für befugt, Ansichten über die legale Seite dieser Frage auszudrücken. Wenn aber die Ruhrbesetzung legal sei, so sei Macht Recht. Die augenblickliche Lage könne nicht behandelt werden durch den Vertrag von Versailles, ein anderes Werkzeug sei erforderlich, international im Charakter und an dessen Entwurf das deutsche Volk teilnehmen sollte. Es folgt die bereitsgemeldete Forderung eines sofortigen Appells an die französische und deutsche Regierung, nähere Vorschläge bezüglich der Reparationen und der Sicherheit einem internationalen Tribunal zu unterbreiten, sowie die Forderung, daß die britische Regierung die Initiative ergreife in Gestalt einer offenen und endgültigen Erklärung der britischen Politik.

Der Bericht der englischen Delegation schließt wie folgt: Wir machen den Vorschlag, weil wir nach dem, was wir im Ruhrgebiet und am Rhein gehört und gesehen haben, überzeugt sind, daß er von der großen Masse der deutschen Arbeiter gut aufgenommen werden würde. Andererseits sind wir der Ansicht, daß keine Regelung in dieser Hinsicht erwartet werden kann, wenn die Franzosen, Belgier und Deutschen sich selbst überlassen werden. In diesem Falle werden sie den Konflikt später oder früher ausfechten mit furchtbaren und unberechenbaren Folgen für Europa und die Welt.

Neue Konferenz der Ententesozialisten.

London, 19. 4. Eine neue Konferenz der Sozialisten der alliierten Länder scheint bevorzustehen. Der Führer der Labour Party, Ramsay Macdonald, erhielt eine Einladung der französischen Sozialisten, **sich auf eine neue Konferenz der Sozialdemokraten Englands, Italiens, Belgiens und Frankreichs nach Paris zu begeben.**

Das Tuberkulosegesetz vom Landtag angenommen.

Hohe Sterblichkeitsziffer.

Der Preußische Landtag beriet am Donnerstag das Tuberkulosegesetz. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Stemmler wies auf die Zunahme der Tuberkulose in Deutschland hin.

Die Sterblichkeitsziffer von 1878 ist wieder erreicht, nachdem kurz vor Ausbruch des Krieges die Tuberkulosesterblichkeit um 50 % herabgedrückt werden konnte. Bei der heutigen Wirtschaftslage ist mit einer weiteren Zunahme zu rechnen.

Der Deutschnationale Dr. Quaet-Faslem hält zu einem ausreichenden Schutz der Bevölkerung gegen die Tuberkulose ein Reichsgesetz für notwendig. Das Gesetz eines Einzelstaates könne nur unvollkommen vorbeugen. Immerhin sei es zu begrüßen, daß auf dem Gebiet der Bekämpfung einer gefährlichen Volksseuche Preußen vorangegangen ist.

Die Demokratin Frau Dönhoff verwies auf die Bedeutung der Meldepflicht. Man verspricht sich von ihr gute Wirkung unter der Voraussetzung, daß die aktive Mitarbeit des Publikums hinzutritt. Die Volksparteilerin Frau Pöhlmann begrüßt das Gesetz und stimmte seiner Gesamtannahme zu.

Einen breiten Raum in der Debatte nahm die Besprechung des Friedmannschen Heilmittel ein, über das sich widersprechende Gutachten der zur Prüfung eingesetzten Sachverständigen vorliegen. Man war sich darüber einig, noch eine Gesamtprüfung vornehmen zu lassen.

Die Vorlage wurde in der Ausschußfassung unter Ablehnung kommunistischer Anträge ohne weitere Besprechung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Das Gesetz soll am 1. Juli 1923 in Kraft treten. Dann ging man zur Beratung des Forstetats über. Den Bericht erstattete der Sozialist Peters-Hochdonn.

Das internationale Arbeitsamt.

Soll Deutschland Mitglied bleiben?

Im Haushaltsausschuß des Reichstages kam es bei der Weiterberatung des Haushaltes für das Arbeitsministerium zu einer längeren Aussprache über die Frage, ob Deutschland weiter Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes in Genf bleiben solle. Der Abg. Lambach (D. Nat.) beantragte Austritt aus dem Amt und aus den Internationalen Arbeitskonferenzen, weil er in den Befugnissen, die Durchführung ratifizierter sozialer Abkommen durch internationale Kommissionen zu kontrollieren, die Gefahr der Einsetzung neuer Spionagekommissionen sah. Außerdem veranlaßte ihn zu seinem Antrage die verächtliche Behandlung der deutschen Sprache und ihre Ablehnung als gleichberechtigte Sprache durch das Arbeitsamt in Genf. Der Zentrumsabgeordnete André sprach sich ebenfalls für den Austritt Deutschlands aus, da das Amt ganz unter französischem Einfluß stehe.

Der Abg. Aufhäuser (Soz.) befürwortet das Verbleiben Deutschlands beim Amt. Der Wert des Arbeitsamtes liege in seiner Tätigkeit der Materialbelieferung bei der Vorbereitung sozialpolitischer Gesetze und im Meinungsaustausch der Erfahrungspraxis. Man solle allerdings versuchen, dahin zu wirken, daß Deutschland in eine niedrigere Beitragsstufe komme.

Zu einem Ergebnis gelangte der Ausschuß noch nicht, sondern vertagte sich auf Freitag.

Die Sieger für den Frieden verantwortlich.

Eine Kundgebung Nittis.

Frankfurt a. M., 18. 4. (W. T. B.) Der Plan, während der Frankfurter Frühjahrsmesse einige führende Persönlichkeiten, die sich in den Dienst der internationalen Völkerverständigung gestellt haben, sprechen zu lassen, konnte nicht ausgeführt werden, da eine Anzahl von ihnen am Erscheinen verhindert war. Der italienische Staatsmann Nitti hatte für den Fall, daß die Versammlung hätte zusammentreten können, eine Kundgebung gesandt, in der es u. a. heißt:

Der Versailler „Vertrag" habe bestimmt, daß die Deutschen ihre alleinige Kriegsschuld erklären mußten. Diese Erklärung sei in internationalen Verträgen etwas Neues und durchaus Lächerliches. Aber wenn die Verantwortung für den Krieg zum Teil auf Deutschland falle, so falle die Verantwortlichkeit für den Frieden allein auf die Sieger. Als Teilnehmer vieler Konferenzen habe sich Nitti davon überzeugt, daß die ausgeübte Gewalt nicht darauf gerichtet sei, Reparationen zu erzielen, sondern einzig darauf, das deutsche Volk zu erdrücken. Solange Deutschland und die anderen besiegten Länder nicht ihre vollständige Autonomie erhielten, und solange noch ein einziger Soldat der Entente auf ihrem Boden weile, solange würde man von Gewalttat zu Gewalttat gelangen.

Es sei nicht möglich, daß Deutschland, das noch immer das kultivierteste Land Europas sei und dem Europa alle Männer des Denkens und Forschens sowie einen großen Teil seiner Kenntnisse verdanke, zugrunde gehe. Sein Untergang wäre auch der Untergang Europas.

Farbige Banditen.

Köln, 19. 4. (W. T. B.) Das Betriebsamt in Jülich wurde von den Belgiern besetzt. Seit dem 16. d. M. hat Jülich eine weitere Besatzung von 100 Farbigen, vermutlich zum Ausladen von Kohlen. In der Kolonie Jünkerath sind französische Familien eingezogen.. — Die Strecke Jünkerath—Losheim ist von der Besatzung verlassen worden. Die Diensträume sind größtenteils ihrer Geräte beraubt. Nach der Verhaftung des Betriebsassistenten Jansen aus Schmidtheim erschienen etwa 15 bis 20 farbige Franzosen bei seiner Frau, die mit neun Kindern allein im Hause war, und erpreßten von ihr Geld, Lebensmittel und andere Gegenstände, die sie fortschleppten.

Reichstag.

Die Politik des Wirtschaftsministers.

Die Donnerstagsitzung des Reichstags wird um 2,15 Uhr nachmittags eröffnet. Der Sitz des Abgeordneten Dr. Kahl (D. Vp.), der sein 50jähriges Doktorjubiläum feiert, ist mit einem Blumenstrauß geschmückt. Zum Schriftführer wird an Stelle des Abgeordneten Maltewitz (D. Nat.), der sein Amt niedergelegt hat, der Abgeordnete Dr. Philipp (D. Nat.) durch Zuruf gewählt. Dann wird die zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1923 mit dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt. Vom Haushaltsausschuß liegt eine Anzahl von Entschließungen vor.

Als erster Debatteredner spricht der

Abg. Dr. Hertz (Soz.):

Die schwere wirtschaftliche Lage Deutschlands, die durch die Ruhrbesetzung noch verschärft wird, ist eine Anklage gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Die Kaufkraft der Bevölkerung war schon zerschlagen, als die Stützungsaktion für die Mark begann. Die Sozialdemokratie hat schon im Juni vorigen Jahres passende Vorschläge zur Sanierung gemacht. Sie sind aber abgelehnt worden. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Januar bereits auf 2 Millionen Erwerbslose und Kurzarbeiter gestiegen. Trotzdem wurde nichts getan. Erst später kam man auf die Vorschläge der Sozialdemokratie zurück.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker meinte kurz nach der Ruhrbesetzung in seiner Rede im Reichswirtschaftsrat, gegen die Allmacht der Devisenspekulanten, Kartelle und Trusts sei nichts zu machen. Er hat weiter den Widerstand der Unternehmer gegen die durchaus notwendigen Lohnerhöhungen gestärkt. In seinem Erlaß vom 6. März hat er geradezu vor Lohnerhöhungen gewarnt. Er hat dabei auf eigene Faust ohne Fühlung mit dem Reichsarbeitsminister gehandelt.

Dr. Becker mißt mit zweierlei Maß. Die Löhne müssen beim Sinken des Dollars sinken, die Preise können aber noch weiter steigen. Er verlangt erst Lohnabbau, dann Preisabbau. Die Arbeiterschaft ist mit Recht empört über diese Stellungnahme des Ministers zugunsten der Privatunternehmer. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Mißerfolg der Dollar-Schatzanleihe hat deutlich bewiesen, daß die führenden Kreise der deutschen Wirtschaft ebensowenig wie die frühere Regierung die heutige Regierung unterstützen wollen bei der Stützung unserer Währung. Die Markverkäufer sind nicht feindliche Ausländer, sondern feindliche Deutsche, die sich sonst recht national gebärden. Wurden doch an einem Tage an der Börse in Amsterdam 50 Milliarden in Papiermark auf den Markt geworfen und zwar von Deutschen. Die Stützungsaktion der Mark war aufgebaut auf stärkerer Einschränkung der Kreditgewährung. Aber die Reichsbank hat sogar während der Dollaranleihe große Kredite gewährt und sogar Devisen beliehen. Der Reichswirtschaftsminister ist für die Kreditgewährung gewesen. Die Schwerindustrie ist dadurch in ihrer schon lange bekannten Feindschaft gegen die Mark nur noch bestärkt worden.

(Siehe auch Seite 3.)

Die Beamtenvertretung.

Der Beamtenausschuß des Reichstags beendete in seiner Donnerstagsitzung die zweite Lesung des Beamtenvertretungsgesetzes, nachdem er noch eine Anzahl von Anträgen der Sozialdemokraten und der Demokraten mit den Stimmen dieser Parteien angenommen hatte. Der Zwiespalt zwischen den Fraktionen, der in der letzten Zeit wiederholt zum Ausbruch gekommen war, blieb also bestehen. Die Zeit zwischen der zweiten und der dritten Lesung soll dazu benutzt werden, eine Verständigung zwischen den Parteien zu suchen.

Der Wirrwarr der „Zeiten".

Die Sonnenuhr als einzige Rettung.

A. **London**, 18. 4. (Eigenbericht.)

Der Zustand Europas wird durch nichts besser charakterisiert als durch die Tatsache, daß sich die europäischen Staaten nicht einmal über die Zeit einigen können. Ein Reisender, der in den nächsten Monaten von England über Belgien und Frankreich nach Osteuropa fahren will, wird am besten tun, sich nach der Sonnenuhr zu richten, wenn er sich nicht der Gefahr aussetzen will, bei der Berechnung der verschiedenen Fahrpläne wahnsinnig zu werden. Während Frankreich die Sommerzeit abgelehnt hat, die von Belgien angenommen wurde, richtet sich Holland nach Amsterdamer Zeit, die zwanzig Minuten vor der französischen und vierzig Minuten nach der belgischen liegt. Ein Fahrgast des Simplon-Orient-Expreß wird, von London kommend, nach dem 22. April seine Uhr in Calais eine Stunde vorwärts stellen müssen, in Vallorbe (Mitteleuropäische Zeit) eine Stunde rückwärts, in Domodossola wieder eine Stunde rückwärts (Italien hat sowohl mitteleuropäische wie Sommerzeit), eine Stunde vorwärts für die Länder, die mitteleuropäische, aber keine Sommerzeit haben und schließlich wieder eine Stunde rückwärts für die Länder mit osteuropäischer eZit.

An den Pranger.

Zwecks Erlangung einer Anstellung haben sich die folgenden Personen den französischen Außenhandelsstellen angeboten: Bruno Gallasch, Köln-Marienburg, Parkstr. 14; Hans Kurt Hahn, Aachen, Krefelder Str. 65 „Grohs Tivoli"; Heinrich Müller, Wiesbaden, Rheinstr. 113, IV; Willy Gröhbühl, Aachen, Bismarckstr. 70; Fr. Steltzner, Lucherberg (Bez. Aachen), Colonie 90; Herm. aus dem Kahmen, Duisburg-Meiderich, Stahlstr. 50; Heinrich Weiß, Höchst a. M., Langgasse 3; Paul Gorissen, Amern St. Georg b. M.-Gladbach (Rhld.); Heinrich Suhr, Wiesbaden, Gerichtstr. 2; Helene Eichhorn, Beuel, Steinerstr. 78.

Streikwelle in Frankreich.

Paris, 19. 4. (W. T. B.) Nach einer Havasmeldung aus Lille hat sich der Textilarbeiterstreik gestern ausgebreitet; er ist auch auf den Bezirk von Hazebrouck übergesprungen. Die Arbeiter und Angestellten der Beerdigungsinstitute in der Umgebung von Paris haben beschlossen, heute in den Streik zu treten. **Es handelt sich um Lohnforderungen. Alle organisierten Bauarbeiter in Grenoble sind in den Streik getreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 2,75 bis 3,50 Franken täglich.**

Der Völkerbund und sein meineidiger Saarminister.

Von

Dr. Hans Siegfried Weber.

Der Völkerbundsrat beschäftigt sich in dieser Woche wieder einmal mit dem Saargebiet. Er hat diesmal ganz besonderen Grund dazu. Im Widerspruche mit dem Willen der Saarbevölkerung hatte der Völkerbundsrat Dr. Hector zum saarländischen Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes ernannt und trotz aller Vorstellungen der Parteien des Saargebiets das Mandat dieses Herrn alljährlich erneuert. In einer Gerichtsverhandlung ist nunmehr Dr. Hector des Betrugs, des Landesverrates und des Meineides überführt worden. Er legte daraufhin sein Amt als Mitglied der Regierungskommission nieder. Dieser Vorgang ist für den Völkerbund überaus belastend, da ihm die gerichtlich erhärteten Tatsachen längst bekannt waren und er über die Person des Dr. Hector wiederholt in eingehenden Eingaben von den Parteien des Saargebietes unterrichtet worden ist.

Es ist von mir an dieser Stelle früher ausgeführt worden, wie Dr. Hector von Beginn der französischen Besetzung an Handlangerdienste für die französischen Befehlshaber leistete und z. B. sich nicht scheute, von diesen Franzosen den Bürgermeister Dr. Gilles und einige Stadtverordnete der Stadt Saarlouis absetzen und ausweisen zu lassen, um selbst von den französischen Militärs als Bürgermeister eingesetzt zu werden. Die Männer des Völkerbundsrates haben anscheinend solche Handlungen nicht als ehrlos empfunden. Selbst für Betrug und Landesverrat hat der Völkerbundsrat ein merkwürdiges Verständnis gezeigt.

Am 24. Juli 1922 haben die politischen Parteien des Saargebietes und 26 Abgeordnete von insgesamt 30 des saarländischen Landesrates in einer Eingabe an den Völkerbundsrat die Bitte ausgesprochen, Dr. Hector nicht mehr mit dem Amte eines saarländischen Mitglieds der Regierungskommission zu betrauen, da Dr. Hector in seiner Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Saarlouis eine rein wirtschaftlichen Zwecken dienende Denkschrift der Stadtverordnetenversammlung, die an die noch nicht bestehende Regierungskommission des Saargebietes durch Vermittlung der Versailler Friedenskonferenz gerichtet war, durch eine von ihm besorgte gekürzte Uebersetzung ins Französische in eine Vertrauenskundgebung und Loyalitätserklärung für Frankreich umgefälscht hat. In dieser Eingabe an den Völkerbundsrat war der deutsche Urtext der Denkschrift der Stadtverordnetenversammlung von Saarlouis beigefügt und ihm gegenübergestellt der von Dr. Hector ohne Wissen der Stadtverordneten besorgte französische Text. Selbst bei ganz oberflächlicher Durchsicht ergab sich in der französischen Uebersetzung eine völlige Verfälschung und Veränderung der deutschen Eingabe der Stadtverordneten. Wenn z. B. im deutschen Text von „einer wirtschaftlichen Stärkung ihrer Vaterstadt und einer Neubelebung ihres Ansehens" gesprochen wird, so steht an derselben Stelle im Französischen: „Cette province (de la Sarre) se trouve être réalisée aujourd'hui sous la forme d'un état neutre sous les auspices de la France" (Diese Saarprovinz findet sich jetzt verwirklicht in Gestalt eines neutralen Staates unter dem Schutze Frankreichs). Im deutschen Urtext stehen u. a. die Worte: „Die Stadtverordneten wenden sich daher (weil das Friedensdiktat unterzeichnet ist) an die Regierung ihres Heimatstaates." Der französische Text des Dr. Hector schreibt: „et assurer en même temps de sa fidélité et de sa loyauté" (und versichern sie gleichzeitig ihrer Treue und Untertänigkeit). Dr. Hector richtete ja diese Denkschrift nicht, wie die Stadtverordneten wollten, an die Regierungskommission des Saargebietes, sondern an die französische Regierung, deshalb erfolgte im französischen Text die Erklärung der Loyalität. (Es sind hier nur einige wenige Fälschungen Dr. Hectors angeführt.)

Es ist in höchstem Grade erstaunlich, daß der Völkerbundsrat trotz dieses offensichtlichen Betrugs und Landesverrates Dr. Hectors Mandat als saarländisches Mitglied der Regierungskommission erneuerte. Dr. Hector hatte aber die Unverschämtheit, den Redakteur der „Saarbrücker Zeitung" Adolf Franke, der es wagte, gegen ihn den Vorwurf des „schmachvollen Landesverrats und gemeinen Betrugs" zu erheben, wegen Beleidigung zu verklagen. Dr. Hector rechnete damit, daß im Saargebiete, dem gelobten Lande des Völkerbundes, die Unabsetzbarkeit und Unabhängigkeit der Richter faktisch aufgehoben ist.

Als glücklich nach einem halben Jahre, in dem alles fein säuberlich für den „Ehrenmann" Dr. Hector und für den „gemeinen Ehrabschneider" Adolf Franke geordnet werden sollte, die Gerichtsverhandlung begann, da verlasen die Verteidiger des Angeklagten zwei Briefe, die der Bürgermeister Dr. Hector an Clemenceau und den französischen Kriegsminister gerichtet haben sollte. Dr. Hector sprang erregt auf und gelobte zu schwören, daß er solche Briefe weder an Clemenceau noch an den französischen Kriegsminister geschrieben und überreicht habe. Auf Antrag der Verteidigung des Angeklagten wurden die Akten des Bürgermeisteramtes Saarlouis durchgesehen und festgestellt, daß die besagten Briefe Dr. Hectors dort in der Urschrift vorhanden und auch als abgegangen verzeichnet sind. In diesen Briefen spricht Dr. Hector von „der Treue der Stadt Saarlouis zu Frankreich, die bittet, wegen ihrer stets betonten Zuneigung zu Frankreich in ihre historische Rechte wieder eingesetzt zu werden." Vor der Auffindung des Manuskripts zu diesem Briefe im Saarlouiser Stadtarchiv erklärte Dr. Hector noch einmal feierlich: „Ich gebe unter Eid die Versicherung ab, daß der Brief an Clemenceau nicht abgegangen ist". Nachdem an der Hand des Journals festgestellt war, daß der Brief an Clemenceau abgegangen ist, erschien Dr. Hector nicht mehr vor Gericht, weil er „einen nervösen Zusammenbruch erlitten" habe. Als **die Verteidiger des Redakteurs Adolf Franke**

wegen dringenden Meineids- und Fluchtverdachts die Verhaftung Dr. Hectors beantragten, da gab der Rechtsbeistand des saarländischen Ministers den Tatbestand des fahrlässigen Meineids zu, nahm aber für seinen Schützling die Paragraphen 158 und 163 in Anspruch (mildernde Umstände). Zum Erlaß eines Haftbefehls erklärte sich das Gericht nicht für zuständig, da Dr. Hector als Beauftragter des Völkerbundes die Exterritorialität zustehe. In dieser Gerichtsverhandlung wurde nochmals die Fälschung der Denkschrift der Stadtverordnetenversammlung durch eidliche Zeugenaussagen festgestellt.

Herr Dr. Hector ist nunmehr, wie die Regierungskommission mitteilt, „aus Gesundheitsrücksichten verhindert, sein Amt weiter auszuüben". Das Ansehen des Völkerbundes mußte angesichts des Falls Hector im Saargebiet schwere Einbuße erleiden. Sofort wird deshalb von der Regierungskommission des Saargebiets, die vom Völkerbund eingesetzt ist, das deutsche Gesetz zum Schutze der Republik mit der Zusatzbestimmung für das Saargebiet übernommen, daß mit fünf Jahren Gefängnis bestraft wird, wer den Völkerbund und die Signatarmächte des Versailler Diktates, also vornehmlich Frankreich, verächtlich macht oder beleidigt. Gleichzeitig wurden aber die französischen Truppen, die nach einem Berichte der Saarregierung an den Völkerbund am 1. Februar 1922 insgesamt 4050 Köpfe betrugen, auf über 10 000 Mann erhöht. Das läßt der hohe Völkerbund zu als Schützer des Versailler Friedensvertrages, der ausdrücklich bestimmt, daß nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet (seule une gendarmerie locale) eingerichtet werden darf. Gegen diesen Bruch des Versailler Vertrages durch das französische Militär schreitet die Regierungskommission des Saargebiets nicht ein. Im Gegenteil, sie löst mit Hilfe der französischen Bajonette den Gemeinderat des Ortes Wiebelskirchen im Saargebiet auf, weil er pflichtgemäß im Sinne des Versailler Vertrages gegen die Anwesenheit der französischen Truppen protestiert hat. Der Völkerbund, der den Völkern den Frieden bringen soll, aber in Wirklichkeit Vorspanndienste für den französischen Militarismus leistet, schweigt sich aus. Im Saargebiet ruft der Völkerbund durch seine Regierung französisches Militär zu Hilfe gegen eine friedliebende Bevölkerung.

Die Tagung des Völkerbundsrats.

Genf, 18. 4. (W. T. B.) Der Völkerbundsrat bestätigte heute in geheimer Sitzung den gegenwärtigen Präsidenten der gemischten Kommission in Oberschlesien Calonder in seinem Amte ohne eine nähere Angabe über seine Amtsdauer.

In öffentlicher Sitzung stellte der Rat auf Wunsch der polnischen Regierung fest, daß der Absatz B seiner Entschließung vom 3. 2. 1923, die in Sachen der deutschen Ansiedler in Polen das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes einfordert, tatsächlich, wie die polnische Regierung annimmt, nur jene Ansiedler im Auge hat, die vor dem Waffenstillstand ihre Pachtverträge abgeschlossen hatten, deren Dauer nicht abgelaufen war und die darauf Rentengutsverträge verlangt hatten.

Im Verlaufe der Debatte über den Bericht des Wirtschaftsausschusses beschloß der Völkerbundsrat, den Freistaat Irland zu der demnächst in Genf stattfindenden internationalen Zollkonferenz einzuladen, zu der bereits Deutschland, die Vereinigten Staaten und Mexiko eingeladen worden sind. Der Rat beschloß ferner auf Anregung der internationalen Luftfahrtkommission, die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes und jene Regierungen, die das Luftabkommen vom 13. 10. 19 nicht unterzeichnet haben, zur Annahme der Kommissionsvorschläge über die Nationalitätsabzeichen und die Eintragung der Luftfahrzeuge aufzufordern, sobald der Völkerbundsausschuß für Verkehr und Transit zu dieser Frage Stellung genommen hat.

Der schwedische Vertreter Unden beantragte, daß die Notverordnung der Saarregierung einer Prüfung unterzogen werden soll. Hierzu veröffentlicht das Havasbureau einen längeren Kommentar, in dem es u. a. heißt:

Die Initiative der schwedischen Regierung in dieser Frage wird als ein Versuch ausgelegt, den Wert der bedeutenden Akte der Saarregierung in Frage zu stellen, und man ist der Ansicht, daß diese Initiative die Autorität der Saarregierung schädigen kann in einem Augenblick, wo die Haltung Deutschlands sowohl im Saargebiet als auch an der Ruhr besondere Ueberwachung und Energie seitens der Regierung notwendig macht, die die Verantwortung für Frieden und Ordnung trägt. (!!)

Die britischen Handelskammern zur Reparationsfrage.

Politisches Chaos und militaristische Unheilstiftung.

London, 19. 4. (W. T. B.) Auf der gestrigen 63. Jahresversammlung des Verbandes britischer Handelskammern trat der Vorsitzende, das unionistische Parlamentsmitglied Sir Shirley Benn, für die Entwicklung des Handels innerhalb des britischen Reiches ein. Er sagte, Europa biete ein trauriges Bild kommerzieller Unfähigkeit, von politischem Chaos und militaristischer Unheilstiftung. Die neue Welt müsse das Gleichgewicht der alten wiederherstellen. Die neue Welt sei heute aber nicht Amerika, sondern das britische Imperium.

Arthur Balfour brachte eine Entschließung ein, in der erklärt wird, daß die Unsicherheit bezüglich der Reparationen nachteilig für den Frieden der Welt sei und den Aufschwung der Industrie und des Handels verhindere, und worin der Vorschlag gemacht wird, unter Mitwirkung der Internationalen Handelskammer und anderer Verbände eine Zusammenkunft von Geschäftsleuten und Finanzleuten zur Besprechung der Reparationsfrage einzuberufen. Die Entschließung betont, die Sicherheit Frankreichs gegen einen Angriff, auf die es Anspruch habe, müsse unabhängig von der Reparationsfrage geregelt werden.

Algernon Firth behauptete, Deutschland umgehe die Besteuerung seines Volkes, um Fonds zu einer Handelsoffensive in der ganzen Welt anzuhäufen. (!) Edwards-Liverpool sagte: Von Januar bis März habe Frankreich etwa vier Millionen Tonnen Kohle und Koks verloren und die Industrie Englands habe sehr unter den erhöhten Brennstoffpreisen zu leiden. Die Kosten des im Ruhrgebiet stehenden Heeres bildeten eine neue Bedrohung. Diese Truppen kosteten Frankreich fünf Millionen Pfund im Monat, die zur Tilgung der französischen Schuld an England verwandt werden könnten. Die Entschließung Balfours wurde sodann angenommen.

Angelsächsische Wirtschaftshegemonie

Amerikas Kriegslieferungen an England.

New York, 18. 4. Der amerikanische Stahlkönig Charles Schwab hielt vor der englischen Handelskammer in New York eine Rede, worin er erklärte, die Welt hätte den größten Vorteil davon, wenn eine enge Freundschaft zwischen allen englisch sprechenden Völkern einträte, insbesondere eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen England und Amerika. So könne Amerika z. B. Stahl billiger herstellen, aber England könne den Transport billiger übernehmen. Auf die Frage, was die Bethlehem Steel Corporation für die englische Regierung während des Krieges auszuführen hatte, erwiderte Schwab, er habe sofort nach Kriegsausbruch (!) mit Lord Kitchener Besprechungen gehabt, wobei vereinbart wurde, daß die Bethlehem Steel Corporation so rasch wie möglich große Lieferungen ausführen solle. Es wurde sofort ein Vertrag geschlossen, wodurch England der Bethlehem Steel Corporation für 600 Millionen Dollar Aufträge erteilte.

Lord Curzon wird im Oberhaus sprechen.

London, 19. 4. In der Downing Street fand gestern nachmittag ein Kabinettsrat statt, an dem auch Lord Curzon teilnahm. Lord Curzon wird voraussichtlich am Freitag im Oberhaus eine Rede über die europäische Politik halten. Man behauptet allgemein, daß wichtige Beschlüsse des englischen Kabinetts bevorstehen. Aber erst am Freitag nach der Rede Lord Curzons wird man über die endgültige Stellungnahme des englischen Kabinetts ein Urteil abgeben können. An seiner Politik gegenüber Frankreich scheint das englische Kabinett festhalten zu wollen. Wahrscheinlich wird Lord Curzon auch über die Politik Englands gegenüber Rußland sprechen. Ueber diese Frage sollen im Kabinett noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ein Teil der Kabinettsmitglieder soll der Meinung sein, daß man die bestehenden Verbindungen abbrechen müsse und die Zurückberufung der englischen Handelsdelegation sowie die Ausweisung der Sowjetmission in London verlangen.

Gegen Treu und Glauben.

Ein schweizerischer Staatsrechtler über Frankreichs Ruhrpolitik.

Der bekannte Berner Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Walter Burckhardt äußert sich in der neuesten Nummer der „Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur" zu obigem Thema wie folgt:

„Wenn ein Staat verantwortlich sein und bleiben soll für die Ausführung eines Vertrages, so muß man ihm auch die Herrschaft über das Gebiet lassen, das er beim Vertragsabschluß hatte. Das ist die Voraussetzung der Vertragspflicht. Ganz klar ist, daß ein Vertragsgegner den anderen nicht verstümmeln darf, um ihn zu zwingen, seine Vertragspflichten zu erfüllen. Es ist gegen Treu und Glauben, daß derjenige Staat, der vom anderen eine Leistung verlangt, die von diesem die Aufbietung aller seiner Kräfte erheischt, ihm ein wichtiges Stück seines Gebietes wegnehme; wer von einem anderen eine Handleistung verlangt, darf ihm nicht eine Hand abhauen. Wie, wenn England die Hansastädte, Polen Deutsch-Schlesien, die Tschechoslowakei Sachsen und die Schweiz (weil das Versicherungsabkommen nicht gehalten wurde) München besetzten, jeder als Sanktion der Nichterfüllung einer Vertragspflicht; und das übrige Deutschland sollte nun verantwortlich sein dafür, daß die Verträge in Zukunft pünktlich ausgeführt werden? Verantwortlich kann nur derjenige sein, der die Herrschaft über das Gebiet hat. Nimmt man einem Staat einen Teil der Herrschaft, so kann mann ihm auch nicht die volle Verantwortlichkeit überlassen. Unter den Maßregeln des erwähnten § 18 der II. Anlage der Artikel 231 bis 244 des Versailler Vertrages können also nicht Gebietsbesetzungen verstanden gewesen sein, weil solche Maßnahmen nicht nur, wie die ausdrücklich erwähnten Einfuhrverbote und wirtschaftlichen finanziellen Zwangsmaßregeln, die Wirkung hätten, Deutschland zu zwingen, selbst zu erfüllen, sondern die Besetzenden sich zum Teil an seine Stelle setzen, ihm die Staatsgewalt aus den Händen nehmen, um sich bezahlt zu machen. Deutschland besteht eben aus lauter Teilen wie das besetzte Ruhrgebiet, und wenn man ihm einen Teil nimmt, ist es nicht mehr das vollständige Deutschland, welches den Vertrag geschlossen hat und zur Erfüllung verpflichtet ist . . .

Die heillose Verwirrung, die die Besetzung der Ruhr hervorgerufen hat, zeigt am deutlichsten, daß sie nicht in das System eines Vertrages paßt, der beansprucht, den Krieg durch einen „gerechten und dauerhaften" Frieden zu beenden. Wer die Gewalt an sich reißt, kann die Verantwortlichkeit nicht ablehnen. Unter welcher Staatshoheit stehen die Schweizer, die im besetzten Gebiet niedergelassen sind? Welcher Staat ist für ihre Sicherheit verantwortlich? An wen haben wir uns zu wenden, um die Beobachtung der Niederlassungs- und anderen Verträge zu fordern? Wer haftet für die Störungen des Verkehrs, des durchgehenden und des Austauschverkehrs? Ein Wirrwarr ohnegleichen, der dadurch entsteht, daß fremde Mächte sich in die innere Verwaltung eines Staates einmischen, ohne Rücksicht darauf, daß andere Staaten auch ihre Interessen und ihre Rechtsansprüche mit im Spiel haben. Dergleichen geschieht allerdings im äußersten Falle im Kriege, und rechtlich, wenn nicht militärisch, gleicht dieser Zustand durchaus dem Kriegszustand; England beobachtet ja auch eine Art Neutralität; aber sollen wir Frankreich, Belgien und Deutschland gegenüber wieder das Neutralitätsrecht anwenden? Vier Jahre nach dem Waffenstillstande? . . . Was haben wir kleine Staaten (für die ja der Krieg geführt worden ist) zu gewärtigen, wenn diese Methoden üblich werden? . . . Das Verfahren ist zu bequem für den Mächtigen, als daß es nicht Schule macht. Das ist das politische Urteil."

Brutales Urteil gegen Arbeiter.

Köln, 19. 4. (W. T. B.) Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" aus Kochem standen Steinbrucharbeiter vor dem französischen Kriegsgericht unter der Anklage, einen Wasserturm, den die Franzosen besetzt hatten, mit Steinen beworfen zu haben. Das Urteil lautete gegen einen nicht erschienenen Arbeiter auf lebenslängliche Zwangsarbeit, gegen zwei auf 10 Jahre Zwangsarbeit.

Ein Verräter.

ht. Bad Ems, 18. 4. (Eigenbericht.) Der ehemalige deutsche Eisenbahnsekretär Priedz ist in französische Dienste getreten und wurde von den Franzosen mit der Leitung des Bahnhofs beauftragt.

Die französische Raubwirtschaft in Polen.

Ein polnisches Bekenntnis.

In einem „Unsere Bundesgenossen" überschriebenen Aufsatz führt St. Kret in der in Posen erscheinenden polnischen „Prawda" u. a. folgendes aus:

„Die polnisch-französische Freundschaft zieht verschiedene Folgen und Wirkungen nach sich. Eine dieser Folgen ist — das Eindringen des französischen Kapitals in Polen in größerem Umfange als vor dem Kriege. Und hier muß ein wahres Wort offen ausgesprochen werden. Unaufrichtigkeit und Heuchelei unter Bundesgenossen gereichen letzten Endes keiner der befreundeten Seiten zum Vorteil. Es muß ausdrücklich gesagt und festgestellt werden, daß der — unter den gegenwärtigen Verhältnissen vielleicht unerläßliche und notwendige — Zufluß des französischen Kapitals unerwünschte Folgen nach sich zieht.

Im Kohlenbergbau, im Hüttenwesen, in der Naphthaindustrie und auf vielen anderen Gebieten schalten und walten die Franzosen bei uns ganz nach Belieben; sie bereiten sich darauf vor, immer neue Arbeitsstätten, immer neue Fabriken und Industriebetriebe zu erfassen (zuletzt z. B. legten sie ihre Hand auf Zyrardow). Das hat aber die üble Seite, daß gerade die Franzosen in der Rolle der Ausbeuter fremder Länder den übelsten Ruf genießen. Sie sind dadurch bekannt, daß sie die ärgste Raubwirtschaft treiben, daß sie alle Aufwendungen und Investierungen vermeiden, daß sie die Ortsbevölkerung lediglich und ausschließlich als Arbeitsvieh behandeln, daß sie zur Förderung der Kultur der Orte, in denen sie für sich Goldquellen suchen, nichts tun. In dieser Beziehung stehen die Franzosen weit hinter den Engländern und Deutschen zurück.

Schon vor dem Kriege waren in Polen die französischen Industriellen durch eine nicht gerade gute Eigenschaft bekannt; es genügt, die Wirtschaft in der Bankhütte, in der Sosnowicer Gesellschaft und in anderen Betrieben zu erwähnen. Schmutz, Nachlässigkeit, vorsintflutliche Einrichtungen, Geringschätzung und Roheit gegenüber den polnischen Arbeitern und Beamten, Ausbeutung bis zu unmöglichen Grenzen und die unverzügliche Ausfuhr des Gewinnes nach Frankreich, Begünstigung und Bevorzugung der Franzosen — das sind die Merkmale, die von der Stimme der Allgemeinheit den französischen Unternehmen zugeschrieben werden.

Haben sich die Verhältnisse gegenwärtig gebessert, wo die Franzosen die Herren des Löwenanteils unserer Industrie geworden sind, wo politische Rücksichten geboten, ihnen in Oberschlesien in die Hände zu geben, was irgend möglich war, und wo die Flucht des englischen und deutschen Kapitals den Pariser Kapitalisten ein freies Expansionsfeld überließ? Rechnen die Franzosen jetzt als Verbündete mehr mit Polen als Staat und mit der polnischen Bevölkerung als Bevölkerung eines befreundeten und verbündeten Landes?

Schon laufen Klagen ein, daß die Erbitterung und Unzufriedenheit unter den Arbeitern und Beamten derjenigen Industriebetriebe wachsen, die von dem französischen Kapital erfaßt worden sind. Schon nehmen die Klagen zu, daß die Raubwirtschaft blüht, als ob die Franzosen sich beeilten, aus dem ausgebeuteten, gleich den Kolonien in Asien oder Afrika behandelten Lande die letzten Säfte herauszupressen, daß in vielen Betrieben schon Franzosen eingeführt werden, die die Gehälter in Franken beziehen und nichts tun, auf die Straße entlassen, wo die ortsansässigen Beamten und sogar Handwerker auf die Straße geworfen werden, um den Zuzüglern von der Seine Platz zu machen. Wenn man diese neuen Klagen mit den Klagen über die Franzosenwirtschaft vor dem Kriege vergleicht, dann kann man nicht umhin, die völlige Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit dieser Tatsachen zu glauben.

Indes nutzen die Franzosen die politischen und diplomatischen Einflüsse zu ihrem Vorteil aus, um für das französische Kapital und die französischen Fabriken verschiedene Vorrechte zu erlangen. Auf alle Zugeständnisse ihnen gegenüber geht die polnische Regierung ein, zumal das Ministerium für Handel und Gewerbe alles hat, nur kein festes Programm der Wirtschaftspolitik, und eine Reihe hervorragender politischer Persönlichkeiten mit Korfanty an der Spitze, der durch goldene Ketten mit dem französischen Kapital verkoppelt ist, hat diesem Kapital jede Unterstützung angeboten.

Dank diesen Tatsachen gibt es heute in Polen keine Macht, die für die Pariser Kapitalisten gefährlich sein könnte.

Wir sind keine französische und niemandes Kolonie; wir sind ein unabhängiger Staat. Durch die Meistbegünstigung des französischen Kapitals haben wir uns einer Reihe politischer Unannehmlichkeiten und Enttäuschungen seitens Englands nicht dazu ausgesetzt, damit wir von Paris mißhandelt würden. So sieht die gegenwärtige Lage aus."

Das schreibt, wie gesagt, nicht ein deutsches, sondern ein polnisches Blatt. Kommentar überflüssig.

Die Deutschenhetze in Oberschlesien.

Frankreich reizt die Polen zu einem neuen Einfall.

Kattowitz, 18. 4. (Eigenbericht.) Die antideutschen Bewegungen in Oberschlesien haben ein Bild geschaffen, das an die Zeit vor den Polenaufständen in den Jahren 1920 und 1921 erinnert. Die deutschen Einwohner werden belästigt und geschädigt, die deutschen Ladenschilder und Schaufenster mit Teer oder roter Farbe verunreinigt, die Fenster manchmal überhaupt eingeworfen (so bei den Vertretungen der deutschen Zeitungen), die Schilder heruntergerissen und entwendet. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Unruhen durch französische Einflüsse absichtlich herbeigeführt werden, um Deutschland im Osten Schwierigkeiten zu bereiten und es dadurch in der Ruhrfrage gefügiger zu machen. In den Straßen von Kattowitz sieht man französische Offiziere. Die Generale Foch und Weygand weilen in Polen. General Le Rond, der bei dem Aufstande im Mai/Juni 1921 die polnischen Insurgenten mit allen Mitteln unterstützte, reist seit einigen Tage zwischen Krakau und Kattowitz hin und her.

Die Bestrebungen der Franzosen richten sich nicht nur darauf, einen Insurgentenaufstand hervorzurufen, sondern vielmehr, die polnische Regierung zu veranlassen, militärisch gegen Westoberschlesien vorzugehen. Es ist jedenfalls dringend notwendig, diese Entwicklung mit gespanntester Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Schlägerei im polnischen Sejm.

Warschau, 18. 4. Während der gestrigen Sejm-Sitzung wurde der Dringlichkeitsantrag der Rechtspartei wegen Ausweisung der russischen Juden, welche sich in Polen aufhalten, besprochen. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß sich in Polen eine Menge russischer Juden aufhalte, welche auf Grund der Verfügung der polnischen Behörde registriert worden seien, während ein großer Teil dieser Aufforderung nicht nachgekommen sei. Die registrierten Juden, deren Zahl 27 000 betrage, hätten Polen schon verlassen, während sich die nicht registrierten Juden noch immer in Polen aufhielten und jetzt ausgewiesen werden sollten. Gegen Schluß der Sitzung kam es aus Anlaß der Besprechung der antijüdischen Exzesse am 5. ds. Mts. zwischen einigen Abgeordneten zu Streitigkeiten, die mit Tätlichkeiten endeten.

Die Kabinettskrise in Polen.

Warschau, 18. 4. (O. E.) Die Verhandlungen der polnischen Rechtsparteien mit der bäuerlichen Witos-Partei über die Bildung einer zentrorechten Regierungsmehrheit, deren erfolgreicher Abschluß erwartet wurde, sind im letzten Augenblick zunächst wieder ergebnislos abgebrochen worden. Die latente Regierungskrise dauert somit an.

Aenderungsvorschlag für die Haager Schiffahrtskonvention.

hem. Hamburg, 19. 4. (Eigenbericht.) Im Ueberseeklub Hamburg nahm Professor Dr. Hans Wüstendörfer das Wort über die Haager Schiffahrts-Konvention von 1922 und führte aus, daß die Grundfrage dieser Regeln ein gesunder und glücklicher Kompromißvorschlag sei. Der Reeder solle in Zukunft ganz frei sein von der Haftung für nautische Verschulden der Schiffsbesatzung, dagegen andererseits zwingend haften für die Sorgfalt in Bezug auf Seetüchtigkeit bei Reisebeginn und in bezug auf die Ladung der Handlung. Der Redner betonte, daß die geplante Neuregelung den Reedern, Banken- und Ladungsversicherern einen nicht unerheblichen Gewinn bringe, dafür mute man aber dem Reeder große Opfer zu. Um diese zu mildern, zog er eine entsprechende Umgestaltung der Konvention vor, nach der bei unaufgeklärter Schadensursache für die Reedereien keine Haftung vorliegen soll.

Vor den türkischen Neuwahlen.

Auflösung der Nationalversammlung.

S. Paris, 19. 4. (Eigenbericht.) Ueber Angora und die neue Lausanner Konferenz liegen heute morgen hier folgende Meldungen vor. Man rechnet mit einer Dauer der Konferenz von vier bis sechs Wochen. Fast sämtliche Delegationen sind entweder nach Lausanne unterwegs oder reisen in kürzester Frist dorthin ab, so die Engländer unter Führung von Sir Horace Rumbold am nächsten Sonnabend. — Die Nationalversammlung von Angora hat sich selbst aufgelöst, obgleich Mustafa Kemal ursprünglich wünschte, daß sie ihre Arbeiten bis nach den Neuwahlen fortsetzte. In der Schlußsitzung waren nur noch 73 Abgeordnete anwesend, alle übrigen hatten sich bereits in ihre Wahlbezirke begeben, um die Neuwahlen vorzubereiten. Anläßlich des Beiramfestes wäre die Versammlung ohnehin bis zum 21. Mai vertagt worden. — Mustafa Kemal hielt vor einer Soldatenabordnung eine Ansprache, in der er u. a. sagte, daß, wenn die neuen Verhandlungen in Lausanne die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ergeben sollten, die Armee schlagfertig sein müßte.

Amerikanisch-französische Verhandlungen über das Chester-Abkommen.

Paris, 19. 4. Die „Guaranty Trust Company", von der behauptet worden war, daß sie für die Durchführung des zwischen der türkischen Regierung und dem amerikanischen Admiral Chester geschlossenen Abkommens 400 Millionen türkischer Pfund zur Verfügung gestellt habe, dementiert diese Nachricht. Die Pariser Ausgabe des „New York Herald" veröffentlicht die Meldung, daß augenscheinlich offiziöse Verhandlungen über das Chester-Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich im Gange sind.

Rußland nicht nach Lausanne eingeladen.

London, 18. 4. (W. T. B.) McNeill teilte auf eine Anfrage des Arbeitermitglieds Kenworthy im Unterhause mit, daß die Bekanntgabe der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Türkei in Lausanne durch den Generalsekretär der Konferenz erfolgt sei. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Vereinigten Staaten vertreten sein würden. Die russische Regierung sei zu der ursprünglichen Konferenz eingeladen worden, als die Frage der Meerengen zur Erörterung stand; da jedoch diese Frage nicht wieder erörtert werden würde, sei die russische Regierung im vorliegenden Falle nicht eingeladen worden.

Das Generalkommissariat für Elsaß-Lothringen.

S. Paris, 19. 4. (Eigenbericht.) Wie aus Straßburg gemeldet wird, wird das Generalkommissariat für Elsaß-Lothringen nunmehr bestimmt am 1. Juli 1924 aufgelöst werden. In einer Tischrede wies gestern der Justizminister Colrat auf diese Tatsache hin. Das bedeute jedoch weder den vollkommenen Anschluß aller Spezialdienste Elsaß-Lothringens an Paris, noch die vollkommene gesetzgeberische Assimilierung, auch nicht die Aufhebung des eingesetzten konsultativen Rates.

Labourel freigelassen.

Elbing, 19. 4. (W. T. B.) Der Haftbefehl gegen den französischen Journalisten Labourel ist aufgehoben und Labourel freigelassen worden.

Die Behandlung von Auslieferungsersuchen.

Der Minister des Innern und der Justizminister weisen in einer gemeinsamen Verfügung darauf hin, daß die von fremden Regierungen gestellten Auslieferungsersuchen mit größter Beschleunigung bearbeitet werden müssen. Eine rasche Bearbeitung dieser Ersuchen ist im Interesse der Rechtspflege sowie des Ansehens der deutschen Behörden erforderlich; auch finanzielle Erwägungen gebieten eine rasche Erledigung, da fremde Justizflüchtlinge in der Regel bis zur Durchführung der Auslieferung auf Kosten des preußischen Staates in Haft gehalten werden müssen. Die Minister ersuchen daher die zuständigen Behörden, die Bearbeitung der Auslieferungsersuchen in Zukunft stets so einzurichten, daß in der Regel, wenn es sich nicht um besonders verwickelte Fälle handelt und der Verfolgte gleich hat festgenommen werden können, die Auslieferung spätestens drei Wochen nach dem Eingang des Ersuchens beim Auswärtigen Amt bewirkt werden kann.

Der verlorene Geburtstag.

Ein phantastischer Roman.

Von

Hans Christoph.

(20. Fortsetzung.)

Heinrich wandte sich an Dr. Jöntsch.

„Wenn Ihre Voraussetzungen nun stimmen, dann können Sie von acht Uhr abends ab die ersten Beobachtungen an dem Jon machen."

„Aber dann bin ich ja doch gerade an der Reihe zu schlafen!"

„Nun dann schlafen Sie eben, wenn Ihnen das wichtiger erscheint," erwiderte Schlemihl gelassen.

Dr. Jöntsch schwieg, er merkte, daß er etwas sehr Törichtes gesagt hatte, aber sein Egoismus trieb ihn zuweilen über die Grenzen seiner Klugheit.

Schlemihl schritt indessen unermüdlich von Instrument zu Instrument, beobachtete, maß, notierte, rechnete und beobachtete wieder. Sie befanden sich noch immer im Steigen. Die Erde war ein leuchtender blinkender Stern geworden.

Um sieben Uhr hatte Schlemihl gerade die Reihe seiner regelmäßigen Beobachtungen beendet. Er stand am Fallapparat und stellte aus der Fallzeit der Kugeln die Anziehungskraft der Erde und damit ihre Entfernung fest. Er notierte die Zahl. Beim Niederschreiben stutzte er:

„Nanu! Vor einer Stunde hatten wir doch weniger Anziehungskraft? Sinken wir denn? Oder liegt ein Beobachtungsfehler vor?" — — sagte er vor sich hin.

Nochmals senkte sich die Kugel, und wieder hatte er fast das gleiche Resultat wie vorhin; der Fehler gegen die letzte Notierung war sogar noch etwas größer geworden. Er schritt zum Fenster und stellte den Erddurchmesser fest. Er war kleiner geworden, also stieg der Gravitator noch immer. Aber nun war er mißtrauisch gegen seine Beobachtungen geworden; er maß daher nochmals.

Er stimmte aber: der Apparat stieg. Also mußte er sich am Fallapparat getäuscht haben. Sogleich ließ er nun mehrmals die Kugeln hintereinander herabschweben, und jedesmal brauchte sie eine kürzere Zeit, um ihren Weg zurückzulegen; sie fiel jedesmal schneller:

Sollte wirklich? — — —

Aber dann müßte man doch das Jon sehen können. Er trat an das Fenster und blickte nach der Erde suchend hinaus. Da war sie, und daneben war deutlich der Mond zu erkennen, und nicht weit davon — ja was war das? Da stand mit einem Male ein Stern von hoher Leuchtkraft, der vorher noch nicht dagewesen war.

Es war kein Zweifel, das war das fallende Elektron!

Das Elektron? — —

Aber da war doch eine ganze Menge neuer Sterne sichtbar; nicht ein Elektron, eine ganze Menge hatte man ja ausgeworfen, und die fielen nun mit rasender Geschwindigkeit auf die Erde. Sie schienen auch größer zu werden. Er nahm den Sextanten zur Hand und maß den Durchmesser des Sternes, den er zuerst erblickt hatte und der am größten erschien. Selbst während dieser Messung nahm sein Durchmesser zu und wuchs ständig.

Jetzt machte er Dr. Jöntsch darauf aufmerksam.

Der war über diese Entdeckung ganz außer sich vor Freude. Er fragte, redete, gestikulierte und rannte sich dabei in dieser schwerelosen Zone fast den Schädel ein, aber das dämpfte seine Erregung über den so gelungenen Versuch kaum.

Schlemihl ließ ihn nun tun, was er wollte. Er hatte sich wieder an seine Instrumente begeben und beobachtete sie fortgesetzt. Die Fallgeschwindigkeit der Kugel im Fallapparat nahm dauernd zu. Er prüfte den Gravitationsregler, er stand auf voller Steigkraft. Er sann nach, sollte er ihn auf Null legen, damit er sowohl für das Steigen, als auch für das Fallen eine Reserve hatte?

Jetzt fiel das Jon mit steigender Geschwindigkeit, die sich immer mehr der Lichtgeschwindigkeit näherte. Wenn er jetzt den Gravitator zum Stillstand brachte, dann fiel das Jon nach wie vor mit steigender Geschwindigkeit. Sie würden daher auch bei stehendem Gravitator relativ zu dem Jon diese Geschwindigkeit erreichen. Das Jon besaß, wie man bereits auf Erden festgestellt hatte, außer der Fallgeschwindigkeit noch seine Eigengeschwindigkeit, und nur aus dieser doppelten Geschwindigkeit heraus konnten sie es erkennen, denn jetzt ruhte es relativ zu ihnen und hatte daher die Größe eines Weltkörpers angenommen.

Er stellte den Gravitationsregler auf Null und maß den Durchmesser der Erde. Der blieb konstant, nur der des Jon wuchs fortgesetzt.

Schlemihl sann weiter nach.

Wenn das Jon so weiter fiel, dann mußte dieser Weltkörper die Erde zertrümmern. — Wie verhielt sich die Erde zu ihm? Doch genau so, wie sich der Gravitator zu dem Jon verhielt. Das Jon hatte seine Eigengeschwindigkeit, die der Lichtgeschwindigkeit gleichkam, und fiel überdies mit zunehmender Geschwindigkeit nach der Erde zu. Auf der Erde mußten sie das Jon doch jetzt auch als Stern entdecken, vielleicht für einen Kometen halten. Es mußte unbedingt die Erde zertrümmern, wenn nicht noch irgendwelche unbekannten Kräfte es bei seiner Annäherung zum Stillstand brächten.

Wenn aber beide Weltkörper zusammenprallten, dann — dann hatten sie die Erde, ihre Heimat, vernichtet; dann mußten sie im Raume schwebend allmählich im Inneren der Gondel zugrunde gehen und an Kohlensäure ersticken. Sie waren jetzt schon dem sicheren Verderben preisgegeben, wenn es ihnen nicht gelang, einen anderen Weltkörper zu finden, auf dem für sie ähnliche Lebensmöglichkeiten wie auf der Erde herrschten.

Heinrich lief ein Grauen über den Rücken. — Was tun? Konnte er das fallende Jon noch aufhalten? Konnte er noch den Untergang der Erde verhindern?

Ein Gedanke jagte den anderen, sein Gehirn flatterte und tanzte — — er fand keinen Ausweg.

Von diesen Gedanken gequält, stöhnt er laut auf. Erschrocken fuhren Dr. Jöntsch und Karl Heinrich herum und fragten, was ihm fehlte, ob er plötzlich krank geworden sei?

Schweigend sah er die beiden an. Sollte er es ihnen sagen, sollte er ihnen schon jetzt den Glauben an die Rückkehr nehmen? Was nützte es, dem Schicksal gegenüber die Augen zu verschließen. Er sah keinen Ausweg mehr, sie würden ihre Erde mit diesem Jon zertrümmern, es konnte nicht anders geschehen.

Mit fliegendem Atem, stockend und stoßweise gab er seinen quälenden Gedanken Ausdruck. Ernst hörten beide ihn an und schwiegen. Er wandte sich ab.

Totenstille herrschte in der Gondel.

Dann lachte Dr. Jöntsch! Erstaunt sahen Großvater und Enkel ihn an. Hatte er den Verstand verloren? Er lachte aber nun ganz behaglich und sagte: „Lassen Sie doch die Erde zerschellen. Sehen Sie sich doch nur einmal das Jon an, wie groß das ist. Meinen Sie, das ginge an der kleinen Erde kaputt? Höchstens die Erde an ihm, und das können wir auch erst einmal abwarten. Vorläufig landen wir auf dem Jon, das ist das wichtigste."

Heinrich zuckte die Achseln und blickte zum Fenster hinaus. Aber jetzt gab es ihm einen Ruck, das war ja inzwischen eine ganz gewaltige Erde geworden, man konnte Länder, Meere, Wolkenbänke sehen, genau so wie auf der Erde. Einen Augenblick sann er nach, dann blickte er auf seine Uhr.

Verdammt! Eine Stunde fast hatte er gegrübelt! Was machte der Gravitator? Die schwerelosen Bewegungen hatten aufgehört, vielleicht hatte das zu diesem Gefühl der Niedergeschlagenheit in ihm beigetragen. — Jetzt aber messen und beobachten! Die Anziehungskraft des Jons mußte sie längst gepackt haben, sie mußten schon in seinem Bannkreis sein, ihm direkt zufallen.

Er maß: — Donnerwetter, diese Fallgeschwindigkeit konnte gefährlich werden. Das Ding mußte ja eine viel größere Anziehungskraft als die Erde haben. Mit dieser Geschwindigkeit mußten sie schon an der Atmosphäre des Jons, denn eine solche besaß es, darauf deuteten die Wolkenbänke hin, verbrennen.

Er legte den Gravitationsregler ganz auf Steigen und begann nun die Entfernung festzustellen. Sie schien kleiner zu werden. Wie groß war doch sein Durchmesser bei der letzten Messung gewesen? Er sah seine Notizen nach, aber er fand nichts, er hatte in seiner Erregung über all die tausend Möglichkeiten, die da auftraten, vergessen zu notieren. Er fand nur Aufzeichnungen über die Erde. Also nachholen — und das schnell.

Er verlor sich ganz in seine Arbeit und vergaß darüber die Gefahr, in der die Erde schwebte. Die Entfernung vom Jon schien abzunehmen. Nach zehn Minuten maß er noch einmal und nun wußte er es genau, sie nahm ab. Dann stellte er den Gravitationsregler wieder auf Sinken und maß nochmals. Rapide näherten sie sich nun wieder dem unbekannten Weltkörper. Abermals stellte er den Gravitator auf volle Steigkraft, und wieder ließ die Fallgeschwindigkeit nach, jetzt stand sogar der Apparat, — nun stieg er wieder. Er hatte den Gravitator in der Hand! Der Schwerefeldmesser zeigte aber schon in dieser Entfernung von dem Jon eine größere Anziehungskraft, als sie die Erde an ihrer Oberfläche auf die Körper auszuüben vermochte. — Wie kam das? Entweder besaß das Jon eine viel größere Masse als die Erde, oder die elektrischen Ausstrahlungen waren viel intensiver als dort.

Schlemihl stellte nun nach und nach den Gravitationsregler zurück, bis sie eine brauchbare Annäherungsgeschwindigkeit hatten.

Wie weit waren sie nun noch von dem Jon entfernt? — Das konnte er überhaupt nicht feststellen, er kannte ja den Durchmesser des Jons nicht, aus dem er die Entfernung hätte errechnen können, nur Annäherung oder Entfernung konnte er feststellen.

(Fortsetzung folgt.)

Christine Hebbels Bühnenanfänge.

Von

S. D. Gallwitz.

Man schrieb Oktober 1833, als die Demoiselle Enghaus, die spätere Christine Hebbel und Friedrich Hebbels „Glücksstern", zum ersten Male durch die Straßen der alten Kaufmannsstadt Bremen ging. Verwundert und etwas ängstlich mögen die sprechenden Augen des auffallend schönen jungen Mädchens damals um sich geblickt haben, denn fremd und phantastisch mußte alles, was sie sah, sie anmuten. Freimarktsgetriebe war, wie alljährlich um diese Zeit, in vollster Blüte. Auf dem Markt, auf dem Domshof und in den nahen Straßen schrien die Händler, die Seiltänzer und Hanswurste ihre Anpreisungen aus; dazwischen trieben allerlei fremde Tausendkünstler ihr Spiel. An den Straßenecken aber rissen große Plakate die Aufmerksamkeit des Publikums zu sich heran, auf ihnen forderte mit dringenden Worten der Stadttheaterdirektor — Gerber hieß er, und die Ueberlieferung berichtet von ihm, daß seine Frau der eigentliche Direktor gewesen sei —, forderte ein wohllöbliches Publikum auf, sich lebhafter am Theaterbesuch zu beteiligen, da andernfalls dieses Kunstinstitut ernsthaft in seiner Existenz gefährdet sei.

Das war kein heller Lebensausblick für die eben Zugereiste. Die Demoiselle Enghaus war nach Bremen gekommen, um ein Mitglied eben dieses Kunstinstituts zu werden.

Sie kam von Sorgen, und sie ging Sorgen entgegen. Als sie noch die kleine Christine gewesen war, wurde sie nach dem Tode ihres Vaters, der seine Familie in bitterer Not zurückließ, um etwas zu verdienen, an das Kinderballett des Hoftheaters ihrer Heimatstadt Braunschweig gegeben. Monatlich bekommt sie da anderthalb Taler; das war wenig, allzu wenig. So lernt das blasse, schlanke Kind Knabenrollen spielen, erhält dafür ein Extrasalär von drei Talern monatlich; spielt diese Rollen mit einer so rührend schönen Hingebung und Empfindung, daß der Dramaturg des Hoftheaters, Dr. Köchy, auf sie aufmerksam wird und ein regelrechtes Rollenstudium mit ihr beginnt. Schnell entfaltet sich Christines Talent, wächst ihr wundervolles Organ in Blüte, reift ihre Auffassung und ihre Leidenschaft, — alle diese Gaben, die sie später zu der berühmten Wiener Hofburgschauspielerin werden ließen. Aber für ihre Braunschweiger Verhältnisse bleibt sie immer das kleine Ballettmädel: keine Möglichkeit war für sie da, in die eigentliche höhere Schauspielkunst aufzurücken. So verschafft ihr der Kug sorgende Dr. Köchy ein Gastspiel auf Engagement in Bremen, und am 31. Oktober 1833 tritt die Demoiselle Enghaus, noch nicht siebzehnjährig, im Bremer Stadttheater zum ersten Male als Jungfrau von Orleans auf.

Pressekritiken über dieses in der Theatergeschichte bedeutsame Debut fehlen; aber in den handschriftlichen Dokumenten der „Protokolle des Stadttheaters" plaudert der große Theatermann Bremens damaliger Zeit, Hofrat Schütte, ein weitgereister Dilettant, der sich von Weimar den höheren Schwung mitgebracht hatte, des längeren darüber. Er schreibt: „Ich sah sie nur in der ersten Szene des ersten Aktes, die in ihrer Rolle mit den Worten anfängt: Bastard von Orleans, du willst Gott versuchen! . . . und konnte weiter nichts loben als ein gutes, verständliches Sprechorgan und fleißiges Auswendiglernen, hübsches Gesicht, übrigens keine Haltung, keine Auseinandersetzung der Charaktere. Unbekanntschaft mit der Deklamationskunst, mit der Modulation der Töne. Nur eine Anfängerin sah ich, die den Platz, den sie hier ausfüllen sollte, nicht würdig ausfüllen konnte. Wir sollen fürlieb nehmen." Nach einem zweiten Gastspiel am 7. November, als die Enghaus die Luise Millerin in „Kabale und Liebe" spielte, hat Schütte in den „Protokollen" zu sagen: „Ich eröffnete der Frau Direktor Gerber meine Meinung, daß ich die Demoiselle Enghaus für nichts mehr als eine Anfängerin halten konnte. Madame Gerber aber meinte, das Mädchen sei doch ein hübsches Mädchen, und Demoiselle Vischer, die nach ihrer Meinung dem hiesigen Publikum gefallen habe, gleichfalls eine Anfängerin gewesen. Wenn solcher Glaube bei der Direktion stattfindet, was soll dann aus dem bremischen Theater werden?"

Die Demoiselle Enghaus bleibt in Bremen; sie spielt Rollen über Rollen, den ganzen Unsinn der verstiegen romantischen Stücke, die damals die Liebe des Publikums hatten. Sehr schnell findet sie mit ihrer Kunst den Weg zu den Herzen. Der Kritiker des Bremischen Unterhaltungsblattes singt ihr Loblieder und schreibt einmal prophetisch: „Es scheint uns nicht kühn, wenn wir Demoiselle Enghaus das Prognostikon stellen, daß sie bald einen Platz unter den bedeutenden tragischen Künstlerinnen einnehmen wird."

Auch begeistert sie diesen und jenen anonym bleibenden Lokaldichter zu gelegentlichen poetischen Ergüssen. Einer singt sie folgendermaßen an:

„Dir töne mein Lied, Dich feire der Sang der Camönen,
Liebliche, die Du entzückt uns hast in der tragischen Rolle . . . ."

und endet das Poem:

„Schreite nur immer so fort, stets neuen Beyfall erwerbend,
Und Dich freuend der Gunst, die mit Rechte das Publikum zollet,
Wirst Du glänzen dereinst am theatralischen Himmel
Als sein erstes Gestirn, Du wackere Künstlerin Enghaus!"

Die Welt der Bretter ist eine Lichtwelt für Christine, aber dunkel blieb, was dahinter lag. Die Plakate des Direktors Gerber hatten nicht zu verhindern vermocht, daß der Geldmangel beim Theater immer schlimmer wurde. Ein Teil der Schauspieler wird entlassen, die beliebtesten bleiben. Die Demoiselle Enghaus übernimmt in der zweiten Hälfte der Spielzeit auch kleine Rollen in der Oper. Und damit nicht genug: Als eines Tages als besondere Lockspeise für das Publikum die leichte Muse des Variétés in das Stadttheater einzieht, Athletinnen, Taschenspieler, Virtuosen aller Gattungen, exekutiert mitten unter ihnen die Demoiselle Enghaus mit dem Tanzmeister Mr. le Piter eine Mazurka.

So der Weg ihrer Kunst. Jedoch hob sich am Horizont ihres Geschickes schon der Stern ihrer großen Zukunft. Im Frühling 1834 gastiert, von London kommend, die berühmte Amalie Haizinger, die später an der Wiener Hofburg ihre Kollegin war, in Bremen. Sie erkennt das bedeutende Talent der jungen Schauspielerin und bringt sie an das Hamburger Stadttheater, wo sie nach dem künstlerisch beispiellosen Erfolg eines Gastspieles engagiert wird. Trotz eines Winters härtester und angestrengtester künstlerischer Arbeit ist die Demoiselle Enghaus aber so mittellos, daß erst eine Subvention des Großherzogs von Oldenburg sie in den Besitz des notwendigen Reisegeldes für die Fahrt nach Hamburg bringt.

Ehrendoktor Schultze-Naumburg. Prof. Paul Schultze-Naumburg wurde aus Anlaß der Neuherausgabe seiner „Kulturarbeiten", deren erster Band „Die Gestaltung der Landschaft durch den Menschen" in neuer Ausgabe vor kurzem im Verlag Callwey, München, erschienen ist, von der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Wissenschaftliche Heimatkunde. Die Eröffnungssitzung der bei der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege (Berlin) eingerichteten „Studiengemeinschaft für wissenschaftliche Heimatkunde" findet am 21. April, vormittags 11 Uhr, Grunewaldstr. 6—7, statt. Universitätsprofessor Dr. Spranger wird über den Bildungswert der Heimatkunde sprechen.

Im Deutschen Theater ist im Repertoire des Moskauer Kammertheaters eine Aenderung insofern eingetreten, als Freitag, den 20. d. M., „Salome" gespielt wird. Das Gastspiel wird verlängert bis einschl. Sonntag, den 22. d. M., und zwar wird Sonnabend, den 21. d. M. „Moritz von Sachsen", Sonntag, den 22. d. M., als letzte Aufführung des Moskauer Kammertheaters „Prinzessin Brambilla" gespielt.

Perser Teppiche!
Antike Gobelins
Zentrum 674 Kurfürst 5255
Ankauf aus Privatbesitz
Krisch & Co.
Kronenstrasse 60.
Konkurrenzlose höchste Preiszahlung.

Brantings äußere Politik.

Von unserem Berichterstatter.

Stockholm, 15. April.

Das Kabinett Branting ist ein Opfer seiner zwiespältigen Stellung geworden. Als rein sozialistische Minoritätsregierung war es einerseits von der Unterstützung einer oder der anderen bürgerlichen Partei, andererseits von dem Beifall der breiten Arbeitermassen abhängig. An der Lösung des Problems, den Arbeitslosen zu helfen, ohne in Lohnkämpfe einzugreifen, ist es gescheitert. Es liegt auf der Hand, daß der Rücktritt eines Mannes wie Branting, den auch diejenigen seiner Landsleute, die zu ihm in politischer Opposition standen, nicht ungern „einen der wenigen europäischen Politiker großen Schlages" nennen hörten, auch im Ausland nicht unbemerkt bleiben kann. In Schweden, wo Hjalmar Branting seit Jahren im Brennpunkt des politischen Lebens steht, setzte seine Demission zahllose Federn in Bewegung, und im ganzen kann er mit seinem Nachruf zufrieden sein.

Im Urteil der liberalen Blätter spiegelte sich die Spaltung ihrer Partei wider. Die kleinen bürgerlichen Organe stehen nicht an, Brantings Streben, keine Klassen-, sondern eine Landesregierung zu führen, d. h. allen Parteien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, als im großen und ganzen gelungen zu bezeichnen. Sie schreiben, daß seine Geschäftsführung dazu beigetragen habe, die Einschmelzung der schwedischen Arbeiterklasse in den Staat zu fördern. Die mehr dem Unternehmerinteresse dienenden liberalen Blätter werfen ihm, ebenso wie die konservativen, wiederholte Verstöße gegen die einer Landesregierung obliegende Pflicht der Unparteilichkeit vor. Schärfer ist die Kritik, die an seiner Außenpolitik geübt wird. Sie kommt hauptsächlich von konservativer Seite und richtet sich gegen seine oft bewiesene Parteinahme für Frankreich. Deren letzte Gründe liegen wohl in seiner frühzeitigen Beeinflussung durch die französische Kultur. Ihre Wirkungen erwiesen sich als stärker als die parteipolitische Abhängigkeit, in der Branting zu Lassalle und Bebel steht, nach deren Lehren er die schwedische sozialdemokratische Partei gebildet hat. Liebe zu Deutschland hat diese von ihm übrigens bis heute bewahrte Verehrung seiner deutschen Vorbilder nicht im Gefolge gehabt.

Es ist wahr, daß wir Deutschen nicht ohne Bitterkeit von Branting sprechen können. Er war es, der im Winter 1917/18 nach Petersburg fuhr, um den zum Frieden neigenden Kerenski zum Weiterkämpfen anzuspornen, „bis Deutschland zerschmettert sei". Er war es auch, auf den sich die deutschen Revolutionäre im Oktober 1918 berufen konnten, wenn sie ihre Forderung auf Abschaffung der Monarchie damit begründeten, daß dieser Systemwechsel Aussichten auf erleichterte Friedensbedingungen gäbe. Das Stockholmer „Aftonbladet" hat vor einigen Wochen auf die merkwürdige und tragische Parallele hingewiesen, die sich zwischen dem Schicksal Woodrow Wilsons und Hjalmar Brantings ziehen läßt. Im tiefsten Herzen Ententefreunde, glaubten beide die Mission zu haben, als erhabene Hüter des „Rechts" zwischen die in Europa streitenden Mächte treten zu sollen. Beide wuchsen unter dem Beifall der Entente zu einer Größe, die sogar viele Deutsche hoffnungsvoll auf ihre Worte lauschen ließ. Gegen beide wandte die Ententediplomatie das Mittel der Schmeichelei an. Wilsons politische Laufbahn endete damit, daß er von seinen Bundesgenossen hinters Licht geführt wurde. Wie wird es Branting ergehen? Werden die Enttäuschungen, die ihm seine Ententefreunde schon jetzt bereitet haben, ihm die Augen öffnen?

Von den Aeußerungen der ausländischen Presse zu Brantings Rücktritt wurde hier keine so viel beachtet — und unbehaglich empfunden —, wie ein Aufsatz des Pariser „L'Oeuvre". Darin wurde „dem großen Europäer und Franzosenfreund" Branting bezeugt, daß er „während des Krieges dank seinem tiefen Rechtsgefühl nicht schwankte in der Wahl zwischen den Angreifern und dem seine Unabhängigkeit verteidigenden Volke. Nach dem Kriege sei seine Ansicht immer gewesen, daß die Besiegten für den von ihnen verursachten Schaden verantwortlich wären; und für den Wiederaufbau Europas durch internationale Solidarität fordere er, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Schadenersatz leiste, und daß alle Nationen eine Garantie für die Sicherheit des 1914 angegriffenen Volkes übernähmen." Aus den Kommentaren der schwedischen Presse zu diesem Huldigungsartikel sind folgende Sätze des „Aftonbladet" interessant und wohl charakteristisch für die überwiegende Mehrheit der schwedischen öffentlichen Meinung: „Wir können nur schwer glauben, daß es Herrn Brantings Absicht war, unser Land in eine so abenteuerliche Politik hineinzusteuern, wie die wäre, daß es Garantien ausschließlich für die Sicherheit Frankreichs auf sich nimmt, welches doch zu den am wenigsten bedrohten Staaten in Europa gehören dürfte. „L'Oeuvre" hat offenbar den von der französischen Politik augenblicklich so warm umhegten Plan eines Rheinlandarrangements in Gedanken, eines Arrangements, das mit oder ohne Hilfe des Völkerbundes Frankreich einen vorherrschenden Einfluß in der projektierten Schutzzone sichern soll. Sollte Herr Branting sich für eine solche Politik engagiert haben, so war es hohe Zeit, daß die Leitung unserer Außenpolitik in andere Hände gelangte." Hierin kommt etwa der gleiche Standpunkt zum Ausdruck, den die Zeitungen vor einigen Wochen einnahmen, als die Gefahr bestand, daß Branting die Lösung der Kontributionsfrage durch seine Initiative im Völkerbundsrat einer dem deutschen und amerikanischen Einfluß entzogenen, von Frankreich beherrschten Kommission in die Hände spielen könnte. Vielleicht in der besten Absicht. Aber der Schatten Wilsons und das Schicksal Oberschlesiens schrecken! Die positive außenpolitische Forderung der bürgerlichen Blätter ist mit wenigen Ausnahmen auf eine wirkliche Neutralität, mehr entwickelte politische Zusammenarbeit mit anderen neutralen Völkern und besonders freundliche Beziehungen zu den angelsächsischen Großmächten gerichtet, von denen allein man einen entscheidenden Einfluß auf die schwebenden großpolitischen Fragen erwartet.

Wenn man im deutschen Lager gegen Branting gerecht sein will, so muß man anerkennen, daß er mehrfach im schwedischen Reichstag und bei anderen Gelegenheiten scharfe Worte der Verurteilung der französischen Uebergriffe, z. B. in der Saarverwaltung und mit Bezug auf das Gewaltregiment der schwarzen Truppen am Rhein, gefunden hat. Herr Branting wird weiterhin Schwedens Vertreter im Völkerbundsrat sein. Er wird als solcher durch sein Verhalten in vielleicht noch wichtigeren Fragen unter Umständen Gelegenheit haben, den Beweis zu erbringen, ob diejenigen richtig urteilen, die ihn einen durch Schmeicheleien zu betörenden Ideologen vom Schlage Wilsons oder diejenigen, die ihn einen entschiedenen Parteigänger Frankreichs nennen, oder aber, ob er das ist, was er selber zu sein behauptet: ein Vorkämpfer für den Wiederaufbau Europas auf der Grundlage eines wirklichen Friedens.

Die Außenpolitik im Reichstag.

Der Etat fast einmütig angenommen.

Bei Fortsetzung der Aussprache über die auswärtigen Angelegenheiten erklärt in seinen weiteren Ausführungen

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.):

Zu der jetzt wieder aufgeworfenen Frage der Neutralisierung des Rheinlandes will ich als Vertreter der weitaus stärksten Partei des besetzten Rheinlandes Stellung nehmen. Wir hegen gegen das Wort Neutralisierung ein unüberwindliches Mißtrauen, weil wir seine Vorgeschichte kennen. Unmittelbar vor der russischen Revolution kam zwischen Frankreich und Rußland eine Vereinbarung dahin zustande, daß im Falle des Sieges die Rheinlande an Frankreich fallen sollen. Bei den Vorbereitungen des Versailler Friedens haben die Franzosen alles versucht, um dieses Ziel zu erreichen. **Die französische nationalistische Presse hat dann das französische Volk systematisch über die Stimmung der Rheinländer getäuscht und es so hingestellt, als wären Dorten und Smeets die wahren Vertreter der rheinischen Gesinnung.** Neuerdings scheint man ja eingesehen zu haben, daß mit diesen traurigen Figuren keine Rheinlandpolitik zu machen ist.

Wenn Abg. Dr. Breitscheid ein präzises deutsches Angebot etwa in Höhe des englischen Vorschlages wünscht, so wäre ich damit einverstanden.

Ein Angebot ist aber die bestimmteste Form der Uebernahme einer Verpflichtung. Wir haben mit Ultimaten genug üble Erfahrungen gemacht. Es wäre sehr gefährlich, wenn ein solches Angebot zur Grundlage neuer Ultimaten und Sanktionen gemacht würde. Unsere Regierung hat die Pflicht, im Rahmen des Erfüllbaren ihre Vorschläge zu machen, wobei ich dahingestellt sein lasse, ob wir im jetzigen Augenblick bestimmte Zahlen nennen können. Wir wollen jedenfalls die Verständigung, wir wollen über die Volksgemeinschaft hinaus zur Völkergemeinschaft kommen, zu einem Völkerbunde, der diesen Namen nicht nur trägt, sondern wirklich verdient. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär von Maltzan

gibt hierauf folgende Erklärung ab:

Vom Reichskommissar im besetzten Rheinlande ist eine außerordentlich verdienstvolle Tätigkeit im Interesse der bedrohten rheinischen Bevölkerung entfaltet worden. Diese Tätigkeit wurde von Anfang an von den französischen Annektionspolitikern und den rheinischen Separatisten als unliebsames Hindernis ihrer Pläne empfunden. Die Beseitigung des Reichskommissariats war ein Programmpunkt dieser Kreise. Die Interalliierte Rheinlandkommission, die neben dem französischen Vorsitzenden auch Vertreter anderer Mächte umfaßt, hat sich zum Werkzeug dieser Bestrebungen gemacht. Die Knebelung der deutschen Presse, die Beseitigung deutscher Beamten haben bewiesen, daß die Okkupationsbehörde nicht durch ein gewissenhaft arbeitendes deutsches Reichskommissariat länger gestört werden wollte.

Zu der Interpellation über die Tätigkeit französischer und belgischer Offiziere in den interalliierten Kontrollkommissionen erklärt Staatssekretär von Maltzan: Das Haus möge das Vertrauen in die Regierung setzen, daß sie die Gefühle der Interpellanten würdigt und bemüht ist, die Pflichten eines geschriebenen Vertrages zu vereinbaren mit den ungeschriebenen Pflichten, die uns die Sorge um unser leidendes Volk auferlegt.

Abg. Dr. Helfferich (D. Nat.):

Der Schrei nach Aktivität der Regierung geht nicht nur durch dieses Haus, sondern durch das ganze deutsche Volk. Wir leiden unter dem Fluch der Waffenlosigkeit inmitten einer waffenstarrenden Welt. Unsere Waffenlosigkeit hat sich als die stärkste Provokation der Franzosen erwiesen. Man glaubte dort, daß mit Gewalt von Deutschland alles zu erreichen sei. Die jetzt im Ruhrgebiet gemachte Entdeckung, daß ein waffenloses deutsches Volk nicht wehrlos ist, hat Frankreich und die Welt überrascht. Das ist das große Aktivum unseres passiven Widerstandes. (Beifall rechts.) Das ist die große Wendung, die durch nichts in der Welt mehr umgebogen werden darf. (Neuer Beifall rechts.) Das ganze deutsche Volk ist sich darüber einig, daß der passive Widerstand fortgesetzt werden muß, bis die Versuche der militärischen Gewaltpolitik der Franzosen gescheitert sind.

Da wir über das große Ziel einig sind, können wir uns über die faktischen Meinungsverschiedenheiten in aller Ruhe und Sachlichkeit auseinandersetzen. Sie bestehen darüber, wie die allgemein geforderte Aktivität der Regierung sich äußern soll. Uns ist jede Aktivität recht, die den passiven Widerstand stärkt, die Befreiung unserer Brüder an Rhein und Ruhr und Saar herbeiführt. Wir dürfen aber nicht die Kräfte des Volkes entmutigen und jede Aktivität im Keime ersticken. Deshalb sind wir dafür eingetreten, daß der Teuerung auch von der Seite der Valuta her entgegengetreten wird, und wir erwarten, daß die Stützungsaktion fortgesetzt wird, auch wenn dabei das Gold der Reichsbank aufs Spiel gesetzt wird. In diesem Kampfe ist das Reichsbankgold unser Pulver, das verschossen werden muß.

Wenn es zur Liquidation kommt, müssen wir unter allen Umständen verlangen, daß nicht nur das Ruhrgebiet, sondern auch das besetzte Rheinland befreit wird. (Sehr richtig! rechts.) Das müssen wir auch der Reparation wegen verlangen, denn sonst gibt es, wenn diese Kosten der Besetzung weitergingen, keine Möglichkeit, aus Deutschland Reparationen herauszuholen, die das Papier wert sind, auf dem sie stehen. Die politische Einstellung Poincarés und die wirtschaftliche Einstellung Loucheurs kommen auf dasselbe hinaus: Deutschland muß wirtschaftlich lahmgelegt und erdrosselt werden. Auf die französischen Wirtschaftskreise können wir also keine Hoffnung stützen. Es geht Frankreich nicht um Reparationen, nicht um Sicherheit, sondern um Schwächung und Zerreißung Deutschlands. Ich zweifle nicht, daß ein neues Angebot der deutschen Regierung, auch wenn es ein solches wäre, das die Regierung nur irgendwie noch vor dem deutschen Volke verantworten kann, von Poincaré von neuem mit Hohn abgelehnt werden wird. Ich befürchte von einem solchen Angebot sogar eine schlechte Wirkung bei den anderen Staaten. Herrn Stresemann kann ich zu dem, was die „Vossische Zeitung" heute zu seinen Ausführungen bemerkt, nur mein herzlichstes Beileid aussprechen. (Heiterkeit.)

Die Lösung der Reparationsfrage ist nicht an Deutschland, sondern einzig und allein an Frankreich gescheitert.

Als hierauf

Abg. Ledebour (U. S.)

das Wort erhält, verlassen die meisten Abgeordneten den Saal. Ledebour triumphiert, daß Helfferich vor ihm ausreißt. Aus Frankreich hört er Stimmen, die das Ruhrabenteuer verurteilen. Beispielsweise der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte. In Dr. Breitscheids Rede fehlt ihm jede revolutionäre Energie.

Abg. Moldenhauer (D. Vp.)

wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die Internationalisierung der Rheinlande:

Unter eine internationale Gendarmerie gestellt zu werden, ist eine noch größere Entwürdigung als feindliche Besetzung. Frankreich würde außerdem über die Eisenbahn verfügen. Wirtschafts- und Verkehrspolitik gehören zusammen. Es gibt keine Souveränität eines Volkes, wenn ein anderer über die Eisenbahn herrscht.

Die Engländer werden sich sehr wundern, wenn die rheinischen Bahnen in französische Hände geraten. **Der Verkehr wird nach Westen [illegible]** und Bezahlung in Frank verlangt werden, ein Schritt weiter auf dem Wege, das Gebiet von Deutschland abzutrennen. Die Krönung der Internationalisierung würde die Zollinie am Rhein sein. Wir müssen klar und deutlich feststellen, daß die Internationalisierung nichts anderes bedeutet als die Annexion.

Frankreich fürchtet geradezu, bezahlt zu werden. Wenn Wallstreet heute käme und sagte: „ich zahle den ganzen Kitt, morgen rückst du ab", so wäre das der stärkste Strich durch die französische Rechnung. In Frankreich besteht gar keine Neigung, auf irgendein deutsches Angebot einzugehen. Die öffentliche Meinung und ihre Ratgeber haben uns schon einmal zu einem Schritt veranlaßt, der für uns außerordentlich verhängnisvoll geworden ist. (Sehr richtig! rechts.)

Ich werde mich nicht gegen den Verständigungsgedanken wenden, aber die Hoffnung müssen wir aufgeben, daß ein direktes deutsches Angebot Aussicht auf Erfolg haben könnte. Wir müssen den Engländern scharf und deutlich erklären, daß die rheinische Politik Frankreichs für uns indiskutabel ist. Wir müssen zurückkehren auf den Boden des Rechts. Alles, was in den letzten Monaten geschehen ist, war Unrecht, war gegen den Vertrag. (Zustimmung.)

Als letzter Redner nimmt der

Abg. Frölich (Komm.)

das Wort, wirft dem Außenminister Zweideutigkeit vor, kritisiert Börse und Reichsbank, Kapitalismus und die zweite Internationale, sieht einen Block Breitscheid-Stresemann, reibt sich an der Sozialdemokratie und malt das bayerische Gespenst an die Wand.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Gehalt des Ministers und die übrigen Teile des Etats werden mit allen Stimmen gegen die Kommunisten und die Ledebour-Zweimännergruppe bewilligt.

(In einem Teil der gestrigen Ausgabe bereits veröffentlicht.)

Sowjetrußlands Außen- und Wirtschaftspolitik.

Eröffnung des 12. kommunistischen Parteikongresses

Moskau, 18. 4. (O. E.)

Montag ist in Moskau der 12. Parteikongreß der Russischen Kommunistischen Partei eröffnet worden, der über die weitere Politik der Partei und somit des Sowjetstaates zu beschließen hat. Der stellvertretende Vorsitzende im Rate der Volkskommissare, Kamenew, sprach in seiner Eröffnungsrede die Hoffnung aus, daß Lenin von seiner schweren Krankheit genesen und wieder das Ruder der Revolution in die Hand nehmen werde. Dieser Parteikongreß, der zum ersten Male ohne Lenins Anwesenheit tage, müsse den in seinem letzten Artikel ausgesprochenen Weisungen folgen.

Darauf erstattete Sinowjew im Auftrage des Zentralkomitees der Partei Bericht über die politische Lage. Sowjetrußland habe nunmehr seinen Rückzug auf wirtschaftspolitischem Gebiete abgeschlossen. Dies habe jedoch die Belebung der Handelsbeziehungen Rußlands mit dem Auslande nicht gehemmt. In 18 Auslandsstaaten beständen Sowjetvertretungen, mit neun Staaten würden darüber Verhandlungen geführt. Die Grundlage der sowjetrussischen Außenpolitik werde der Kontakt mit den erwachenden Völkern des Ostens und den vom Ententeimperialismus geknechteten Ländern werden. Doch würde Sowjetrußland zugleich jede Annäherung an die Ententeländer freudig begrüßen, insbesondere an Frankreich, wo die Mehrzahl der Bevölkerung russische Sympathien hege. Auch wäre es wünschenswert, daß die englisch-russischen Beziehungen sich glatter als gegenwärtig abwickelten. Die voraussichtliche Verständigung mit Japan und mit China sei zu begrüßen. Natürlich wäre auch eine Annäherung an Amerika nicht abzulehnen.

Was die Weltrivalität zwischen Bürgertum und Proletariat betreffe, so offenbare sich dieser Kampf in dem Versuch, die neue Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands für die internationale Politik nutzbar zu machen und Rußland für Abschaffung des Außenhandelsmonopols zu drängen. Dies dürfe der Sowjetstaat jedoch nimmermehr zulassen. Das sei auch die Meinung Lenins. Auf dem Gebiete des Außenhandels sei eine stetige Zunahme der Ausfuhr zu verzeichnen, so daß man binnen drei Jahren auf eine aktive Handelsbilanz rechnen dürfe. Es lägen zurzeit 460 ausländische Konzessionsbewerbungen vor, darunter 56 amerikanische, 55 englische, und 50 französische. 26 Konzessionsverträge seien bereits abgeschlossen, wonach 30 Millionen Goldrubel Auslandskapital in der russischen Wirtschaft investiert und Auslandskredite in Höhe von 15 Millionen gewährt würden. Dies sei zwar wenig, aber schon ein erster Schritt. Zur Frage der Möglichkeit neuer Kriege betonte Sinowjew, daß Rußland sich in keine neue europäische Schlägerei hineinziehen lassen werde.

Zum Schluß äußerte Sinowjew sich optimistisch über die Aussichten der diesjährigen Ernte und über die innere Lage in der Russischen Kommunistischen Partei, deren Einfluß auf das Leben des Sowjetstaates ungeschmälert fortbestehen müsse.

Panamerikanischer Kongreß.

Keine Einigung in der Abrüstungsfrage.

S. **Paris,** 19. 4. (Eigenbericht.) Der Berichterstatter des Abrüstungsausschusses, Dr. A. Hunelus, der Vertreter Chiles, empfahl die Annahme der Leitsätze der Haager Konferenz vom Jahre 1907 und des Washingtoner Abkommens vom Jahre 1922.

Der Vertreter Brasiliens widersprach dem und bezeichnete den gegenwärtigen Augenblick als ungeeignet für Rüstungseinschränkungen. Argentinien behielt sich vor, für eine neue Konferenz besondere Vorschläge zu unterbreiten, wies aber darauf hin, daß besonders auch die kleinen südamerikanischen Republiken auf der Forderung des Baues von Kriegsschiffen bis zu 35 000 Tonnen bestehen müßten. Columbia forderte, die schwächeren Staaten müßten das Recht haben, sich durch Flugzeuge, Giftgase und Unterseeboote zu verteidigen. Dieser Antrag wird von Paraguay und den mittelamerikanischen Staaten unterstützt.

Müssen wir den Orient aufgeben?

Von Dipl.-Ing. **K. Lücken.**

Durch das Diktat von Versailles sucht uns die Entente vor allen Dingen als Konkurrent auf dem Weltmarkt zu beseitigen. In diesem Bestreben gibt es kaum eine Meinungsverschiedenheit unter unseren Gegnern von gestern. Dagegen anzukämpfen sollte bevorzugte Aufgabe der Deutschen sein, wollen sie sich nicht selber aufgeben. Nun gibt es auf der Welt nur wenig Märkte, die nicht in irgendeiner Weise von den Weltmächten, die uns militärisch auf Jahre vernichtet haben, abhängig sind. Zu den wenigen ist zweifelsohne der türkische Markt zu rechnen, der von Mohammedanern bewohnte Teil Vorderasiens und Persiens. Man muß die Anstrengungen der Kontrollkommissionen in Konstantinopel, alles was deutsch ist, von dort mit Brutalität fernzuhalten, am eigenen Körper verspürt haben, um erstens zu verstehen, daß in der Tat hier berechtigte Angst vorliegt, der Deutsche könnte wieder im Orient Fuß fassen, und daß zweitens diesem Markt eine große Bedeutung beigelegt wird. Ueber die letztere waren sich große Teile des deutschen Volkes noch vor einigen Jahren ganz im klaren. Unser türkischer Bundesgenosse kann unmöglich zu den schwachen Völkern gerechnet werden.

Um so bedauerlicher ist aber das Verhalten der im Augenblick maßgebenden Kreise in Deutschland. Es muß gesagt werden, daß es der scharfen Kontrolle der interalliierten Kommissionen in Stambul gar nicht bedarf, um Deutschland auch im Orient auszuschalten; wir sorgen leider reichlich dafür, daß unser moralischer Kredit beim Orientalen restlos verschleudert wird. Man wird einwenden, daß wir politisch ohnmächtig, daß unsere großen Geschäfte im Orient vernichtet sind, daß nach dem Zusammenbruch 1918 die große Mehrzahl der Türken sehr froh war, nicht zu große Bindungen mit Deutschland eingegangen zu sein. — Im Gegenteil. „Jetzt gerade, nachdem unser deutscher Freund militärisch uns nichts mehr anhaben kann, jetzt erst kann wahre türkisch-deutsche Freundschaft erblühen." So sprachen zu mir mehrere Männer der Angoraregierung . . . damals vor drei Jahren. Inzwischen haben wir jede Gelegenheit benutzt, um uns bei den Orientalen in Mißkredit zu bringen. Der türkische Markt zählt zu den am schwersten zu bearbeitenden der Welt. Das Gemüt des Orientalen muß gewonnen sein, erst dann kann man mit ihm ins Geschäft kommen. Es nützt gar nichts, bloß korrekt mit ihm zu arbeiten, er muß fühlen und glauben, daß man es gut mit ihm meint, dann erst legt er vertrauensvoll sein Vermögen in die Hand des Geschäftsfreundes.

Ich will hier nur zwei Keulenschläge anführen, mit denen wir sehr vieles zerstörten, ohne nach meinem Empfinden auch nur ein Geringes zu gewinnen. Am 16. März 1921 fiel durch Meuchlerhand der größte unter den Türken—Talaat Pascha! Die mohammedanische Welt horchte gespannt auf den Spruch des trotz Niedergang noch immer hoch angesehenen deutschen Freundes. Deutsche Richter sprachen den Buben frei, der das politische Haupt der Türken zerschmettert hatte. Für den Orientalen war der Freispruch unbegreiflich und wird es bleiben — sehr lange, das liegt in seiner Psyche. Den zweiten ergänzenden Schlag haben wir dieser Tage mit der Angelegenheit des Films „Die Frau mit den Millionen" erlebt, worüber unser Blatt ausführlich berichtet hat. Die Absichten der deutschen außenpolitischen Stellen sind dunkel. Wenn es auch in der Politik keine ewigen Freundschaften gibt, so gibt es doch eine ewige Vernunft, die uns sagen sollte, daß es unvorteilhaft ist, ein Volk, mit dem man jahrelang zusammenstand, aus gesichertem Winkel mit dickem Schmutz bewerfen zu lassen. Das deutsche Volk hat sich hier plumpe Entgleisungen geleistet, die dem französischen oder englischen niemals passieren könnten. Wie kann man im gleichen Atemzug nach Hilfe und Freunden in der Welt rufen, wenn alte Freundschaft so vergolten wird? In der Tat haben wir hier Werte vernichtet, die mit größter Mühe nur in Jahren wieder zurückgewonnen werden können.

Wann wird die deutsche Regierung im Orient aktive Politik beginnen?

Die internationale Anleihe für Oesterreich.

Kbg. Wien, 18. 4. (Eigenbericht.) Der vom Kontrollkomitee des Völkerbundes genehmigte Plan der internationalen Anleihe für Oesterreich sieht eine zwanzigjährige Laufzeit für eine Anleihe von 130 Millionen Goldkronen vor, die von den interessierten Staaten voll garantiert ist. Die übrigen 520 Millionen Goldkronen sind zu je 20 Prozent von England, Frankreich, Italien und der Tschechei, ferner zu 2½ Prozent von Belgien, zu fast 4 Prozent von der Schweiz garantiert. Die restliche Quote haben Spanien, Schweden, Holland und Dänemark übernommen. Voraussichtlich kann ein Teil der Anleihe noch im Mai aufgelegt werden.

Die mexikanische Erdölindustrie.

S. **Paris,** 19. 4. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus Mexiko wollen dortige Petroleumgesellschaften den Rio Panuco auf ihre Kosten schiffbar machen. Der Fluß entspringt im Staate San Luis Potosi und mündet bei Tampico in den Golf von Mexiko. Hierdurch würde ein wichtiger und billiger Transportweg für das mexikanische Petroleum zur Küste geschaffen.

Schon heute ist der Panuco-Strom eine wichtige Straße für die Erdöltransporte, vor allem deshalb, weil große Erdölfelder am Oberlauf des Flusses liegen. Die Bedeutung der Mündungsstadt Tampico geht daraus hervor, daß hier nicht weniger als 300 Erdölgesellschaften ihren Sitz haben. Die mexikanische Erdölindustrie gewinnt dauernd an Bedeutung und steht heute bereits an zweiter Stelle unter den Erdölproduktionsländern.

Repräsentant, ehemaliger höh. Offizier, der gewillt ist, seine guten persönlichen Beziehungen organisator. u. akquisitor. in unsere Dienste (ASSEKURANZ und EXPORT) zu stellen, wird gegen Fixum und Provision eingestellt. Die gebotene Position gewährt neben großer Verdienstmöglichkeit volle persönliche Freiheit. Angebote unter Nr. 251 an den Verlag dieser Zeitung.

Gesucht
ein ev. unverh. Standesg. (event. Balte) zur selbst. Leitung kl. Land- und Gartenwirtsch. (ca. 50 Morgen) und zur Führung d. Bücher. Vertr.-Stellg., Familienanschl. und 26 000 ℳ monatl. Bewerb. an **Frhrn. von Strombeck, Neu-Dobra b. Liebenwerda.**

Im Berliner Exportgeschäft
sucht junger Mann (Maturum, alte Beamtenfamilie, große Erscheinung)
sofort Lehrstelle.
Angebote an die Geschäftsst. d. Bl. unt. Nr. 252 erbeten.

Köchin,
auch für Hausarbeit mit guten Zeugnissen bei hohem Lohn per 1. Mai gesucht. **Frau Berger, Uhlandstraße 54/55.**

Syndikus (Dr. jur.)
erst. Hamburger Firma, in ungekündigt. Stellung, sucht gleiche oder ähnliche Position in Handels- oder Industrieunternehmen. Gefl. Angebote unter Nr. 248 an die Expedition dieses Blattes.

Landarbeiterfamilie
(wegen nationaler Gesinnung vertriebene Deutschpolen) mit mehreren männlichen und mehreren weiblichen Arbeitskräften sucht Dauerstelle auf größerem Gut, am liebsten Schleswig-Holstein oder angrenzende Provinzen, gegen Lohn und Deputat.
Wilhelm Gwinner,
Kreilbekfeld b. Eggebek, Schlesw.-Holstein.

Kaufmann,
30 Jahre alt, verh., sucht Anstellung im größeren Hause als Amtsleiter, Lagerverwalter oder Einkäufer. Kaution 5–8 Millionen vorhanden, welches auch event. im Geschäft untergebracht werden kann.
Angebote unter Nr. 249 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Staatl. gepr. Lyzeallehrerin,
23 Jahre, f. Latein, f. Handarbeit, Buchführung, Stenogr., Schreibmaschine, kann Klavier spielen, sucht Stelle, auch Ausland. Offerten mit Gehaltsangabe postlagernd unter **M. G., Kolberg, Ostsee.**

Armeesattel
mit vollständigem Zaumzeug, in sehr gutem Zustand (Einj.-Freiw.-Eigentum), billig zu verkaufen. Gefl. Angebote unter Nr. 253 an die Expedition d. Zeitung.

Schreibmaschinen!
Continental 680 000, Mercedes 550 000, Smith Premier 500 000, Ideal 400 000, Adler 7. 570 000, Oliver 5. 350 000 und andere fabrikneue, gebrauchte, verkauft billigst
Enge, Berlin W, Gleditschstr. 49.
Sämtliche Reparaturen. — Schreibmaschinenvertrieb.

Milliardenbeträge
sofort verfügbar für 1–3 Monate gegen Wechsel und Verpfändung von
Getreide und Düngemitteln,
Sachwerten, Hypotheken, Effekten, Edelmetallen ꝛc.
Georg Friedrich Alves,
W. 62, Maaßenstraße 36.
Tel.: Lützow 9651.
Telegr.-Adresse: Bankalves Berlin.

In der
Villenkolonie Rehbrücke
im vornehmen Westen, 14 Minuten Fahrzeit von Wannsee, habe ich auf einem landschaftlich bevorzugt gelegenen Gelände noch günstig
Waldgrundstücke
zu verkaufen. — Alles Nähere durch
Martin Brinkmann,
Architekt, Büro f. Architektur u. Bauausführungen.
Charlottenburg, Knesebeckstr. 94. Steinpl. 7058.
(8 bis 4 Uhr)

Fabrikgrundstück
mit Doppellicht, pro Etg. 250 qm Nutzfläche, im Vorderhaus Wohnungen v. 3–4 Zimmern
für ℳ 50 Millionen
nahe Kottbuser Damm zu verkaufen.
Isr. Schmidt Söhne
Leipziger Str. 112
Zentrum 12600/03, 3066, 10371/72.

Hausverwaltungen
erledigt zuverlässig zu günstigen Bedingungen auf Grund genauer Kenntnis des
Reichs-Mieten-Gesetzes.
Beste Referenzen.
Als Selbstkäufer
und in festem Auftrage kaufe
gute Wohnhäuser.
Spezialist für
Dach-, Aus- und Villen-Bauten.
Martin Brinkmann,
Architekt, Büro für Architektur u. Bauausführungen.
Charlottenburg, Knesebeckstr. 94. Steinplatz 7058
(8 bis 4 Uhr).

Schreibmaschinen
alte u. neue sowie zerbrochene kauft ständig höchstzahlend
Enge, Gleditschstraße 49.
Lützow 57.

Indra
Jägerstrasse 65.
Dir. E. Petermann.
Anfang 7¾ Uhr.
Berlins bestes und lustigstes Programm.
Beachten Sie die Anschlagsäulen.

Theater-Spielplan

20. April.

Opernhaus	93. 7	Othello.
Schauspielhaus	110. 7½	Faust.
Deutsches Theater	7½	Phädra.
Kammerspiele	8	Das Krokodil.
Gr. Schauspielhaus	6½	König Lear.
Lessing-Theater	7½	Bürger Schippel.
Deutsch. Künstler-Th.	7½	Der Fürst v. Pappenheim.
Th. i. d. Königgrätzerst.	7½	Kreidlers Eckfenster.
Komödienhaus	7½	Prinzessin Olala.
Berliner Theater	7½	Mädi.
Kurfürstendamm-Th.	8	W. U. R.
Schlosspark-Theater. Kleines Haus.	7½	Eine glückliche Ehe.
Tribüne.	8 10½	Die Hose. Nachtvorstellung Salome.
Volksbühne Theater am Bülowplatz	7½	Mein Leopold.
Central-Theater	8	Försterchristel.
Deutsches Opernhaus	7½	Der Troubadour.
Grosse Volksoper im Theater des Westens	7	Lohengrin.
Lustspielhaus	8	Bobby, sag die Wahrheit.
Metropol-Theater	7½	Die Schönste der Frauen.
Neues Operettenth.	7½	Katja, die Tänzerin.
Neues Theater am Zoo	7½	Dorine und der Zufall.
Schiller-Theater	8	Rose Bernd.
Thalia-Theater	7½	Ein Jahr ohne Liebe.
Theat. Nollendorfplatz	7½	Die schöne Rivalin.
Th. Kommandantenst.	7½	Oesterreichische Einakter.
Wallner-Theater	8	Der kühne Schwimmer.
Residenz-Theater	8	D. Raub d. Sabinerinnen.
Trianon-Theater	8	Professor Bernhardi.
Kleines Theater	8	Das stärkere Band.
Renaissance-Theater.	8	Der Kampf d. Geschlechter.

REICHSHALLEN-THEATER.
Allabendlich 7½ Uhr u. Sonntag Nachm. 3 Uhr:

Stettiner Sänger
Mitternacht in der Gemäldegalerie. Nachm. halbe Preise.
Dönhoff-Brettl.
Anfang 6½ Uhr.

Wintergarten Varieté-Spielplan!
Rauchen gestattet!

Admirals-Varieté
8 Uhr April-Programm unerreicht!

Welt-Panorama (Passage).
„Tief unter der Erde".
II. Reise in Siam.
Eine Reise 20 ℳ, Kind 10 ℳ. Abonnem. (8 Reisen) 100 ℳ

CIRCUS BUSCH
Täglich 7½, Sonntags 3 Uhr.
Else Wasa als Königin Luise in dem neuen historischen Manegeschauspiel 1800
Ein Ereignis! Vorher neues Circus-Progr.

Rennen zu Karlshorst
Sonnabend, den 21. April, nachm. 3 Uhr.

Spielplan v. 20. bis 26. 4. 23.
UFA-PALAST A. ZOO Fridericus Rex III, IV
TAUENTZIENPALAST Chaplin-Woche
U. T. KURFÜRSTEND. Samson u. Delila
MOZARTSAAL Der zweite Schuß
KAMMERLICHTSP. Der bekannte Unbekannte
U. T. NOLLENDORFPL. Die Frau mit den Millionen. III. Teil: „Konstantinopel - Paris"
U. T. FRIEDRICHSTR. Die Frau mit den Millionen. II. Teil: Der Prinz ohne Land.
U. T. ALEXANDERPL. Die Frau mit den Millionen. I. Teil: Der Schuß in d. Pariser Oper
U. T. WEINBERGSWEG Die versunkene Welt
U. T. HASENHEIDE Monna Vanna
U. T. SCHÖNEBERG Vom 20.–23. 4. 23: Ein Glas Wasser Vom 24.–26. 4. 23: Fräulein Stellvertreter
Casanovas einzige und wahre Liebe

Cabaret Barock Palais
Unter den Linden 14 / Telephon: Zentrum 1790,828
Das sensationelle Programm:
Claire Waldoff ✶ Willy Prager
Sascha Gura / Theo Körner / Martha Jaeckel
Didier Aslan | Wally Winter | Lilly Kügler | Wanda Weiner
Kapelle Rohrbeck — Erstklassige Küche
Anfang 8 Uhr

Wiener
Schloß-Restaurant und Bar
Dorotheenstraße 77-78
Exquisite Küche — Vorzügliche Weine
Wiener Künstler-Kapelle · 7 Uhr abends

A. Wertheim

Preiswerte Seife

Lanolinseife	St. 425 u. 580 M	
Blumenseife	St. 480 M	
Weißer Flieder	St. 580 M	
Lilienmilchseife	St. 600 M	
Badeseife rund	St. 580 M	
Kernseife	Riegel 720 M	

Frisches Fleisch soweit Vorrat

Kalbskamm und Brust	Pfund 1800 M
Kalbsnierenbraten	Pfund 2200 M
Kalbskeule ganz und geteilt	Pfund 2200 M
Rinderkamm und Brust	Pfund 2500 M
Roastbeef mit Knochen	Pfund 2600 M
Rinder-Querrippe	Pfund 2400 M
Gehacktes Fleisch	Pfund 2800 M

Fische

Kabeljau ganze Fische, ohne Kopf	Pfd 650 M
Seelachs ganze Fische, ohne Kopf	Pfd 550 M
Grüne Heringe (Schweden)	Pfd. 380 M
Bücklinge	Pfd. 850 M
Schellfische geräuchert	Pfd. 1100 M
Seelachs geräuchert	Pfd. 1300 M

Wurstwaren

Zwiebelleber- und Rotwurst	Pfd. 2400 M
Landleberwurst	Pfd. 3200 M
Fleischwurst	Pfd. 4200 M
Jagdwurst	Pfd. 4400 M

Käse

Kochkäse	Pfd. 2000 M
Harzerkäse	Pfd. 2300 M
Briekäse	Pfd. 2400 M
Quadratkäse	Pfd. 2500 M
Faustkäse	Pfd. 2800 M
Edamerkäse	Pfd. 6400 M

Gemüse

Zwiebeln	Pfd. 35 M
Petersilien-Wurzel	Pfd. 50 M
Mohrrüben	Pfd. 75 M
Sellerie	Pfd. 80 u. 130 M
Schwarzwurzeln	Pfd. 150 M
Weißkohl Holländer	Pfd. 180 M
Spinat	Pfd. 280 M
Rharbarber	Pfd. 360 M
Petersilien-Töpfe	Topf 400 M

Tafel-Margarine Pfund **2800** M — **Apfelwein** ¹⁄₁ Flasche einschließl. Steuer, ohne Flasche **980** M

Breslauer Brief.

Festklänge. — Breslau in der Kinderhilfe voran. — Straßenbahnboykott. Wandervögel. — Industrieritter.

Breslau, 13. April.

Man soll zwar am Freitag nie etwas beginnen, auf dessen Glücken man einige Hoffnungen setzt und noch dazu, wenn er gleichzeitig das Datum des dreizehnten trägt, aber das gilt für den Briefschreiber wohl nur dann, wenn er durchweg Erfreuliches zu berichten hat. Das kann der Großstadtchronist trotz endlich grün werdender Bäume jetzt selten, und so sei es gewagt. Von der Messe vor vier Wochen wollen wir lieber nicht reden, die gesellschaftlichen Veranstaltungen aus Anlaß derselben waren so gut gelungen wie die Geschäfte auf der Messe selbst; und wie die waren, das pfeifen die Spatzen nachgerade von den Dächern. Der Presseball, der mit erheblicher Verspätung stattfand, soll schon wesentlich besser und unterhaltsamer verlaufen sein. Außerordentlich gut verlief auch das erst kürzlich stattgefundene Fest, das der notleidende Orchesterverein in den letzten Jahren stets um Ostern herum veranstaltet. Die „Fledermaus" gab den willkommenen Rahmen ab, in dem der Ball sich abspielte, und der sonst von den Tönen der großen Symphonien durchflutete große Konzerthaussaal erklang von Tanzmelodien, die von den Künstlern an diesem Abend zu Ehren Terpsichores und zu Gunsten des mageren Vereinssäckels zu Gehör gebracht wurden, die sonst der ernsten Kunst sich widmen.

Die Schauspielbühnen scheinen zum Ende der Wintersaison einmal einen günstigen Griff getan zu haben, indem sie „Die Revolution in Krähwinkel" neuzeitlich eingekleidet über die Bretter gehen lassen; die Mehrzahl der braven Bürger freut sich über das ganze Gesicht, wenn alle die köstlich-traurigen Typen auch einer Revolution da oben gezeigt werden und denkt stets, der liebe Nachbar sei damit gemeint. Doch soll damit nicht gesagt sein, daß die Idee: „Einer für alle, alle für einen" nicht auch erfreulich viele Anhänger hätte. Mit einiger Genugtuung stellte man gestern im Provinziallandtage fest, daß Schlesien mit seinen Beiträgen zur Ruhrhilfe an der Spitze der deutschen Gaue marschiere.

Aber so weit geht die ideale Gesinnung der Breslauer nicht, daß sie ihre Hundertmarkscheine zur Sanierung der städtischen Straßenbahn verwendeten. Seit 250 *M* auch hier für die Fahrt verlangt werden, läuft Männlein und Weiblein meist zu Fuß und gibt dem Schuster zu verdienen. Vorläufig versucht man es mit Streckung des Verkehrs, die Straßenbahn ist ja schließlich nötig — und sie bewegt sich doch, treu dem Ausspruch des alten Astronomen. Dieser Beruf wäre heute begehrt, denn gar zu gern läsen viele in den Sternen, was die nächsten Monde bringen werden. Das eben erwähnte „Strecken" wird täglich mehr geübt, erst wird die Arbeit gestreckt wegen Absatzmangel und dann streckt ein jeder sich so gut nach der Decke, wie er kann, denn auf dem Sonnenplatz „stempeln" zu gehen, ist nicht jedermanns Sache. Der Fluch aller Tarife, solange sie nicht beweglichere Gestalt im Laufe ihres Bestehens gewonnen haben werden, macht sich bedenklich geltend. Nur die wirklich vollen Arbeitskräfte sind ihrer Stellungen sicher, alle anderen werden in Krisenzeiten zu Wandervögeln. Aber wir wollen dieses Wort nicht leichtfertig als unangebrachtes Kennwort verwenden, zeigten doch gerade kürzlich wirklich zünftige Wandervögel und Pfadfinder unserer Stadt in dem nationaldeutschen Teil der nahen Tschechoslowakei stolz ihr Deutschtum und halfen durch ihr furchtloses Werben für die Erhaltung deutscher Art gewiß mehr als viele, die hier eifrig nationale Reden halten.

Es hieße aber ein unvollständiges Bild geben, wollte man nicht kurz noch einiger Ereignisse gedenken, die auf weite Breslauer Kreise ihre Auswirkungen erstrecken können, wenngleich vorläufig nur die Interessierten sich darum bekümmern. Unser größtes Industriewerk scheint seinen Konzern wesentlich verbreitern zu wollen, und so betrachten die Aktienbesitzer den Kurs ihrer Linke-Hofmann mit freundlichem Gesicht, eine erfreuliche Erscheinung deswegen, weil in Breslau jeder zweite Mensch sich zum Mitbesitzer dieses Unternehmens gemacht hat und so viele freundliche Gesichter auf der Straße durchaus sympathisch wirken. Manche haben zwar auch sonst Anlaß, sich ihrer Voraussicht zu freuen, wenn auch nicht viele so schlau waren wie eine ebenfalls bekannte hiesige Firma, die schnell vor Beginn der großen Entwertung sich ein für Breslauer Verhältnisse selten großzügig angelegtes Lagerhaus erbaute, von dessen Einweihung im Weinhaus bei Hansen die Eingeweihten gern berichten. Man richtet sich also auf größere Verhältnisse ein und hört gelassen von der Bildung des neuen großen Oberschlesischen Montantrusts.

Der nötige Lokalpatriotismus hat ja auch nie bei uns gefehlt, und so ist mancher so stolz auf alle diese Entschließungen höherer Sphären, als ob er selbst sie inauguriert hätte. Wenn nun noch die Reichsbahn ihr Wort wahr macht, daß sie nächstens auch von hier aus Schlafwagen dritter Klasse laufen lassen wird — die nota bene seit zwei Jahren zwar in Breslau gebaut, aber nie auf einer schlesischen Strecke verwendet wurden —, so kommt man sich hier direkt als vollberechtigter Staatsbürger vor, ein Gefühl, das man in Berlin und im Westen offenbar für Bewohner unseres Landstrichs oft für unnötig hält. Denn verwöhnt werden wir von den hohen und höchsten Stellen nicht, aber was nicht ist, kann ja noch werden.

H. Sch.

Es gibt noch Steuerquellen!

Ein Wink für den Magistrat.

Der Berliner Stadtkämmerer, der so sorgenvoll nach neuen Steuermöglichkeiten ausspäht, sei auf ein Gebiet hingewiesen, das längst für eine steuerliche Ausbeutung reif ist, und das merkwürdigerweise bisher den Argusaugen der Steuersucher ganz entgangen ist. Es handelt sich um die Besteuerung der — Fremdwörter. Die Fremdtümelei hat im Berliner Leben einen solchen Umfang angenommen, daß ihr endlich einmal mit einer kräftigen Steuer zu Leibe gegangen werden muß. Daß es sich bei diesem Vorschlag um keinen Scherz und kein unausführbares Phantasieprodukt handelt, lehrt das Vorbild Italiens. In Mailand ist seit dem 1. Januar eine Steuer eingeführt, die alle fremdsprachlichen Aufschriften auf Ladenschildern, Schaukästen usw. mit einer Abgabe belegt. Wir lesen darüber im „Popolo d'Italia" vom 5. April:

„Mit erfreulicher Bereitwilligkeit hat das Mailänder Stadtparlament beschlossen, ohne Zeitverlust das Gesetz über die Besteuerung der Ankündigungen an Läden, Schaukästen u. dergl. in fremder Sprache in Kraft treten zu lassen. Eine Gesetzesverordnung vom 11. Februar d. J. macht es allen Kommunalstellen zur Pflicht, diese Steuer für alle Schilder in fremder Sprache anzuwenden, und zwar ab 1. Januar d. J. In Mailand wird die Steuer nach einer besonderen Einteilung der Straßen und Plätze erhoben. Für jedes Zeichen, Wappen, Emblem oder dergl. wird für alle Kategorien die Steuer der ersten Kategorie erhoben. Sobald die Größe einen Quadratmeter überschreitet, wird die Steuer verdoppelt. Als Minimalsteuer werden 100 Lire erhoben. Den Stadtverwaltungen bleibt es überlassen, für Ankündigungen über Mustermessen, Ausstellungen usw., an denen auch Ausländer teilnehmen, besondere Verfügungen zu treffen.

Und so werden nun alle die „Coiffeurs" und „Rasiren" Steuern zahlen müssen, die den italienischen „Parruchhiere" und „Barbiere" verachten, desgleichen alle Modistinnen mit ihrem Schwall von „Modes", „Nouveautés", „Manteaux", alle Gastwirte, die „Hotels" sein wollen, die Wirtshäuser, die sich mit einem pomphaften „Restaurant" brüsten, die Kaffeehäuser mit ihrem „Tea room", „Confiserie", sowie die „American Dentists" usw."

Wäre es nicht ein Segen, wenn auch in Berlin alle diese fremdländischen Schmuckgewächse mit einem kräftigen Strafobglus belegt werden könnten? Der Krieg hatte manche Nachäffer fremder „Vornehmheit" zu einer Säuberung seiner Schilderaufschriften veranlaßt. Neuerdings schießt aber die Laden-Fremdtümelei wieder üppig ins Kraut, und die Liste der „Modes", „Hotel garnis", „Five o'clock Teas" usw. wird in Berlin sicher weit länger werden als in Mailand. Man folge also schleunigst dem italienischen Beispiel! Es wird dem Stadtsäckel goldene Ernte bringen und wird Wunder der Sprachreinigung im öffentlichen Leben bewirken!

Die Mode des Erschwinglichen.

Kleiderschau in der Deutschen Volkspartei.

Wie erhalten wir dem Mittelstande trotz seines wirtschaftlichen Rückgangs eine gewisse Schönheit der Lebensformen? Wie schützen wir seine Arbeit, vor allem das Handwerk der deutschen Frau? Wie bringen wir deutsche Waren im Gegensatz zu belgischen und französischen zu Ehren? Auf diese Fragen suchte die Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin der Frauenausschüsse der Deutschen Volkspartei Antwort zu geben, indem sie am Mittwoch in den Kammersälen eine Kleiderschau veranstaltete.

Es gab nicht die üblichen Mannequins, keine großen Firmen stellten aus. Die Vereinigung der Maßschneiderinnen Groß-Berlins führte Kleider aus ihren deutschen Werkstätten vor, eine Anzahl kleinerer Ateliers schloß sich an. Die Kleider wurden von der Art Menschen vorgeführt, die sie auch tragen sollen. Man sah viel frische junge Gestalten, viel Geschmackvolles und gediegene gute Arbeit, — namentlich an Straßen- und Abendkleidern. Sogar ein Wickelkleid wurde vor den Augen des Publikums hergestellt. Landtagsabgeordneter Josef Buchhorn hatte einen Prolog verfaßt, der deutsche Art und Arbeit schilderte, und trug ihn selber vor. Frau Reichstagsabgeordnete Katinka von Oheimb pries mit beredten Worten das deutsche Handwerk und legte den politischen und volkswirtschaftlichen Wert eines guten deutschen Lebensstils dar. Zum Schluß sangen junge Pfadfinder Lieder zur Laute. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht, ein Beweis, welch reges Interesse für die Kulturarbeit am Mittelstande herrscht und wieviel hier noch geleistet werden kann.

E. F.

Wachsende Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Tagen ganz erheblich gestiegen. Die Zahl der Arbeitsuchenden wächst täglich. Dienstmädchen, Aufwartefrauen, Landarbeiter, Gärtner, weibliche Arbeitskräfte in der Konfektion und Textilindustrie, Lederarbeiter usw. drängen sich in den Arbeitsnachweisen und vor den Ausgaben der Zeitungen. In den Listen der Arbeitsnachweise sind jetzt rund 100 000 Arbeitsuchende verzeichnet. Eine Zahl, die seit langer Zeit nicht erreicht wurde.

Wer im Kampf um Deutschlands Recht und Freiheit geistiges Rüstzeug sucht, lese die „DAZ".
Bestellen Sie sofort für sich und Ihren Freund!

Für Sie!

Hier abtrennen

An das Postamt Hier.

Unterzeichneter bestellt hiermit die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** für den Monat Mai 1923 zum Preise von 9000 Mark (ohne Bestellgeld)

„DAZ" wird abgeholt / ist zuzustellen } Nichtgewünschtes durchstreichen!

Name

Stand

Ort

Straße u. Nr.

Ausfüllen und mit dem Betrag beim Postamt einreichen. Man kann den Zettel auch dem Briefträger mitgeben oder ohne Umschlag in den Briefkasten werfen. Die Post läßt den Betrag dann kostenlos beim Besteller einziehen.

Für den Freund!

Hier abtrennen

An das Postamt Hier.

Unterzeichneter bestellt hiermit die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** für den Monat Mai 1923 zum Preise von 9000 Mark (ohne Bestellgeld)

„DAZ" wird abgeholt / ist zuzustellen } Nichtgewünschtes durchstreichen!

Name

Stand

Ort

Straße u. Nr.

Ausfüllen und mit dem Betrag beim Postamt einreichen. Man kann den Zettel auch dem Briefträger mitgeben oder ohne Umschlag in den Briefkasten werfen. Die Post läßt den Betrag dann kostenlos beim Besteller einziehen.

Berlin und die Ruhrhilfe.

Daß die Berliner Bevölkerung es an Entgegenkommen fehlen lasse, wo es gilt, Vertriebene des besetzten Gebiets, namentlich der Ruhr, in ihre Mauern aufzunehmen, entspricht nicht gerade der guten Berliner Art und Tradition.

Aber so steht es geschrieben in dem Briefe des Regierungspräsidenten von Düsseldorf, und dagegen, daß es so sei, wendet sich straff die Antwort des Berliner Oberbürgermeisters. Beide, Brief wie Antwort, haben nicht wenig Aufsehen erregt zumal sie nicht nur zwischen den beteiligten Behörden gewechselt wurden, sondern ihren Weg in einen großen Teil der Berliner Presse fanden. In dem Briefe wird unter Andeutung recht böser Beispiele die besondere Aufmerksamkeit des Oberbürgermeisters darauf gelenkt, daß den Schwierigkeiten der Unterkunft und den wucherischen Mietspreisen von den Wohnungsämtern der Stadt und der Preisprüfungsstelle gesteuert werde, in der Antwort werden die Unterlagen für diese Anklagen vermißt, wird Verwahrung gegen die Verunglimpfung der Stadt eingelegt und um Angabe der einzelnen „Beschwerdefälle" gebeten. Das Aufsehen ist begreiflich. Besteht doch kein Zweifel, daß Berlin in der Ruhrhilfe in keiner Weise zurückstehen darf und will, ist doch auch die Form des Verkehrs zweier Behörden recht ungewöhnlich. Anstatt die Mängel und Uebel, die etwa in der gemeinsamen Nothilfe auftreten, auf geordnetem Wege, im Verkehr von Behörde zu Behörde, abzustellen, zog man es vor, zugleich die Oeffentlichkeit anzurufen.

Was ist denn nun aber an der Sache selbst? Läßt Berlin in der angegebenen Art es wirklich an ausreichender Ruhrhilfe fehlen? Ehe nicht der Regierungspräsident die einzelnen Fälle, die er rügt, näher darlegt, ist die Berliner Stadtverwaltung schwerlich in der Lage, sie aufzuklären. Sie hat aber, wie eine Nachfrage ergeben hat, inzwischen nicht geruht, die Sachlage im allgemeinen klarzustellen. Hiernach ist die Hilfe der Vertriebenen, die, mit amtlichen Ausweisen versehen, nach Berlin kommen, um hier eine Wohnung oder ein möbliertes Unterkommen zu suchen, vom Zentralamt für Wohnungswesen unter Mitwirkung sämtlicher 20 Bezirksämter mit besonderer Sorgfalt geordnet. Die Vertriebenen genießen den Vorzug vor allen anderen eingetragenen Wohnungsuchenden. Beim Zentralamt sind bisher 62 Ruhrvertriebene vorstellig geworden, von denen 51 leere Wohnungen, 11 möbliertes Unterkommen suchten. Entsprechend ihren Wünschen sind sie den besonderen Bezirksämtern überwiesen worden. In einer allerdings nur kleinen Reihe von Fällen ist es bisher geglückt, sie wunschgemäß unterzubringen, in weiterer Reihe werden die Bemühungen fortgesetzt. Besonders bemerkenswert ist es aber angesichts der geringen Zahl von 62 Ruhrflüchtlingen, daß ein größerer Teil von ihnen unter Umgehung der Wohnungsämter sich Unterkunft auf eigene Faust zu verschaffen sucht. Sie bedienen sich dabei, wie amtlich wiederholt festgestellt worden ist, irgendwelcher Vermittler und werden von diesen an solche Leute verwiesen, die bereit sind, sie gegen Zahlung ganz unerhörter Summen bei sich aufzunehmen. Es wiederholen sich hier die Vorgänge, wie sie von dem Berliner Zentralamt hinsichtlich der zahlreichen Ausländer wahrgenommen und gekennzeichnet worden sind. Sie finden in den meisten Fällen in solchen Wohnungen Unterkunft, die im Verhältnis zur Zahl der Bewohner nicht als übergroß angesehen werden können. Und hier sind die Behörden nicht in der Lage, gegen den Unfug einzuschreiten. Ganz abgesehen davon, daß eine Anzeige gegen die Wohnungsinhaber höchstens zu einer Strafe bis zu 10 000 *M* führen könnte, kommen diese Fälle fast nie zur Kenntnis der Wohnungsämter, da Vermieter wie Mieter sie sorgfältig verschweigen. Der Magistrat hat daher bereits den Antrag gestellt, das Strafmaß zu erhöhen oder Freiheitsstrafen einzuführen, und wird diesen Antrag aus Anlaß der am 1. Juli in Kraft tretenden Wohnungsmangel- und Mieterschutzgesetze wiederholen. Die Unterkunftshilfe wird aber trotzdem in Berlin unzulänglich bleiben, da die Stadt in dieser Beziehung nicht günstige Verhältnisse bietet. Beträgt doch die Zahl der wohnungsuchenden Familien zu 3 bis 4 Köpfen, also nicht Personen, 208 000, während bis 1. Juli 1921 nur 60 000 leere Wohnungen und 1922 allein etwa 40 000 leere Wohnungen überwiesen werden konnten. Der Magistrat sucht deshalb darauf hinzuwirken, daß vertriebene Beamte nicht ferner nach Berlin versetzt werden, da er sonst in seiner Sorge um Linderung der Wohnungsnot geradezu ratlos dastehen würde.

Auch aus diesen Vorgängen ist zu erkennen, daß Berlin mit seinen vier Millionen Einwohnern im Brennpunkt des öffentlichen Lebens Deutschlands steht. Hier tritt die Not der Zeit am stärksten zutage. Aber auch die Hilfsbereitschaft ist groß. Wie überall in Deutschland, überall wo die deutsche Zunge klingt, die Herzen für unsere hartbedrängten Brüder und Schwestern der besetzten Gebiete schlagen und die Hände sich öffnen, so blühen auch in Berlin die Versammlungen und Veranstaltungen, um helfende Liebe zu den heimgesuchten Gliedern des deutschen Volkstums zu beweisen, regen sich die privaten Kreise und liegen in jeder Geschäftsstelle erfolgreich die Listen für Beiträge aus. Daran wird auch nichts geändert, wenn einzelne Marodeure, die in der großen Flut unbemerkt untertauchen, die Lage egoistisch und wucherisch auszunützen sich nicht schämen. Sie zu entlarven und auszumerzen, wo immer sie entdeckt werden, darf und wird nicht gezögert werden.

Eine andere Seite des ganzen Vorgangs erfüllt aber auch noch mit Sorge. Wer da nicht nur die lauten Stimmen des Tages hört, sondern auch das Geflüster und das Knistern vernimmt, der sieht ja, wie unsere Feinde darauf lauern, Zeichen der Schwäche und der Erlahmung in der Abwehr des ruchlosen Einbruches zu entdecken. Als ein solches Zeichen werden sie es ansehen, daß ein hoher Beamter des besetzten Gebietes öffentlich den Bannstrahl gegen die Bevölkerung der Reichshauptstadt schleudert. Wir fühlen aber alle gleich brennend die Schmach der feindlichen Eingriffe, wir sind alle einig in der Geschlossenheit und Zuversicht der Abwehr, „wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr".

Der Burgfriede muß uns heilig bleiben. In dieser Welt bewußter Täuschungen, in der die Wellen der Lüge und Entstellung an die deutschen Grenzen und Einbruchstellen branden, Deutschland ganz auf sich selbst gestellt ist, darf auch nicht der Schein der Schwäche und Uneinigkeit erweckt werden.

P. Schablow.

Die Trauerfeier für die Verunglückten des Tempelhofer Fluges.

Die städtische Feier für die verunglückten Teilnehmer der Flugveranstaltung auf dem Tempelhofer Felde ist auf Freitag (20. 4.) um 1 Uhr in der großen Halle des Stadthauses (Jüdenstraße) angesetzt. — Der Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher werden Ansprachen halten. — Das Philharmonische Orchester wird mitwirken.

Eine Gattenmörderin vor Gericht.

Das Martyrium einer Ehe.

Vor den Geschworenen des Landgerichts I hatte sich die 59jährige Frau Martha Schmidt wegen Ermordung ihres Ehemannes, des Formers Georg Schmidt, zu verantworten.

Die Angeklagte gab unter Tränen ein sehr trübes Bild ihrer Ehe und stellte ihre Tat als einen Akt der Verzweiflung hin. Die Angeklagte war in erster Ehe mit einem Fuhrunternehmer verheiratet, und dieser Ehe waren zwei Töchter, die jetzt 22 und 20 Jahre alt sind, entsprossen. Ihr erster Mann war vor neun Jahren gestorben, und 1915 heiratete die Witwe den Former Georg Schmidt. Die erste Ehe Schmidts war kinderlos gewesen, aber er hatte einen jetzt 12jährigen unehelichen Sohn Richard, den er mit in die neue Ehe hineinbrachte, aus der dann der jetzt 6jährige Sohn Kurt hervorging. Die Angeklagte gab an, daß ihre Ehe anfangs sehr glücklich gewesen sei. Später wurde sie jedoch dadurch getrübt, daß Schmidt den Töchtern der Angeklagten aus erster Ehe unsittlich nachstellte. Er trank unheimlich viel und ließ seine Familie darben.

Die Angeklagte gibt dann folgende Darstellung. Als ich erfuhr, daß meni Mann meinen Töchtern nachstellte, entstand das erste Zerwürfnis zwischen uns. Später nahm mein Mann dann wieder als Schlosser Arbeit, hat aber diese Gelegenheit nur dazu benutzt, Metall fortzuschleppen. Aus der A. E. G. hat er ein förmliches Warenlager herausgeholt. Dann erfuhr ich von meiner zweiten Tochter Frieda, daß er sich an ihr vergangen hätte. Darauf verließ meine Tochter unser Haus und wanderte zu meiner Schwester nach Amerika aus. Zu gleicher Zeit zog meine Tochter Gertrud, die das 21. Jahr vollendet hatte, aus dem Hause. Von dem Augenblick an, wo meine Tochter fortging, fing mein Mann an, mir widernatürliche Zumutungen zu stellen, so daß ich mich vor Ekel erbrechen mußte.

Vors.: Das kann wahr sein, aber es ist kein Gegenbeweis für alle diese Behauptungen vorhanden. Wenn das Familienleben so unglücklich war, weshalb haben Sie sich denn nicht scheiden lassen?

Angekl.: „Als alte Frau wußte ich nicht, daß das ein Scheidungsgrund ist. Im Oktober zog ich zu meiner Nichte nach Woltersdorf. Da ich dort aber nur schlafen konnte und abends durch den Wald gehen mußte, kaufte ich mir einen Revolver."

Vors.: „Vor dem Untersuchungsrichter haben Sie angegeben, der Revolver sei zum Schutz gegen Ihren Gatten gewesen."

Angeklagte: „Nein, das ist nicht der Fall." Frau Schmidt gibt dann noch weiter an, sie habe beim Weggang von ihrem Mann nur ihre eigenen Möbel mitgenommen, Schmidt habe aber auf Grund einer eidesstattlichen Versicherung die Herausgabe der Sachen erwirkt und diese durch den Gerichtsvollzieher abholen lassen. Er habe ihr alles genommen, selbst ihre Wäsche und Kleider. Er habe sie mit gemeinen Redensarten beschimpft und als sie ihn bat, ihr die Sachen doch zu lassen, habe er ihr ins Gesicht gespuckt. Dann habe er auch noch mit zwei Grünen ihren 6jährigen Sohn Kurt fortholen lassen wollen. Das habe sie zur Verzweiflung gebracht und sie sei ohne Besinnung herumgelaufen Wie es dann zu der Tat gekommen sei, weiß sie nicht.

Die Angeklagte hat auf ihren Mann aus dem Revolver vier Schüsse abgegeben, von denen einer traf, und Schmidt sofort tot zusammenbrach. Die Angeklagte bleibt dabei, daß sie ohne Besinnung gewesen sei und in der Verzweiflung gehandelt habe.

Der Indienfahrer vor Gericht.

Große Betrügereien beschäftigten jetzt die 2. Strafkammer des Landgerichts I. Der wegen fortgesetzten Betruges und schwerer Urkundenfälschung angeklagte frühere Leutnant und jetzige Student der Maschinenbaukunde Arthur Henke war seinerzeit zur baltischen Landeswehr übergetreten und im Auftrage des dortigen Staffelstabes nach Berlin gekommen, um Ausrüstungsgegenstände für die Truppe zu besorgen.

Da er in Berlin auf sehr großem Fuße lebte, gingen ihm bald die Barmittel aus. Um sein luxuriöses Leben fortsetzen zu können, erschien er bei der Anwerbungsstelle Baltenland am Karlsbad und spiegelte einem Major vor, daß er zur Beschaffung fehlender Ausrüstungsstücke Geld brauche, welches er dann aber für sich verwandte. Später trat er unter falschem Namen in Danzig auf und schädigte dortige Kaufleute um namhafte Summen, indem er angab, daß er für die Grenzpolizei Pferde und Uniformen anzuschaffen habe. Bestätigungen unterschrieb er mit falschem Namen. Die Verhandlung gegen ihn hatte mehrfach vertagt werden müssen, da der Angeklagte inzwischen als Maschinenassistent auf einem Dampfer eines New Yorker Schiffahrtskonzerns mehrere Weltreisen unternommen hatte. Zum diesmaligen Termin war er direkt aus Britisch-Indien erschienen, das für Reichsdeutsche zwar noch gesperrt ist, ihm aber als Angehörigen des Freistaats Danzig offenstand.

Das Gericht berücksichtigte auch diesen Umstand und gab ihm für die erkannte Strafe von einem Jahr Gefängnis bedingte Begnadigung für die ganze Strafdauer.

Vertagung des Bucher Diebstahlsprozesses.

Der Prozeß gegen die wegen der großen Wäschediebstähle in der Städtischen Irrenanstalt Buch angeklagten Beamten, der Donnerstag seinen Fortgang finden sollte, verfiel der Vertagung, da einer der beisitzenden Richter erkrankt ist.

Der Räuber auf dem Wäscheboden.

Von einem maskierten Einbrecher überfallen wurde gestern nachmittag eine Frau Guericke in dem Hause Crefelder Straße 10. Diese hatte Wäsche auf dem Boden und ging am Nachmittag einmal hinauf, um nachzusehen, weil vor einigen Tagen eingebrochen worden war. Kaum hatte sie aufgeschlossen, als ein Mann in schwarzer Maske von innen die Tür aufriß sie zu Boden schlug und ihr ein Taschentuch als Knebel in den Mund drückte. Bevor die Ueberfallene dazu kommen konnte, um Hilfe zu rufen, war der Verbrecher ohne Beute verschwunden.

Kurze Tagesschau.

Am Sonnabend, den 21. April um 4½ Uhr nachmittag findet auf dem Waldfriedhof bei Stahnsdorf die Einweihung des Grabdenkmals statt, das für Carl Ludwig Schleich von den Spenden seiner Freunde durch Professor Werner Begas geschaffen wurde.

*

Am 20. April, vormittags 11 Uhr, findet im Friedenauer Rathaus eine Bundesversammlung des Deutschen Rentnerbundes statt, in der Dr. Krentz das Gesetz über die Kleinrentnerfürsorge und die hierzu erlassenen Richtlinien besprechen wird.

*

Am Sonntag (6. Mai), um 11½ Uhr vormittags, findet in Spandau auf dem Askanierring die Einweihung des Denkmals für die gefallenen Kameraden des 5. Garde-Regts. z. F Berlin statt.

*

Am Freitag, den 20. April, abends um 7¾ Uhr, findet im Oberverwaltungsgerichtsgebäude (Hardenbergstr. 31) ein Vortragsabend der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft statt, wo Minister a. D. Stegerwald über: „Internationale Probleme der Arbeiterfrage" spricht.

*

Das so erfolgreiche Filmoratorium „Christus" wird nur noch zweimal (am Sonntag, 22. April, um 11,45 und 1,45 Uhr, mittags) zu niedrigen Preisen in den Kammerlichtspielen am Potsdamer Platz aufgeführt werden.

*

Ein Schüler Fritz Panzenhagen aus Stettin der seinem Vater eine schwarzlackierte Geldkassette mit 5 Millionen entwendete und damit flüchtete, wird in Berlin gesucht.

*

Am Dienstag abend brach in der Hutfabrik von Schwarkt am Grünen Weg ein Feuer aus, das Materialien im Werte von etwa 5 Millionen vernichtete.

Eine mutige Künstlerin.

Mit dem Revolver in der Hand.

Auch der Beruf des Straßenräubers hat seine Schattenseiten, wenn Mitglieder dieser edlen Gilde zufällig mal an die falsche Adresse geraten. Während die Mehrzahl der nächtlich Ueberfallenen sich willenlos ausplündern läßt und hinterher der Vorsehung dankt, daß man wenigstens ohne Schaden an Leib und Leben den Rinaldos des unbeleuchteten Berlin entkommen ist, gibt es auch Fälle, aus denen weniger Charakterstarke lernen können, wie man es machen soll, wenn man sich nachts liebenswürdigen Vertretern der Spree-Apachen gegenübersieht.

Vor einiger Zeit befand sich die bekannte Rezitatorin Resi Langer auf dem Heimwege von der Wilden Bühne nach ihrer Wohnung. In einer Gegend, in der es weder Laternen noch Schutzpolizisten gab, bemerkte sie plötzlich, daß ein paar verdächtig aussehende Gestalten ihr folgten und sie mit Riesenschritten einzuholen bestrebt waren. Die Künstlerin, die vergnügt ein Liedchen trällerte, wie sie selbst in der Verhandlung angab, ahnte Unheil und zog einen kleinen Revolver, den sie stets griffbereit bei sich trägt. Die beiden Kerle sprangen plötzlich der Dame in den Weg und versetzten ihr, ohne die sonst beliebte Einleitung „Geld oder Leben", einige Schläge über den Kopf. Frau Langer jedoch hielt unerschrocken den beiden Räubern die Pistole unter die Nase mit der Aufforderung „Hände hoch oder ich schieße!"

In der Tat glückte es ihr, den einen Räuber zu stellen und mit Hilfe von Passanten festzunehmen. Der Räuber wurde als der „Arbeiter" Kurt Meyer festgestellt, der sich jetzt wegen räuberischen Ueberfalls vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zu verantworten hatte. Der Angeklagte behauptete natürlich, das Opfer der Verführungskünste seines Komplizen gewesen zu sein, dessen Namen zu nennen er sich weigerte.

Das Gericht verurteilte den gefährlichen Burschen zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und einem Monat — unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft.

Orchideenzüchter Otto Beyrodt †.

Der bekannte Orchideenzüchter Oekonomierat Otto Beyrodt, dessen Anlagen in Marienfelde Weltruf genießen, ist im Alter von 53 Jahren in Hirschau im Schwarzwald gestorben. Mit ihm ist eine der führenden Persönlichkeiten des deutschen Gartenbaues aus dem Leben geschieden. Auch am kommunalen Leben der früheren Gemeinde Marienfelde hatte Beyrodt hervorragenden Anteil genommen. Er war längere Jahre Gemeindevertreter und Schöffe und nahm zuletzt bis zur Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin das Amt eines kommissarischen Gemeindevorstehers in Marienfelde wahr. — Die Beisetzung findet am Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, nach bereits erfolgter Einäscherung auf dem alten Dorffriedhof in Marienfelde statt.

Dolly Pincus †.

Wie aus Meran gemeldet wird, hat dort die Stieftochter des früheren Warenhausbesitzers Wolf Wertheim, die jetzige Gattin des Hotelbesitzers auf der Mendel bei Meran Frau Dolly Schrott Selbstmord verübt. Sie war in Berlin sehr bekannt unter ihrem früheren Namen Dolly Pincus und war namentlich seinerzeit im Hochstaplerprozeß gegen Wolf Metternich das Tagesgespräch der Berliner Gesellschaft. In ganz jungen Jahren wurde sie von dem Schriftsteller Arthur Landsberger entführt und geheiratet, verübte dann einen Selbstmordversuch, indem sie aus dem Fenster eines Hotelzimmers sprang. 1911 heiratete sie zum zweitenmal den Hotelbesitzer Schrott, von dem sie jetzt ebenfalls geschieden werden sollte.

Die Essener Krupp-Sänger in Berlin.

Die Ankunft der Essener Krupp-Sänger in Berlin erfolgt am Freitag, abends 6 Uhr, auf dem Bahnhof Charlottenburg. Ministerpräsident a. D. Stegerwald wird die Essener Gäste begrüßen. Am Sonnabend, vormittags 11 Uhr, findet ein Empfang im Staatstheater statt. Hier wird der Reichspräsident die Essener begrüßen. Der Berliner Lehrergesangverein unter Leitung von Prof. Rüdel wird den standhaften Sangeskollegen von der Ruhr den Willkomm bieten. Die Essener selbst werden mit Proben ihrer Sangeskunst danken. Darauf ist Begrüßung im Rathause durch Oberbürgermeister Böß. Um 4 Uhr nachmittags geben die Krupp-Sänger unter Leitung ihres Dirigenten Hengstebeck ihr Konzert in der Philharmonie.

Ein Groschen Vergütung!

Eine Vergütung von 10 Pfennig haben bis in die letzte Zeit hinein die preußischen Standesbeamten für jede Zählkarte erhalten, die sie für die Bevölkerungsstatistik über die von ihnen beurkundeten Geburten, Heiraten und Todesfälle ausfüllten und vierteljährlich an das Statistische Landesamt einsandten. Der Amtsschimmel ist eben mit der Geldentwertung nicht mitgekommen. Der Minister des Innern bezeichnet bescheidenerweise diese Vergütung als „nicht mehr zeitgemäß". Trotzdem habe er den ihm in neuerer Zeit häufig unterbreiteten Anträgen auf Erhöhung keine Folge geben können, da jetzt die Ausfüllung und Einsendung der Zählkarten an das Statistische Landesamt nach der Novelle zum Personenstandsgesetz zu den reichsgesetzlichen Obliegenheiten der Standesbeamten gehöre, für die kein rechtlicher Anspruch auf eine Sondervergütung bestehe. Da die 10-Pfennig-Entschädigung heute jede Bedeutung verloren hat, hat der Minister des Innern nunmehr die Vergütung von einem Groschen vom 1. April d. J. ab gänzlich eingestellt.

Fremde in Berlin.

Hotel Exzelsior: Großindustrieller Ford (New York). — Generalkonsul Otto Naumann (Staßfurt). — Kommerzienrat Wilhelm Richter (Dessau).

Hotel Adlon: Herr Louis Graveure (Montreal). — Herr John Mc. Cormac (London). — Großindustrieller und Bankier Tyser (London). — Fürst Pleß (Fürstenstein). — Großindustrieller Emen Kiazim. — Graf Manfred Matuschka (Bechau). Fürst v. Bismarck (Friedrichsruh). — Prinz Bernhard zur Lippe (Woynowo).

Hotel Esplanade: Konsul Leopold Spira (Wien). — Herr Samson Selig (New York). — Herr Mc. Dougall (London). — Herr Dr. Morawitz (Prag). — Herr Bedoya (Barcelona). — Direktor August Runnerström (Stockholm). — Direktor Jan Rumann (Amsterdam). — Direktor Alfred Schwabacher (Zürich).

Hotel Eden: Botschaftsrat v. Scharfenberg (Wien).

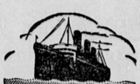
Die Wetteraussichten.

Vielfach heiter, nachts sehr kühl, um Mittag ziemlich milde bei mäßigen östlichen bis südöstlichen Winden, später ziemlich bewölkt ohne erhebliche Niederschläge.

Die Lebensmittelpreise

In den Berliner Markthallen kosteten am 19. 4.

1 Pfund	Rindfleisch	3600—5000	▲ (steig.)
1 "	Kalbfleisch	3400—4500	" "
1 "	Hammelfleisch	4000—4600	" "
1 "	Schweinefleisch	4200—4600	" "
1 "	Meiereibutter	8500—9200	" "
1 "	Margarine	2600—3600	" "
1 "	Schmalz	3600—4600	" "
1 "	Rindertalg ausgel.	3000—3500	" "
1 "	Pflanzenfett lose	3000—3200	" "
1 "	Speisekartoffeln	33—35	"
1 "	Kaffee, geröstet	12000—15000	"
1 "	Tee	16000—22000	"
1 "	Kakao	4000—8400	"
1 "	Zucker	1100—1200	"
1 "	Weizenmehl	750—950	"
1 "	Grünkohlspitzen	500	"
1 "	Schwarzwurzeln	1000	"
1 "	kl. Steinbutten	1800	"
1 "	Zander	3500—4000	"
1 "	grüne Heringe	500—900	"
1 "	Sauerampfer	1000	"
1	Salatgurke	4000	"
1	Bündel Waldmeister	120	"
1	Knolle Fenchel	600—750	"
1	Ei	310—330	"



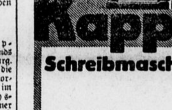
HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- und Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK

Eisenbahnfahrkarten zu Schalterpreisen. Zusammenstellb. Fahrscheinhefte für das In- und Ausland
Schlafwagenplätze Bettkarten für deutsche und für internationale Schlafwagen
Reisegepäckversicherung ohne Zeitverlust zu günstigen Bedingungen, auch für Übersee
Luftverkehr Rundflüge, Reklameflüge, Brief- u. Paketbeförderung

Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
Hamburg und deren Vertreter in:
Berlin W 8, Unter d. Linden 8, Potsdamer Platz 3 und Leipziger Str. (Kaufhaus Tietz)

Verbindung mit Südwest- und Süd-Afrika
erlangen Sie durch die
Swakopmunder Zeitung

Weite Verbreitung in Südwest- und Südafrika. Für Deutschland vorzugspreise! Näheres wegen ANZEIGEN durch: „ALA" Vereinigte Anzeigen-Gesellschaften BERLIN, wegen BEZUG durch Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) A.-G., Berlin SW 48, Matthias Rohde & Co., Hamburg, Gr. Reichenstr.



Kappel
Schreibmaschine
Maschinenfabrik
Kappel Akt.-Ges.
Chemnitz-Kappel

250 Schreibmaschinen
Alle bekannten Systeme, deutsche, russische und exportfähige.
Neue schreibende Addiermaschinen, Reise- und Rechenmaschinen, Poko-Kontrollkassen
Schäfer & Clauss, Berlin,
Leipziger Str. 19 Zentrum 9211 u. 9230.

Ww. Ottilie John
Gegründet 1872
Feinkost · Früchte · Gemüse
BERLIN NW. 7, Schadowstr. 12/13
Fernsprecher: Amt Zentrum 7830

Jede Feinkost der Jahreszeit
liefert in auserlesener Güte prompt
Alwin Ochs
Luisenstraße 31
Telephon: Norden 3885—3888

GEBR. GAUSE
Königliche Hoflieferanten — Gegründet 1848
Berlin C., Brüderstrasse 7
Spezialitäten:
allerfeinste Tafelbutter, allerfeinste Teebutter
aus täglich frischen Eingängen
Berliner Bratenschmalz
mit Aepfeln und Zwiebeln, Marke Kornblume
eigenes Fabrikat
II. Margarine — II. Marmeladen — II. Wurstwaren
diverse Sorten Käse
Versand in Berlin frei Haus.

GILKA-BLUT-ORANGE
J. A. Gilka Aktiengesellschaft
Berlin SW. 68. Schützenstr. 8.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Berliner Börse.

Valuta- und Sachwerte steigend.

Berlin, 19. 4.

Die plötzliche Steigerung der Devisen verfehlte naturgemäss ihren Einfluss auf den Effektenmarkt nicht. Immerhin verhinderte doch eine gewisse Unsicherheit, die durch die überraschende Bewegung hervorgerufen wurde, eine auch nur annähernd entsprechende Steigerung der Wertpapierkurse. Lediglich ausgesprochene Valutapapiere und Sachwerte, wie Schiffahrtsaktien, Kali-, Braunkohlen- und Petroleumpapiere wiesen nennenswerte Kursbesserungen auf. Das Geschäft war ruhig.

Am Schiffahrtsaktienmarkt hatten Hamburg-Südamerikanische Packetfahrt mit einem Kursgewinn von 25 000 % (175 000) die Führung; Hansa gewannen 5000 % (39 000), Hamburger Packetfahrt 6600 % (55 100), Lloyd 5400 % (34 900), Kosmos 4000 % (65 000). Von Kaliwerten stiegen Deutsche Kali von 66 auf 76 000, Westeregeln von 53 750 auf 57 000. Am Montanmarkt zeigt sich Interesse für Bochumer zu 94 000 (+ 16 000 %), für Deutsch-Luxemburger zu 86 000 (+ 11 000 %), für Gelsenkirchner zu 83 000 (+ 7500 %), für Ilse Bergbau zu 79 000 (+ 7000 %), für Riebeck zu 179 000 (+ 13 000 %). Es gewannen ferner Harpener 13 000 %, Kattowitz 4000 %, Lothringer Hütte 3900 %, Rheinstahl 6500 %, Schlesisch Zink 11 000 %. Von chemischen Werten fanden Anglo Guano (+ 30 000 %), Dynamit (+ 5000 %) und Köln-Rottweiler (+ 4250 %) grössere Beachtung. Von Elektrowerten gingen höher um Accumulatoren Hagen (+ 6000 %), Felten & Guilleaume (+ 3000 %), Lahmeyer (+ 2000 %), Siemens & Halske (+ 9500). Waggonfabriken stiegen um 3—5000 %. Von Maschinenfabriken lagen fest Hartmann (+ 3750 %), Karlsruher Maschinen (+ 4500 %), Berliner Maschinen (+ 3500 %), R. Wolf (+ 3000), von Metallwerten Hirsch Kupfer (+ 3900), Rheinmetall (+ 3800), Hugo Schneider (+ 8000). Ferner sind als fest zu nennen: Stettiner Vulkan (+ 17 000 %), Hammersen (+ 6000 %), Norddeutsche Wolle (+ 13 000), Stöhr (+ 19 500), Basalt (+ 5000), Deutsch-Atlantische Telegraphen-Gesellschaft (+ 4750). Bankaktien wiesen nur geringe Kursbesserungen auf; Handelsanteile waren schwächer (71 500). Heimische Anleihen waren teilweise recht fest, so stiegen 3½ % Reichsanleihe um 20 % auf 610, 4 % Konsols um 19 % auf 205, 3½ %ige um 17 % auf 151, 3 %ige um 25 % auf 275. Fremde Renten lagen durchweg fest, namentlich türkische; Bagdad II 44 500 (+ 6500), Zollobligationen 45 500 (+ 5500 %), Türkenlose 210 000 (+ 58 000 M), Anatolier I 56 000 (+ 9000 %), Anatolier II 54 000 (+ 6000 %). Im Verlaufe konnten sich die höchsten Kurse nicht voll behaupten.

Am Einheitsmarkt war die Tendenz recht fest, doch kam aus Verkaufslimiten erhebliches Material an den Markt. Es gewannen u. a. Hasper Eisen 13 000, Roddergrube 10 000, Deutsche Gussstahlkugeln 6000, Kollmar & Jourdan 5750, Eintracht Braunkohlen 4000 %.

Amtlich nicht notierte Werte.

Die nachstehende Tabelle enthält die in der Zeit von 12 bis 1½ Uhr genannten höchsten und niedrigsten Kurse.

Adler Kohle	26000—27000	Ich. Trefaert	3000—8500
A.G.f.Mont.-Ind.	5250	Meurer Spritzw.	9000—10000
A.G.f.Petr.-Ind.	24000 25000	Meyer, Textil	5000—5500
Allg. Hochbau	14500—15000	Mudestal	6500 7000
Alth. Amb. Film	4000	Müller Kaffee	10500—11500
Andree	14000—15500	National-Film	4750—5250
Apollo Werke	—	N. Bod. Vorz.	3000—3100
Becker Kohle	17000—18000	Nienburg. Eisen	18000—19000
[illegible] Stahl	19000—19500	Niwel Cigaretten	12000—13000
[illegible]	23500—24000	Nordd. Union	9000—10000
[illegible] Ind.	12000—12500	Oeynhs. Masch.	6000 6500
Bln.-Nord. Vorz.	2500	Oisa	52000 54000
Bln.-Perl.Masch.	17000—17500	Oswald-Film	10000 11000
Brandbg. Futter	13000—12500	Pinguin	12000 13000
Braunk.u.Chem.	13000 B	Pose Leder	8500—9500
Brown Boveri	11000	Ruhland	14000
Butella	6000	Russ. A. E. G.	5500
Ceres	5500—6500	Schebera	22500—21500
Charlbg.-W.Ter.	—	F.A.Schwerdtfg.	—
Chem. Hahn	9500	Julius Sichel	12000—17250
Christ&Unmack	26000—27000	Oskar Skaller	22500—21500
Dtsch.Evaporat.	18000—14000	Stahlwk. Krone	8000
Dtsch. Lastauto	13000—14500	Stahlwk. Oese	10800
Dtsche. Petrol.	41000—44000	Steatit Magnesia	35000
Dortm. Cement	11000—12000	Stock & Kopp	19000
Duxer Porzellan	—	Stoewer Auto	18000—18000
Eisenmatthes	57000—59000	Stralauer Glas	36000
Carl Ernst	15100	Technik A. G.	5500—6000
Elitewagen	13000	Teichgräber	15250—15150
Eschweil Rat.	15500 G	Terra Film	10000—10500
Flexilis	11000—10000	Thüringer Uhren	15500
Fraureuth Porz.	37000—38000	Ting	10500—11500
Frister & Roßm.	18000 G	Trier Walzwerk	22000
Glückauf	24500	Ufa	21000—19500
Görlitz Zentrif.	17500 G	Vema	10800
Grade Auto	9000—9500	Vera Film	4000—4250
Grade-Motoren	9750—10000	Ver. chem. Zeitz	42000—39000
Grosskr. Frank.	8250—7500	Vogtländ.&Sohn	55000
GrossmannText.	34000 G	Warenkreditbk.	9000—8750
David Grove	13000—14000	Westd.Industrie	15000—15500
Grünwald-Hintz	15000 G	Westf. Bergbau	—
Gummi Elbe	30000 G	Winkelh. Ueqn.	12000—13000
Hageda	9000—10000	Adler Kali	40000—41000
Hansa Lloyd	10500	Hallesche Kali	37000—39000
Max Hasse	ca. 9000	Hannov. Kali	40000—41000
[illegible]	7500 8000	Heldburg Vrz.	73—71 72000
Hochfrequenz	62000—63000	Krügershall	34—33—35000
Houben	— G	Ronnenberg	180000
Hünlich Sprit	—	Ummend. Kali	42000—25000
Indag	5500—6500	Cie. Hisp. Am. d.	2225000
Industrie Bet.	8500—9000	El. 6% arg.Rtbs.	2400000
Int.Petrol Union	22000	Cie. Hisp. Am. d.	—
Kabel Rheydt	28000 29000	El.6%spn.Rtbs.	—
Karstadt	4500—5000	Cie. Hisp. Am. d.	—
Ker.Elektr.Osm.	8000	El. Akt. Lit. A	5050000
Köln-Lindenthal	19000—20000	Diamond shares	175000—160000
Lamberts S.	6300—6500	Kaoko	12500 G
Lichtenbg. Wolle	23000—25000	Kolonialanteile	575000
Lindear Auto	5000—5500	Pomona	—
Manoli Zigarett.	7500—8500	Salitrera	160000—180000
Marg. Schroder	11250—11750	Sloman	95000—105000
Masch. Geisling	—	Südsee-Phosph.	150000

Valutawerte wiesen stark steigende Tendenz auf. Lebhaftes Geschäft, insbesondere in Diamond Shares. Wesentlich höher waren auch Kaliwerte. Im übrigen gingen die Gewinne kaum über 1000 % hinaus, mit Ausnahme von Oswald Film. Erstmalig gehandelt wurden Ravené Stahl 10 000 bis 17 000. Bezugsrechte: Hansa Lloyd 3500 Oskar Skaller 950.

*

An der Nachbörse fuhr die Spekulation fort, ihre Engagements zu verkleinern, so dass die Kurse weiter abbröckelten. Lediglich Kattowitzer (84 000) und Otavier (335 000) schlossen wesentlich über ihrem Anfangskurs. A. E. G. 26 000, Berl. Maschinen 45 000, Daimler 12 800, Hirsch Kupfer 63 000, Krauss Lokomotiven 36 000, Laurahütte 55 000, Oberbedarf 50 000 B., Hohenlohe 43 500, Dtsch.-Luxemb. 85 000, Gelsenkirchen 81 500, Phönix 71 000, Linke-Hofmann 58 500, Harpener 162 000, Bredel 40 000, Hapag 54 000, Nordd. Lloyd 33 500, Hansa Dampf 37 500, Dramard-shares 33 500, Zolltürken 45 000, Oesterr. Credit 19 250, Wiener Bankverein 13 500, Darmstadt. Nationalbank 19 250, Disconto 20 000 G., Mitteldeutsche 9600.

Der Dollar erreichte gegen 2 Uhr nachmittags einen Kurs von 30 250, ging aber später (3 Uhr) erneut auf 28 750 zurück. Bei der amtlichen Notiz bestand für Dollarnoten (29 750) eine derart starke Nachfrage, dass Kaufaufträge nur zu 10 % befriedigt werden konnten. Auszahlung New York (29 500) wurde dagegen voll zugeteilt.

Hamburg, 19. April.

	19. 4.	17. 4.		19. 4.	17. 4.
D.-Ostafrika-L.	—	38000	Lübeck-Büchener Eisenbahn	42000	38000
Hapag	55600	47000	Hamb. Hochbahn	10450	8600
H.-Südamerika	—	149000	Leder. Wiemann	45000	42000
Woermann Linie	37500	31000	Reih. Schiffsw.	21000	19000
Flens.Dampf.-Co.	—	—	Ottens. Eisenw.	—	18000
Flensb. v. 1869	—	—	Wandsb. Lederf.	27000	29000
Vereln. Elbesch.	38000	33000	Winter, Papierf.	17500	14500
N. Nordd. Fluss Dampf. Ges.	45000	45000	Merck'sche Guano	78000	70000
Schantungbahn	11000	9000	C. Bödicker & Co.	8400	6250
Comm.- u. Pr. B.	15000	15000	Dolberg Masch.	31000	21000
Darm. u. Nat.-B.	17100	18500	Kaoko	—	—
Vereinsbank	10500	8500	D. Hand.-Plant.	—	60000
Allg. Elek.-Ges.	29000	26750	do. Genuss.	—	400000
Deutsch-Luxem.	84500	75000	Jaluit-Gesellsch.	100000	110000
Phönix	92000	69000	do. Genuss.	60000	530000
Schuckert	47000	—	Neuguinea	—	—
Alsen Portl.-Z.	—	67000	Otavi Minen-Ant.	310000	260000
Anglo-Continent.	100000	102000	Chocola	575000	480000
Breitenb. Zem.	28500	22000	Concepcion	—	—
Hemmoor Zement	—	80000	Guatemala	110000	100000
Cuxhaven Hochsee-Fischerei	38100	31000	Hanseaten	—	—
Schlick & Co.	42000	37000	Zentralamerika	36000	36000
Schwartauer Z.	12800	11000	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Devisen heftig schwankend

Die starke Nachfrage nach Devisen seitens des Bedarfs dauerte heute fort, trotz der Ankündigung einer Fortsetzung der Stützungsaktion. Infolgedessen strebten die Kurse weiter nach oben und die Reichsbank schritt wieder zu scharfer Repartierung. Im freien Verkehr dauerte die Erregung noch fort, das Geschäft war lebhaft und die Kurse unterlagen fortwährenden, aussergewöhnlichen Schwankungen. Auszahlung London erreichte vormittags einen Höchstkurs von 149 500, an der Börse einen tiefsten Kurs (vor der amtlichen Notiz) mit 138 000. Die amtliche Notiz wurde 140 000 bei nur 33⅓ % Zuteilung. Als später das W. T. B. Communiqué die Regierungsmassnahmen zur Fortsetzung der Stützungsaktion ankündigte, ging Auszahlung London im freien Verkehr auf 137—138 000 zurück. Dollarnoten schwankten Vormittags zwischen 28 000 und 32 000, an der Börse wurde bis zum Bekanntwerden der Regierungserklärung mit 31 000 à 29 500 à 30 500 gehandelt. Dann senkte sich der Kurs auf 29 000. Der legitime Bedarf wird sich nicht zurückdrängen lassen, und eine Anmeldepflicht für von der Ausfuhr anfallende Devisen besteht längst. Nennenswerte Käufe der Spekulation sind nicht erfolgt und der Besitz an verfügbaren Devisen des Handels und der Industrie dürfte meist das Minimum des dringendsten Bedarfs darstellen, dessen nicht entraten werden kann.

Polnische Noten schwankten zwischen 56½ und 58½.

Die Zuteilung auf die einzelnen Devisen stellte sich wie folgt (in Prozenten): Amsterdam 33⅓, Christiania 50, London 33⅓, Paris 25, Schweiz 50, Spanien 33⅓, Prag 15. Das übrige wurde voll zugeteilt, darunter auch New York und Budapest.

Berliner Devisen	19. 4. Geld	19. 4. Brief	18. 4. Geld	18. 4. Brief
Amsterd.-R.	11770,50	11829,50	9675,75	9724,25
Buenos-Aires	10947,56	11002,44	9052,31	9097,69
Brüss.-Antw.	1695,75	1704,25	1401,48	1408,52
Christiania	5406,45	5433,55	4413,93	4436,07
Kopenhagen	5635,87	5664,13	4688,25	4711,75
Stockh.-Goth.	7730,62	7769,38	6583,50	6616,50
Helsingfors	837,90	842,10	683,28	686,72
Italien	1471,31	1478,69	1211,96	1218,04
London	139650,00	140350,00	114712,50	115287,50
New York	29426,25	29573,75	24937,50	25062,50
Paris	1970,06	1979,94	1620,93	1629,07
Schweiz	5361,56	5388,44	4488,75	4511,25
Spanien	4588,50	4611,50	3815,43	3834,57
Japan	14463,75	14536,25		
Rio de Janeir.	3291,75	3308,25		
Wien abgest.	41,89	42,11	43,89	44,11
Prag	895,75	902,25	733,16	736,84
Budapest	6,23	6,27	6,63	6,67
Bulgarien	225,43	226,57	185,53	186,47
Jugoslawien	296,75	298,25	250,37	251,63

Amtliche Banknotenkurse. Berlin, 19. April.

	19. 4. Geld	19. 4. Brief		19. 4. Geld	19. 4. Brief
Amerikan.	29675,60	29824,40	Norwegische	5236,85	5261,15
kl.	29675,60	29824,40	Oesterr. 1000	39,90	40,10
Belgische	1675,80	1684,20	neue 100	—,—	—,—
Bulgarische	228,40	229,60	Rumänische	141,60	142,40
Dänische	548,25	5511,75	kl.	137,65	138,35
Englische	140647,50	141352,50	Schwedische	7780,50	7819,50
kl.	134163,75	134336,25	Schweizer	5386,50	5413,50
Finnische	827,90	832,10	Spanische	4558,55	4581,45
Französische	1970,06	1979,95	Tschechische	887,75	892,25
Holländische	11570,75	11724,25	kl.	880,75	885,25
Italienische	1486,25	1493,75	Ungarische	5,28	5,32
Jugoslawisch	287,25	288,75			

Die nachstehende Uebersicht zeigt die wichtigsten Etappen des Aufsteigens der Devisenkurse. An den verzeichneten Daten wurden folgende amtlichen Spitzenkurse an der Berliner Börse notiert:

Tag	New York 1 $	London 1 £	Paris 1 Fr.	Amsterdam 1 fl.	Zürich 1 Fr.
1921					
8. Nov.	310.—	1180.—	22.40	106.—	57.50
1922					
15. Aug.	1040.—	4640.—	—	403.—	—
4. Okt.	2130.—	9375.—	161.50	825.—	322.50
3. Nov.	6175.—	27500.—	430.—	2415.—	1130.—
7. Nov.	8450.—	37500.—	560.—	3300.—	1555.—
8. Nov.	9150.—	40500.—	555.—	3560.—	1680.—
1923					
4. Jan.	8025.—	37400.—	575.—	3200.—	1522.50
8. Jan.	9450.—	43800.—	645.—	3750.—	1790.—
9. Jan.	10000.—	46000.—	667.50	3930.—	1875.—
16. Jan.	16650.—	75550.—	1110.—	6450.—	3125.—
18. Jan.	23025.—	107000.—	1530.—	9100.—	4310.—
29. Jan.	33250.—	153500.—	2060.—	13080.—	6200.—
30. Jan.	39750.—	182500.—	2435.—	15500.—	7400.—
31. Jan.	49000.—	227500.—	2885.—	19325.—	9140.—
5. Febr.	42250.—	198500.—	2610.—	16800.—	7950.—
16. Febr.	[illegible]8900.—	88000.—	1150.—	7450.—	3610.—
21. Febr.	23000.—	108000.—	1410.—	9100.—	4340.—
5. März	22767.50	107000.—	1385.—	8995.—	4260.—
8. März	19400.—	91500.—	1185.—	7650.—	3625.—
3. April	21000.—	98250.—	1402.50	8300.—	3900.—
17. April	21110.—	98500.—	1412.50	8890.—	3848.—
18. April	25000.—	115000.—	1625.—	10200.—	4500.—
19. April	29500.—	140000.—	1975.—	11800.—	5375.—

		18. 4.	16. 4.
Kopenhagen:	Hamburg	0,02,25	0,02,65
Stockholm:	Berlin	0,01,75	0,01,85
Christiania:	Hamburg	0,02,65	0,02,75

Wien, 18. April. (Unoffiziell.)

	18. 4.	16. 4.	Noten	18. 4.	16. 4.
Amsterdam	27800,00	27800,00	Mark	2,20	3,19
Berlin	2,40	3,32	Lire	3452,50	3502,50
Kopenhagen	13485,00	13385,00	Jugoslaw.	710,00	722,00
London	330700	330700	Tschech.	2105,00	2105,00
Paris	4619,00	4736,00	Polen	—	143,00
Zürich	12875,00	12925,00	Dollar	70700,00	70750,00
			Ungarische	1365,00	1365,00
			Schweden	18650,00	18650,00

Prag:

	18. 4.	17. 4.		18. 4.	17. 4.
Amsterdam	1348,00	1347,00	London	159,50	160,50
Berlin	15,00	16½	New York	34,40	34,40
Christiania	615,25	618,75	Wien	4,81	4,88
Kopenhagen	649,00	643,25	Marknoten	14½	16½
Stockholm	913,00	912,75	Polennoten	7,8½	—,—
Zürich	611,00	615,00	Paris	226,00	229,25

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	18. 4.	17. 4.		18. 4.	17. 4.
Tägl. Geld	5 %	5 %	Paris	6.64	6.56
Berlin	0,0033¾ G	0,0043¼ G	Brüssel	5.74	5.65
	0,0033¾ B	0,0043¾ B	Amsterdam	39.17	39.14
höchste	0,0036½	0,0046½	Zürich	18.15	18.07
niedrigste	0,0031½	0,0043¼	Rom	4.95	4.92
London Kabel Tr.	4,65.62	4,65.50	Madrid	15.33	15.34
60 Tage Sicht	4,63,37	4,63,25	Silber, ausl.	66⅛	67
			„ inl.	99⅜	99⅜

Anfangskurse.

Die Vortagsnotierungen sind Schlusskurse.

Amsterdam, 19. April. (Frühkurse.)

		Geld	Brief	18. 4.
Wechsel auf	London	11,47⅞	11,50⅜	11,57⅞
do.	Berlin	0,0088	0,0090	0,003⅞
do.	Paris	16,90	16,95	16,67½
do.	Schweiz	46,25	46,35	46,32½
do.	Wien	0,0035½	0,0036½	0,0036
do.	Kopenhagen	48,10	48,30	48,20
do.	Stockholm	67,85	68,00	67,95
do.	Christiania	45,75	45,95	45,70
do.	New York	255	255½	255
do.	Brüssel	14,62½	14,67½	14,35
do.	Madrid	39,15	39,25	39,10
do.	Italien	12,50	12,60	12,50
do.	Budapest	0,05½	0,06½	—
do.	Finnland	7,00,00	7,10,00	7,00-7,15
do.	Prag	7,57,50	7,62,50	7,57½-7,6

Zürich, 19. April. (Frühkurse.)

	19. 4.	18. 4.		19. 4.	18. 4.
Berlin	0,0190	0,0250	Paris	36,60	36,35
Wien	0,0077½	0,0077½	Italien	27,25	27,15
Prag	16,47½	16,50	Brüssel	31,60	31,40
Holland	216,00	216,75	Budapest	0,12	0,12
New York	551,00	553,00	Belgrad	5,57½	5,60
London	25,73½	25,72½	Warschau	0,0130	0,0130

London, 19. April. (Frühkurse.)

	19. 4.	18. 4.		19. 4.	18. 4.
Paris	70,25	70,90	Spanien	—,—	30,25
Belgien	—,—	—,—	Italien	—,—	95,12
Schweiz	25,64½	25,72½	Deutschland	140000	105500
Holland	—,—	—,—	Wien	—,—	—,—
New York	—,—	4,65,37	Bukarest	—,—	—,—

Paris, 19. April. (Frühkurse.)

	19. 4.	18. 4.		19. 4.	18. 4.
Deutschland	0,04¼	0,05½	England	70,50	71,450
Rumänien	7,12	—	Holland	592,00	600¼
Prag	45,00	45,90	Italien	74,75	75,20
Wien	21,50	—	Schweiz	274,00	277,50
Amerika	15,12	15,34½	Spanien	232,00	235,75
Belgien	86,30	86,50	Stockholm	—,—	405,50

Halle, 19. April.

	19. 4.	17. 4.		19. 4.	17. 4.
Ammend. Papier	30000	25950	Wegelin & Hübn.	16500	14000
Cröllw. Papier	37000	31000	Zeitzer Masch.	—	—
Eilenb. Kattun	50000	46500	Hallisch. Bankv.	6100	5800
Glauzig. Zucker	66000	80000	Halle-Hst.Eisb.	25000	23500
Hall. Maschinen	5[illegible]000	50500	Hall.Pfännersch.	52000	47000
Hildebrand Mühl.	29000	25500	Riebeck'sche Mt.	150000	150000
Kyffhäuserhütte	16100	14200	Werschen-Weissf.	124000	120000

Frankfurt, 19. April.

	19. 4.	17. 4.		19. 4.	17. 4.
Frankfurter Bank	8000	7500	Dingler	—	13000
Griesheim Elektron	29800	27000	Maschinen Esslingen	19000	17000
Dtsch. Vereinsbk.	5950	5400	Faber & Schleich.	10900	9000
Fr. Hypoth.-Bank	4000	4200	Pokorny & Wittek	9980	9480
Metallb. u. Met.-G.	40000	37000	Heyligenstädt & Co.	41500	40000
Südd. Eisenb.-Ges.	21000	18800	Masch. Arm. Klein	14750	14500
A.-G. f. Buntpapier	44000	—	Maschinenf. Mönus	14300	15900
Zellst. u. Papierf.	62500	52000	Motoren Oberursel	21200	19000
Hoch- u. Tiefbau	13000	11250	Pfälz. Nähmasch.	19900	16100
Südd. Immobilien	6450	5200	L. A. Riedinger	—	32000
Portl.-Zem. Karlst.	—	25000	Schnellpressenfab. Frankenthal	19400	17000
Wayss & Freytag	16800	16000	Philipps A.-G.	10000	12000
Brauerei Henninger	11000	12900	Pfälz. Pulverfabrik	—	—
Hess. u. Herc. Bier	10000	10000	Schlinck & Co.	—	—
Schöfferh. Binding	10100	10000	Schuhfabrik Herz	10000	9500
D.Gold-u.Silb.-Sch.	37000	34500	Seilindustrie Wolff	12000	11000
Blei- u. Silberh. Br.	10000	13000	Schriftg. Stempel	15000	17000
Farbw. L. Mülheim	—	—	Sinalco	45000	40000
Adler Wke. Kleyer	13000	11200	Sp. u. Web. Ettling.	51000	—
Schramm Lack	24000	23500	Voltohm Kabelw.	19000	19000
Mittld.Gummiw.	15800	14700	Ulea Film	55000	48000
Emag Frankf. a/M.	16000	11500	Zuckerf. Waghäus.	16700	16100
Lech Elektrizität	11500	10400	do. Frankenthal	18500	16700
Voigt & Haeffner	14000	16000	do. Offstein	11500	17000
Feist Sektkeller	8600	7800	do. Rheingau	—	—
Hanfwerke Füssen	37500	35200	Bensberg-Gladb.	27500	24000
Holzverkohlung	24000	21000	Hedderuh Kupferw.	24000	19800
Feinmechan. Jetter	69800	60000	Hartmann & Br.	23000	23500
Lederwerke Rothe	—	83000			

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse, 19. April. (Amtlich.)

für 50 kg	19. 4.	für 50 kg	19. 4.
Weizen märk.	61500—63000	Weizenkleie	—
pomm.	—	Roggenkleie	—
schles.	59000—62000	Raps	105—110000
Roggen märk.	52000—53000	Erbsen Viktoria	75000—82000
pomm.	—	Kl. Speise-Erbsen	60000—6-000
schles.	51000—52000	Futtererbsen	54000 58000
westpr.	—	Peluschken	60000—70000
meckl.	—	Ackerbohnen	48000—52000
Gerste märk.	45000—47000	Wicken	65000—70000
schles.	—	Lupinen blaue	60000—70000
Hafer märk.	48000—50000	gelbe	85000—95000
pomm.	47000 49000	Seradella neue	115000—120000
schles.	46500—49000	Rapskuchen	42000 45000
Mais Berlin	56000—57000	Leinkuchen	65000
Hamburg	54000—55000	Trockenschnitzel	17000—18000
Mehl 70% Weizen	155000—175000	Torfmelasse	6000
100 kg Roggen	145000—155000	Kartoffelflocken	27000 28000

Heu und Stroh. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter (nichtamtlich). Grosshandelspreise per 50 kg ab märkischer Station für den Berliner Markt: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 16 000—18 000 M., desgl. Haferstroh 13 000—15 000 M., desgl. Gerstenstroh 12 500 bis 14 500 M., Roggenlangstroh 17 000—18 000 M., bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 16 500—17 500 Mark, loses Krummstroh 11 500—13 500 M., Häcksel 21 500—22 500 M., handelsübl. Heu 14 000—16 000 M., gutes Heu 16 000—18 000 M.

Berliner Grosshandelspreise, 18. April.

(Landesverband Berlin-Brandenburg des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittel-Grosshandels.)

kg. Berlin	Mark	kg. Berlin	Mark
Gerstengraup.	930.00—1000.00	Mandeln, süße	6984.00—8916.00
Gerstengrütz.	930.00—975.00	Kaneel	8512.00 9594.00
Haferflocken	950.00—1000.00	Kümmel	11273.00—1160[illegible].00
Hafergrütze	975.00—1000.00	Schw. Pfeffer	4619.00—4720.00
Hafermehl	—	Weiß. Pfeffer	5982.00—6155.00
Maisgrieß	850.00—900.00	Kaffee, pr.	9560.00—9450.00
Maismehl	845.00—875.00	Kaffee, sup.	9130.00—9500.00
Maispuder	1100.00—1150.00	Röstkaffee	10500.00—16000.00
Kartoffelstärkemehl	650.00—850.00	Ersatzmischg. 20% Kaffee	2900.00
Maisflocken	—	Röstroggen	925.00—950.00
Makkaroni	2000.00—2200.00	Röstgerste	825.00—850.00
Schnittnudeln	1350.00—1500.00	Bohnen, weiß	1000.00—1175.00
Burma-Reis	1005.00—1100.00	Weizenmehl	950.00—1075.00
glas. Tafelreis	1100.00—1475.00	Speiseerbsen	1015.00—1175.00
grob. Bruchr.	880.00—930.00	Weizengrieß	1050.00—1200.00
Reisgrieß	940.00—970.00	Linsen	1400.00 1650.00
Reismehl	930.00—950.00	Pureland	4250.00—4300.00
Ringäpf., am.	4574.00—4744.00	Bratenschm.	4250.00—4300.00
getr. Aprikos.	9479—12174*)	Speck, ges. fett	4100.00—4150.00
Birnen	5365.00—7565.00	Corned beef pr. Kiste	190000—195000
Pfirsiche	5840.00—6085.00	Marmelade	780.00—2355.00
Pflaumen	1726.00—1996.00*)	Kunsthonig	970.00—1325.00
Korinthen	4560.00—4840.00	Auslandszuck.	—
Rosinen 1922	2405.00—4219.00	Tee in Kisten	16500—24000
Sultanin. 22	4968.00—6725.00		
Mandeln, bitt.	4597.00—4476.00		

*) bessere Sorten über Notiz.

Badische Zentral-Häuteauktion in Mannheim. Die Mannheimer Zentral-Häuteauktion vom 19. 4. wies einen sehr starken Besuch auf. Die Preise zogen gegenüber der letzten in Karlsruhe abgehaltenen Auktion an. Es stellten sich die Erlöse für Kuhhäute kl. Gewicht bis zu 49 Pfund von 3800—4000 M. (Karlsruhe 3260 Mark), von 50 Pfund aufwärts 4000—4200 (4100); für Rinderhäute kleines Gewicht 4600—4700 (4010), von 50 Pfund aufwärts 4500—4700 (3690—3820); für Ochsenhäute kleines Gewicht 4200—4700 (3600—3700), von 50 Pfund aufwärts 4600—4800 (3510—3550), über 80 Pfund schwere 4200 (3295); für Bullenhäute kleines Gewicht 4100—4700 (4000—4100), von 50 Pfund aufwärts 3400—3700 (2800—3230), von 80 Pfund aufwärts 2850 (2235); für Kalbfelle 7200 bis 7600. Von Hammelfellen erzielten Wollfelle 9000 M. und Blössen 1800 M. alles für das Pfund.

Preussische Hypotheken-Actien-Bank. In der letzten Sitzung des Aufsichtsrats wurde der Jahresabschluss der Bank für 1922 vorgelegt. Es stellt sich der Reingewinn einschl. Gewinnvortrag auf 8 183 915 (6 400 077) M. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 (7) % vorzuschlagen.

Baumwolle, Bremen, 18. April. (Eigenbericht.) Amtlicher Schlusspreis von 4¼ Uhr 17375 ₰ nom. per kg (17. 4. 14618 ₰ nom.).

Berliner Metallbörse vom 19. April.

Amtl. Preise für 1 kg	19. 4.	18. 4.
Elektrolytkupfer	11770	8730
Hüttenrohz. Verb.-Pr.	3991,82	3755,11
Raff. Kupf. (99—99,3 %)	9800—10100	10200—10400
Orig. Hüttenweichblei	3600—3800	3700—3900
Hüttenrohzink, frei	4500 4700	4200—5000
Remelted Plattenzink	3700—3900	3800—4000
Hüttenaluminium	—	—
do. Walzbarren	—	—
Bankazinn	30000—30500	31000—31500
Hüttenzinn (99%)	29500—30000	30500—31000
Reinnickel (98—99%)	17000—17500	17000—17500
Antimon (Regul.) 99%	3850—3950	3850—3950
Silber 900 fein	610000—620000	610000—620000

Hamburger Metalle. 18. April. (Eigenbericht.)

	B	G		B	G
Silber 900 fein	650000	620000	Zink, Straits 99%	31000	27000
Hüttenrohzink	5200	4750	Kupfer, Kath.	11000	9000
H.-Weichblei	3900	3500	Raffinade	9500	8700
Zinn, Banka	31000	27000	Wire bars	11400	10400

Londoner Metallmarkt, 18. April. (Schluss-Notierungen.) Kupfer per Kasse 73⅛ (73¼), do. 3 Monate 74⅛ (74¼), do. Electrolytic 81¼—81⅞ (81 bis 81⅛), do. Bestselected 76⅞—78 (76⅞—78), do. Strongsheets 106/0 (106/0), Zinn per Kasse 209⅛ (211⅛), do. 3 Monate 209⅛ (212⅛), Blei nahe Sichten 26⅛ (27), do. entfernte Sichten 26⅛ (27⅛), Zink nahe Sichten 33⅛ (34⅛), do. entfernte Sichten 34⅛ (34⅛), Aluminium für Inland 110 (110), do. für Ausland 115 (115), Antimon Regulus 37/4 (37/4), Weissblech loco 25/0 (25/0), Quecksilber 10⅛ (10⅛), Nickel für Inland 135 (135), do. für Ausfuhr 135 (135), Wolfram-Erz 14/9 (14/9), Platin 500 (500), Silber 32⅛ (32⅛), do. auf Lieferung 32⅛ (32⅛), Gold 88/8 (88/9).

New Yorker Börse.

New Yorker Effektenbörse, 18. April.

	18. 4.	17. 4.		18. 4.	17. 4.
Atchison Top.	102⅜	101⅞	Pennsylvania	45⅛	45¾
do. pref.	88⅝	88⅞	Reading	77	76⅞
Baltimore	53	53	St. Louis & S. Fr.	25	24⅞
Canadian Pacific	159	154⅞	Southern	34⅞	34⅜
Chesapeake	72⅜	71	Southern Pacific	91⅞	90⅞
Chicago Milw.	24	23⅞	Texas Pacific	27⅞	26
do. Rock Island	34⅞	33⅞	Union Pacific	141⅞	133⅞
Denv. & Rio Gr.	—	—	Wabash pref.	32	31⅞
Erie	12⅜	11⅞	American Can	96⅞	96⅞
Gr. North. pref.	75⅞	74⅞	do. Car & Fdr.	178⅞	178
Illinois Central	114⅞	113	do. Hide & Lth.	10⅞	10⅞
Interbor Co. Cp.	—	—	do. pref.	57	58
Cons. City and S.	22⅜	22⅞	do. Smelt. & Ref.	64	63⅞
do. pref.	53	53	Anaconda Copp.	49⅞	49⅞
Louisv. & Nashv.	144⅞	144	Bethlehem Steel	66⅞	65⅞
Missouri Kansas	6⅞	6	Central Leather	34	34
Missouri Pacific	17	16	Internat. Merc. Mar.	6	6⅞
Nat. R. Mex. 2 pr.	3⅞ G	3⅞ G	do. pref.	38	38⅞
New York Centr.	95⅞	94⅞	Studebaker Corp.	123⅞	123⅞
do. Ont. & West.	18⅞	18⅞	Un. Stat. Steel C.	106⅞	106
Norfolk & West.	111⅞	110⅞	do. pref.	119⅞	119⅞
Northern Pac.	76⅞	75⅞	Umsatz: 1 000 000 (900 000)		

New York, Produktenmarkt.

	18. 4.	17. 4.		18. 4.	17. 4.
Kaffee loco	11⅛	11⅛	Kupfer el.	17-17½	17-17½
Mai	9,16	9,13	Blei	8,22	8,22
Juli	8,56	8,55	Zink	7,32	7,37
Sept.	7,96	7,97	Schmalz	12,25	12,37½
Baumwolle loco	29,00	28,75	Petroleum Cas.	16,50	16,50
April	28,70	28,45	Tanks	7,00	7,00
Mai	28,79	28,53	Stand wh.	13,50	13,50
Juni	28,32	28,15	Zucker	8,03	7,78
Zufuhr	4 000	6 000	Baumw. N.Orl.	28,38	28,00
Weizen, rot	—	—	Mehl, Sp.	5,50-5,75	5,50-5,75
Hardw.	142	141	Getr.fr. Engl.	1 sh 8 d	1 sh 10 d
Mais n. Engl.	94⅛	95⅛	Kanada	12 cts.	12 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	18. 4.	17. 4.		18. 4.	17. 4.
Weizen Mai	125⅝	126	Rippen Mai	9,87½	9,97½
Juli	123⅛	123⅞	Speck niedr.	9,50	9,50
Mais Mai	79	80	höchst.	10,50	10,50
Juli	81⅛	82⅛	Leichte niedr.	8,10	8,10
Hafer Mai	45⅛	45⅛	Schwein. höchst.	8,50	8,55
Juli	46⅛	46⅜	Schwere niedr.	7,80	7,85
Roggen Mai	86⅛	87	Schwein. höchst.	8,25	8,30
Juli	87⅛	88⅛	Zufuhr Chicago	24 000	28 000
Schmalz Mai	11,25	11,40	Westen	153 000	157 000
Juli	11,52½	11,60			

Berliner Börse. 19. April.

Fortl. Notierungen — Einheitsk.

Festverzinsliche Werte

Hamb. St.-Rente	3½	420	400
do. 1919	4½	180	200
do. St.-R. 1919 B.	4½	102	—
Meckl. Ld. Anl. 14	4	—	—
Oldb. St. A. 09. 12	4	370	160
Sächs. St. Anl. 19	4	130	135
do. St. Rente	3	126	—

Verkehrswerte

Schantung	—	11500	11300	8600
Franzosen	—	410000	370000	323000
Baltimore	—	269000	165000	194000
Canada	—	255000	255000	218000
Dt.-Austr. D.	14	95000	9500	91000
Roland Linie	100	40000	39000	36900
Ver. Elbesch.	150	40000-39000	38500	33100
Elektr. Hochb.	5	15000	14500	12750

Banken

Bk. elekt. Wert	25	31500	30750	27000
Barmer Bkv.	14	6800	6700	6000
Bayr. Vereinsb.	15	9100	9100	8500
Handels-Ges.	16	71500	68000	76750
Commerzbk.	16	16500	15300	15100
Darmst. u. Nat.	14	20000	19000	18500
Deutsche	20	31000	30000	30000
Disconto	20	20500	20000	19250
Dresdner	16	17000	16500	15500
Leipz. Kred.	15	[illegible]	8950	8500
Mitteld. Cred.	12	10000	—	—
Oest. Kredit	—	29000	19000	16900
Wiener Bkv.	—	13500	12500	11200

Preussische Pfandbriefe

Berliner neue	4	130	125
do. alte	3½	130	120
do. neue	3	—	—
Brand. Stadtsch.	4	125	124
Pr. Centr. Stadtsch.	4½	125	128
do.	4	100	100
Kur- u. Neum. neue	3½	—	—
do. do. Kom. Ob.	4	90	100
Landsch. Centra	4	200	190
do. do.	3½	200	200
do. do.	3	160	190
Ostpreußische	4	300	300
do.	3½	250	250
Pommersche	4	330	330
do.	3½	270	270
Posen. neue	4	150	—
Sächsische neue	4	270	239
Schles. ldsch. A.	4	186	186
Schl. Hlst. L.-Kr.	4	330	130
Westfälische	4	185	190
Westpr. ritsch.	4	300	350
Brdbg. Kom. 19. 20	4½	186	100
Dtsche. Komm. 1919	4	—	90

Prämien-Anleihen

Augsbg. 7 Fl. L.	—	—	—
Brschw. 20 T.-L.	—	—	—
Hambg. 50 T.-L.	3	—	—
Köln-Mind. 7 Fl.	3½	—	—
Oldbg. 40 T.-L.	3	—	—
S. Mein. 7 Fl. L.	—	—	—

Stadt- und Kommunalanleihen

Bln. 04, S. 2 uk. 22	4	150	125
do. 1912	4	100	115
do. 1919	4	130	120
do. 1882	3½	105	107
do. 1886	3½	99	93
do. Gr. Berlin	4	120	124
do. Handelskamm.	3½	—	—
do. Stdtsyn. A. 99. 08. 12	4	—	110
do. do. 99. 04. 05	3½	—	—
Breslau 06. 09	4	115	—
do. 1891	3½	—	—
Charlbg. A. 12. 19	4	97	90
do. 1902-1905	3½	—	80
Dresden 1900. 08	4	145	132
do. 1893	3½	—	—
Düsseldorf	4	—	105
Essen 1901	4	—	—
Flensburg 1901-20	4	—	—
Frankf. a. M. 06. 07. 08. 10. 11	4	180	160
do. 99. 01. 03	3½	—	—
Gelsenkirch. 07-10	4	—	155
Halle 1900-05. 10	4	—	—
Hannover 1895	3½	—	—
Köln 1900. 06. 08	4	160	—
Königsberg	4½	110	92
Lichtenberg (Bln.)	4	65	—
Lichterfelde (Bln.)	3½	—	—
Liegnitz 1909	4	—	—
Magdeburg	4	—	115
Mainz 00. 05. 07	4	—	—
Mannheim 1914	4½	—	—
München 1892	3½	—	—
do. 03. 04	3½	140	140
Nürnb. 99-02. 04	4	—	100
Oppeln 1902	3½	—	—
Osnabrück 1909	4	—	—
Regensburg 06. 09	4	180	—
Rummelsbg. (Bln.)	3½	—	—
Schöneberg (Bl.) 04. 07. 09	4	85	—
Stettin d. 22-23	4	—	—
Stuttgart 1895	4	—	—
Thorn 1900. 06. 09	4	—	—
Wiesbad. A. 3 u. 4	4	—	—
do. 1883	3½	—	—
Wilmersd. B. 99	4	—	—

Ausländische Anleihen

Bosn. Eisenb. 1914	4½	21000	15500
Griech. Monopol	4	—	—
do. Gold-R. 89	4	—	—
Oest. kv. Rnt. i. Kr.	4	—	—
Rumänien 1903	4	—	8200
do. 1913	4½	20500	16500
do. 1889	4	—	6400
do. 1894	4	8800	6400
do. konv.	4	7900	6125
do. 1905	4	8300	7200
Türk. Admin.-A.	4	45000	44000
do. Anl. 1905	4	40000	32000
do. do. 1908	4	37000	35000
Bukarest	4½	—	—
Budap. Anl. 1914	4½	21400	19000
Lissabon 86 S. 1. 2	4	—	19000
Sofia Stadt	5	21000	17100
Chil. Hyp. G. Pf.	5	615000	449500
Polnische Pfdbr.	4	12000	—

Ausländ. Eisenb.-Obligationen

Oesterr. St. I. II.	3	90000	64000
do. N. Staat Gold	3	11200	8500
Südösterreich.	3	48000	49500
do. Ser. E	3	—	—
Tehuante 100 £	5	250000	199000
do. 20 £	5	250000	99000

Industrie-Obligationen

Accumulat.	4½	120	120
A.-G. f. Anilinf. 09	4½	—	—
Allg. Elektr. S. 6-8	4	630	720
do. do. S. 1-5	4	250	250
Bergm. Elektr. I. II.	4½	430	510
Bln. Kaiserhof 1906	4½	—	—
do. 1908	5	—	—
Dtsch. Kabelwerke	4½	—	—
do. do. 1900	4½	—	—
do. Eisenbahnsign.	4½	—	—
do. Kali	4½	—	—
do. Telefon	4½	—	—
Elektr. Liefer. 14	4½	110	—
do. do. 00. 08. 10	4½	90	—
do. Südwest	4½	—	—
do. 06	4	—	—
Elektr. L. u. Kr.	4	150	140
do. do. 00. 04	4½	108	109
Ges. f. elektr. Unt.	4	—	—
do. do. 00. 11	4½	—	—
Hirsch, Kupfer	5	125	—
Krupp	5	225	250
do. 08	4	—	—
Lahmeyer 20	4½	—	—
Ldw. Loewe & Co.	4½	—	—
Oberbedarf	4½	—	—
do. 02	4½	—	—
Osram 1921	5	238	205
do. 1922	5	619	570
do. 1920	4½	185	185
Patzenhofer Br.	4½	—	230
Julius Pintsch	4½	110	90
Prestowerke	4½	—	—
Siemens elekt. B.	4½	150	—
do. do. 1901	4½	110	—
Siemens & Halske	4½	13	135
Siemens-Schuck.	4½	125	125
Stett. Vulkan	4½	—	—
Ver. v. d. Zypen	4½	—	—
Zoolog. Garten	4½	—	—
Roggenrentenbank	5	48000	41500

Deutsche Eisenbahn-Aktien

Aachen-Mastr.	i.L.	—	—
do. Genußsch.	i.L.	—	—
Braunschw. L. Eb.	6	30000	27000
Elektr. Hochb. 5⅓ V.	5	1005	1005
Eut. Lüb. La. A.	0	—	14000
Halberst. Blkb.	8	78000	78000
Halle-Hettst. La. A.	5	25000	22875
Königsb.-Cranz	10	—	—
Krefelder Eisenb.	0	16000	—
Lübeck Büchen	8	39750	38400
Mcklbg. Friedr. Wilh.	8½	20000	17400
do. Stamm Lit. A.	6	20000	17000
Niederlausitz. Eb.	6	28750	24900
Nordh. W. La. A.	6	17500	—
Zschipkau	30	45750	40000
Schant. Genußs.	—	40000	32000

Kleinbahn-Aktien

Aachener Kleinbahn	0	—	—
A. K. G. Schneilb.	0	—	—
do. Vorz. Lit. A.	5	—	—
Allg. Dt. Kleinb.	5	23000	19250
do. Lok. u. Str.	60	41500	39990
Altenaer Schmal.	—	—	—
Bochum Gels.	—	—	—
Dt. Eisenbetr.	10	14500	13500
Gr. Cassel. Strb.	6	4910	4500
Hamburg. Hochbahn	6	9100	8100
Hann. Strb. Vo. L.	8	14000	13000
Magdebg. Strb.	6	—	—
Stett. Strassenb.	6	—	—
Südd. Eisenb.	6+6	—	20500
Ver. Kb. Betr. Vorz.	0	—	—
Westd. Eisenb.	0	—	—

Schiffahrts-Aktien

Hamb. Reed. v. 96	15	25000	26100
Kopens. D. Lt.	10	—	—
Neptun Dampf.	30v	45000	46500
Neue Stett. Dampf.	—	35500	29000
Schl. Dampf.-Co.	7	—	—

Brauereien

Berl. Kindlbrauerei	48	33000	32000
do. St.-Pr.	50	35000	32600
Bolle Weißbier	16	—	—
Deutsche Bierbr.	22	7900	7000
Engelhardt	30	15000	14000
Friedrichshain	7½	23000	21000
Landre Weißbier	40	—	39000
Löwenbrauer. Böhm. Brauhaus	60	—	—
Hoch. Victoria	60	17750	17750
Brauh. Nürnb.	30	16000	15000
Dans. Aktien	40	—	—
Dortmunder Akt.-Br.	60	32000	32600
do. Union	40	24000	23500
Düsseld. Dietrich	45	30500	25000
Frankf. Henning.	15	—	—
Glückauf Gels.	40	11150	11300
Henninger Reif	20	8300	7100
Hessen u. Herkules	35	11010	10250
Holsten Br.	30	—	—
Kieler Schloss	24	—	—
Leips. Rieb.	80v	11250	10250
Lindener	30	14500	12500
Löwen Dortm.	10	—	—
Reichelbräu	20	13000	14000
Schöfferhof	20	11000	10400
Schwabenbräu	20	11000	10400
v. Tucher	22	26000	22000
Wicküler	20v	2600	26000

¹) die 3 letzt. Jahre. Goldmarkdivid., die nicht in $ umgerechnet sind, sind durch einen Stern kenntlich gemacht.

Bank-Aktien

Badische Bank	15	—	1800
Bk. elekt. W. V. A.	4½	—	—
Bank für Brau	10	8000	7900
Bank f. Thüring.	15	—	10000
Barm. Kreditbank	20	4700	4625
Bayr. Handels	10	—	—
do. Hyp. u. W.	14	—	7600
Berlin. Hyp. Bank	7	4400	2500
Berl. Kassen Ver.	25v	9500	—
do. Makler Ver.	4	—	—
Brasil. Bank f. D.	40	200000	180000
Braunschw. Bank	12	5800	4750
Brsch. Han. H. B.	9½	5200	—
Chemn. Bk. Ver.	7	—	—
Danz. Privatbank	12½	13800	15000
Dessau Landesbk.	8	5500	5100
Dtsch. Asiat. Bk.	—	15000	29500
Dtsch. Ansiedl. B.	6	10100	11100
do. Eff. u. Wechs.	12	—	—
do. Hyp. B. Ber.	7½	4010	3700
do. Ueberse Bk.	40	—	150000
Dresd. Credit	—	—	—
Essen. Kr. Anst.	16	7400	7000
Gotha. Grdkr. Bk.	5	4400	3400
Hall. Bankv.	16	6490	4500
Hamb. Hyp. Bank	12	4300	4000
Hildesheimer Bk.	40	—	—
Komm. Verk. Bk.	oD	8500	8000
Kieler Bank	30v	10000	10000
Lübecker Komm.	11	5000	4800
Luxemb. Intern.	0	9000	26000
Mecklenbg. Bk.	7	7500	7500
do. Dep. Bank	10	—	5700
do. H. u. Wechs.	12½	4500	5400
Meckl.-Strel. Hyp.	8	—	—
Mein. Hyp. Bk.	7	3900	3550
Mitteld. Bodenkr.	4	—	—
Niederlausitz. Bk.	11	6975	6050
Nordd. Grundkr.	7	5900	—
Oldenburg. Land	80v	6500	5800
do. Spar-u. Leihb.	40v	5600	5600
Osnabrück. Bank	12	5300	5000
Ostbank f. H. u. G.	10	10000	9100
Pfälz. Hyp. Bank	—	—	—
Plauener Bank	15	6125	7500
Potsdam. Krd. B.	11	6925	6700
Pr. Bodenkr.-Bk.	7½	3400	3200
do. Centr.-Bod.	9	3300	3300
do. Hyp. Akt. B.	7	3500	3000
do. Leihh. konv.	7	—	—
Pr. Pfandbr.-Bk.	7½	9000	9000
Reichsbank	10	9000	9000
Rhein. Hyp. Bk.	9	—	—
do. Kredit-Bank	12	6975	6000
Rh. West. Bdkr.	9v	3900	3700
Rostocker	8	—	—
Sächsische Bank	7	11750	115000
Sächs. Bod. Kred.	10v	4800	3500
Schl. Bodenkred.	8v	—	6000
Südd. Bodenkr.	—	—	—
do. Disconto	14	11000	12000
Ungar. Kredit	10½	48000	42000
Vereinsbank Hbg.	16	10000	9300
Westbank	10	9950	600
Westd. Boden.	7	4500	3100
Wiener Union	37½	1890	16860
Württbg. Bkanst.	10	—	—
do. Vereinsb.	10	7700	6950

Versicherungs-Aktien

(Div. in Mk. pr. Stck.)

Aach. Münch. Feuer	200	60000	53900
do. Rück.	140	—	—
Berliner Feuer	300	20000	17600
Berliner Leben	202	—	—
Dtsch. Lloyd	200	—	—
Elberf. Rhenania	160	50000	48000
Leipziger Feuer	300	60000	56000
Magdeburg. Feuer	300	24900	22003
Preuss. Lebens	75	—	—
Thuringia Erfurt	800	78000	54000
Viktoria Allg.	10	34000	29000
do. Feuer	0	28000	26000
Wilhelma	70	140000	140000

Kolonial-Werte

Dt. Ostafrika	—	40000	34000
Kamerun 1000 M.	—	9000	7500
do. 100 M.	—	—	—
South W. Africa	—	[illegible]	[illegible]

¹) 1,65 Goldmk. in Dollarschatzanw. ²) inkl. Bonus. ³) in Poln. M. ⁴) 2 Goldm. ⁵) f. ½ Jahr. ⁶) in poln. M. ⁷) f. ½ Jahr.

Das Vorbereitungsgesetz.

Von
Walther Bayrhoffer,
Oberregierungsrat im Reichsministerium für Wiederaufbau.

Am 30. März 1923 ist das Gesetz zur Vorbereitung der Reichsentlastungsgesetzgebung in Kraft getreten. Es will in erster Linie eine Schätzung der Lasten ermöglichen, die dem Reiche dadurch erwachsen, dass einem Liquidationsgeschädigten oder einem am Ausgleichsverfahren teilnehmenden Valutagläubiger, denen eine Valutaverbindlichkeit zur Last fällt, unter gewissen Voraussetzungen eine Erhöhung der Liquidationsentschädigung (Zusatzentschädigung) oder der solchen Ausgleichsgläubigern zustehenden Beträge (Zusatzabrechnung) bis zum vollen Tageskurswert des dem Deutschen Reiche für den Liquidationserlös oder die Ausgleichsforderung gutgeschriebenen Betrages gewährt wird. Zu diesem Zwecke ist in § 3 des Gesetzes bestimmt, dass am Ausgleichsverfahren teilnehmende Valutagläubiger oder Liquidationsgeschädigte, die für ihren Schaden bisher weder durch das Reich noch durch unmittelbare Auszahlung des Liquidationserlöses von seiten der gegnerischen Regierung endgültig abgefunden worden sind, ihre Geldverbindlichkeiten anmelden, die gleichzeitig auf ausländische Währung lauten, vor dem 1. Juli 1919 begründet sind, entweder überhaupt noch nicht oder erst nach dem 1. Juli 1919 erfüllt worden sind, die ferner fällig sind oder voraussichtlich noch vor dem 1. Oktober 1925 fällig werden und weder unter das Ausgleichsverfahren fallen noch Gegenstand eines Ersatzanspruchs auf Grund des Abschnitts III des Reichsausgleichsgesetzes bilden können.

Es kommen hierbei nicht nur Verbindlichkeiten gegenüber Angehörigen solcher Staaten, die mit Deutschland im Krieg gelegen haben, sondern auch neutraler Staaten in Betracht. Die Anmeldung hat bei der Hauptstelle des Reichsausgleichsamts in Berlin zu erfolgen, und zwar innerhalb acht Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes. Fristversäumnis hat den Ausschluss von jeder Berücksichtigung der etwa erlittenen Währungsschäden zur Folge.

Die gleiche Anmeldepflicht besteht aus denselben eingangs erwähnten Gründen hinsichtlich der unter § 44 des Reichsausgleichsgesetzes fallenden in ausländischer Währung ausgedrückten Verbindlichkeiten. Die genannte Vorschrift bezieht sich auf gewisse ausserhalb des Ausgleichsverfahrens zu regelnde Vorkriegsschulden, wegen deren der Schuldner nach § 46 Abs. 2 des Reichsausgleichsgesetzes grundsätzlich die Erstattung des Unterschieds zwischen dem Tageskurs des von ihm aufzuwendenden Betrages und dem Vorkriegskurs des Nennbetrages seiner Schuld vom Reich verlangen kann. Die Aufforderung zur Anmeldung bezieht sich nicht auf solche Verbindlichkeiten, wegen deren der Schuldner bereits beim Reichsausgleichsamt einen Antrag auf Ersatz der Währungsschuld oder auf Vorschussgewährung gemäss §§ 46, 50 des Reichsausgleichsgesetzes unter ziffernmässiger Angabe der Höhe der Verbindlichkeit gestellt hat.

Eine sehr wichtige Vorschrift enthält der § 5, der bestimmt, dass das Verfahren zur Verfolgung der auf Abschnitt III des Reichsausgleichsgesetzes beruhenden Ansprüche insoweit, als sie sich auf Verbindlichkeiten gegenüber deutschen Gläubigern beziehen, vorläufig unterbrochen wird. Den Verbindlichkeiten gegenüber deutschen Gläubigern sind solche Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern gleichgestellt, bei denen bis zum 1. Dezember 1922 ein deutscher Gläubiger einem deutschen Schuldner gegenüberstand. Diese Vorschrift will der Finanzlage des Reiches und der bevorstehenden Abänderung des Reichsausgleichsgesetzes Rechnung tragen. Bisher war es streitig, ob der deutsche Schuldner ohne weiteres bei Vorliegen der Voraussetzungen der §§ 44 und 46 des Reichsausgleichsgesetzes Ersatz seiner Währungsschuld vom Reich verlangen konnte, oder ob er nicht vielmehr nach § 55 des genannten Gesetzes zunächst die Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts darüber herbeiführen musste, ob nach Lage der Sache eine Aufhebung oder Abänderung des zwischen ihm und seinem Gläubiger geschlossenen Vertrags möglich war.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsausgleichsgesetzes beseitigt diese Zweifel, indem er den Absatz 2 des § 44 des Reichsausgleichsgesetzes durch eine Bestimmung ersetzt, nach der die Vorschriften des Abschnitts III dieses Gesetzes (Währungszuschuss bei gewissen ausserhalb des Ausgleichsverfahrens zu regelnden Vorkriegsschulden) insoweit keine Anwendung finden, als es sich um Verbindlichkeiten gegenüber deutschen Gläubigern oder um solche Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern handelt, die bis zum 1. Dezember 1922 noch deutsche Gläubiger hatten. Mit Rücksicht auf diese Regelung ist das Gesetz zu einer Unterbrechung des Verfahrens zur Verfolgung der vorerwähnten Ansprüche gekommen. Andererseits schützt es durch die Bestimmung des § 6 während der Dauer der Unterbrechung den Schuldner dadurch, dass ihm für diese Zeit gegenüber dem Gläubiger Stundung gewährt wird. Bei besonders gelagerten Fällen kann die Stundung auf Antrag des Gläubigers durch eine endgültige Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts aufgehoben oder beschränkt werden.

Die durch das Vorbereitungsgesetz getroffene Regelung gilt selbstverständlich nur als eine vorläufige und soll mit dem Inkrafttreten des Gesetzes, durch das die Vorschriften des Abschnitts III des Reichsausgleichsgesetzes abgeändert werden, spätestens jedoch mit dem Ablauf des 31. Juli 1923, ihr Ende finden.

Branntweinverkehr im März. Nach Ausweis der Reichsmonopolverwaltung betrug ihr Bestand an unverarbeitetem Branntwein am 1. März d. J. 539 753 hl Weingeist. Der Zugang betrug im Monat März 305 900 hl, davon 253 654 hl aus landwirtschaftlichen, 13 395 hl aus Hefe-, 18 697 hl aus Melasse-, 3056 hl aus sonstigen Eigenbrennereien und 16 547 hl aus Monopolbrennereien. Der Absatz im März belief sich auf 56 515 hl, und zwar 16 289 hl zum regelmässigen, 30 062 hl zum allgemeinen ermässigten Verkaufspreis, 5222 hl zum Essigbranntweinpreis, 4214 hl zum besonderen ermässigten Verkaufspreis und 628 hl zum Ausfuhrpreis. Der Bestand am 31. März betrug somit 789 138 hl Weingeist.

Verband Deutscher Privatbankiers. Die diesjährige Verbandstagung des Verbandes Deutscher Privatbankiers, Sitz Dresden, wird als zweite ordentliche Mitgliederversammlung am 9. und 10. Juni in Oberhof in Thüringen stattfinden. Die Einladungen werden alsbald ergehen.

Die Schuhindustrie im März 1923. Nach Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten hat die schon seit Ende des Vorjahres in der Schuhbranche anhaltende Absatzstockung nicht nachgelassen. Im Gegenteil, es muss festgestellt werden, dass das Geschäft weiter abgeflaut ist. Insbesondere hat auch das Ostergeschäft enttäuscht. Trotzdem die Preise für Schuhwerk, sowohl von der Schuhindustrie wie vom Schuhkleinhandel, in einer Weise herabgesetzt sind, dass sie die Herstellungs- bzw. Beschaffungskosten auch nicht annähernd decken, blieb das Geschäft nach wie vor vollkommen ruhig. Die Schuhhändler stellten sich auf den Standpunkt, dass sie selbst festbestellte Frühjahrsware nicht abnehmen könnten, mit der Begründung, dass es ihnen infolge des schlechten Geschäftsganges an den notwendigen Einnahmen fehle. Unter diesen Umständen mussten weitere Produktionseinschränkungen in der Schuhindustrie vorgenommen werden. Der grösste Teil der Betriebe arbeitet im Durchschnitt nur noch 24 Stunden in der Woche.

Preiserhöhung für Nähgarn. Die Dollarsteigerung übt bereits ihre Wirkung aus. Die Vertriebsgesellschaft Deutscher Baumwollnähfadenfabriken in München hat, wie die „Textil-Woche" erfährt, den Aufschlag auf ihre Preisliste vom 21. März 1923 mit Wirkung vom 19. April ab von 1750 auf 2500 % erhöht.

Französisch-belgischer Handelsverkehr und die Zollunion mit Luxemburg. Ueber den Umfang der französisch-belgischen Handelsbeziehungen im Jahre 1922 gibt folgende amtliche belgische Antwort auf eine Anfrage im Parlament Aufschluss: Die französische Ausfuhr nach Belgien bezifferte sich während der ersten vier Monate des Jahres 1922 auf 606 467 210 Franken, während der letzten acht Monate auf 1 309 106 079 Franken. Hierbei bleibt jedoch zu berücksichtigen, dass während der letzten acht Monate des Vorjahres die belgisch-luxemburgische Zollunion in Kraft war und diese französische Ausfuhrziffer sich auf die so erweiterte Ausfuhr bezieht. Die belgische Ausfuhr nach Frankreich betrug an Glaswaren während des ersten Drittels 1922 3 382 307 Franken, während der übrigen zwei Drittel (Zollunion) 15 750 914 Franken, und an Metallwaren (Fertigfabrikate und Halbfertigfabrikate) über die genannten Zeiträume 59 246 036 Franken und 150 927 534 Franken.

Eine neue österreichisch-deutsche Montangruppe.

Von unserm L.-Korrespondenten.

Wien, 14. April.

Kürzlich wurde an dieser Stelle die Mitteilung gebracht, dass in der ungewöhnlich drängenden Bankenhausse an der hiesigen Börse der Kurssprung der Wienerbankaktien noch ganz besonders Aufsehen erregte, und dass zur Begründung der auffallend stürmischen Nachfrage Gerüchte von einer Interessengemeinschaft der genannten Bank mit einer Berliner Montangruppe Verbreitung fänden. Ausnahmsweise hatten diese Börsengerüchte einen ernsten Inhalt, wenn auch vorläufig von einer förmlichen Interessengemeinschaft nicht gesprochen werden kann, wie auf Grund inzwischen bekannt gewordener Einzelheiten ersichtlich ist. Im wesentlichen ist hierüber gemäss Informationen von hiesiger, an der sich vorbereitenden Transaktion interessierter Stelle zu berichten: Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, dass der in kurzer Zeit zur finanziellen Sensation gediehene Kommerzialrat Bosel, ein junger Mann von etwa 32 oder 33 Jahren, der am Beginne des Krieges ein ganz geringfügiges Textilwarengeschäft als Um und Auf sein eigen nannte, während er heute über unermessliche Milliarden verfügt, vermöge seines Besitzes an Wienerbankaktien der unumschränkte und alleinige Herr dieses alten und angesehenen, wenn auch einigermassen allzu konservativen Wiener Bankinstituts ist. Im Besitze dieses Instruments, das er sich nach einem grosszügigen Konzept, in langwieriger und komplizierter Verhandlungsarbeit zugeeignet, geht er nun daran, den Rahmen nach seinem Sinne auszuweiten. Augenblicklich steht die Errichtung einer grossen, aktionskräftigen Kohlenabteilung im Vordergrund, wobei Kohlen aus der Tschechoslowakei sowie aus Oberschlesien dem Geschäft eine belangreiche Ausdehnung geben sollen. Der Repräsentant der tschechischen Kohlenproduktion, der mit Herrn Bosel im Bunde sich einigen soll, oder, wie wahrscheinlich, sich bereits geeinigt hat, ist die bekannte Kohlenfirma Weinmann in Aussig, die schon seit geraumer Zeit einen erheblichen, fast ausschlaggebenden Posten von Aktien der Laurahütte besitzt. Dieser Umstand in erster Linie bildete den Ausgangspunkt des weitblickenden Projektes mit dem Ziele der Schaffung einer neuen österreichisch-deutschen Montangruppe, in welche Weinmann nebst dem beherrschenden Einfluss auf die Laurahütte die Dux-Bodenbacher Bahn — wobei das Wort „Bahn" nicht zur irrigen Vorstellung eines Eisenbahnunternehmens verleiten darf; es handelt sich vielmehr ausschliesslich um Kohlengruben — und den Westböhmischen Bergbauverein einbringt, während Kommerzialrat Bosel seinerseits bereits mit Erfolg darauf Bedacht genommen hat, ebenfalls einen zulänglichen Posten Lauraaktien sich zu sichern, und nun daran ist, im Verein mit Weinmann die Aktienmehrheit der Kattowitzer Kohlengesellschaft sowie der Bismarckhütte zu erlangen. In Kattowitzer Aktien verfügt die Gruppe Bosel-Weinmann durch unauffällige Käufe schon über eine nennenswerte Zahl von Stücken, jedoch nicht über die Majorität. Weitere hinreichende Erwerbungen auf offenem Markte erscheinen in Kattowitzer sowohl wie in Bismarckhütte angesichts der momentanen Besitzverteilung so gut wie ausgeschlossen. Die schwebenden Verhandlungen, die schon seit sieben Wochen im Gange sind, bezwecken daher im Wege unmittelbarer Auseinandersetzungen mit den derzeitig massgebenden Aktionären, deren Aktienpakete als Ganzes zu erwerben. In dem Gelingen dieser Bestrebungen liegt die unumgängliche Voraussetzung für das Zustandekommen der neuen Gruppenbildung, worüber die Entscheidung in den ersten Tagen der Woche erfolgen soll. Bemerkenswert erscheint, dass Herr Bosel allen seinen Aktionen ein höheres Relief zu geben sucht, indem er auch auf die Wahrung öffentlicher Interessen Bedacht nimmt. Im vorliegenden Falle soll diese Richtlinie in der Weise zum Ausdruck kommen, dass in den abzuschliessenden Verträgen bezüglich der Heranziehung und Verwertung der Kattowitzer Kohle sowie jener der Laurahütte die Belieferung der österreichischen Staatsbahnen und sonstiger staatlicher Betriebe sowie der Betriebe der Gemeinde Wien zu besonders ermässigten, jeden anderen Wettbewerb ausschliessenden Preisen in Aussicht genommen werde. Diese Taktik hat sich schon bei anderen Gelegenheiten für Bosel auf das Beste bewährt. Sie ebnete ihm die Wege, indem sie ihm die Förderung seitens massgebender staatlicher und kommunaler Faktoren sicherte.

Stillegung der Hüttengesellschaft „Rote Erde". Die Direktion der Hüttengesellschaft „Rote Erde" teilt mit, dass ab 1. Mai der gesamte Betrieb stillgelegt werden muss und die Arbeiter zu diesem Termin entlassen werden. Die Direktion bemerkt in ihrer Mitteilung weiter, dass bereits seit Ende Januar die Lage des Werkes derartig gewesen sei, dass eine Stillegung nötig gewesen wäre. Man habe aber Mittel und Wege gefunden, Rohstoffe heranzuschaffen, um einen eingeschränkten Betrieb zu ermöglichen und Arbeiterentlassungen sowie Arbeitszeitverkürzungen zu vermeiden. Die Arbeiterschaft erklärte sich jetzt aber mit der Heranschaffung der erforderlichen Rohstoffe nicht mehr einverstanden. Dies führe nach Mitteilung der Gesellschaft eben zur Stillegung des Werkes.

*

Hierzu ist zu bemerken, dass die Anlagen der Aktiengesellschaft „Rote Erde" früher einen Teil der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. darstellte, von dieser aber 1919 an ein französisch-belgisches Konsortium abgetreten wurde in Anbetracht der Veränderung der politischen Grenzen. Es ist noch nicht bekannt, weshalb die Arbeiterschaft die Heranbringung des Materials in der bisherigen Form abgelehnt hat. Dies dürfte aber wohl leicht zu erklären sein, wenn man bedenkt, dass die Leitung rein französisch und belgisch ist.

Kaliwerke Grossherzog von Sachsen A.-G., Weimar. Nach dem Geschäftsbericht hat sich der Absatz gegen die Vorjahre wesentlich gehoben. An dem Gesamtabsatz des Kalisyndikates war die Gesellschaft mit 347 502 dz beteiligt, somit 191 182 dz über dieser Quote. Die Kohlenzufuhr war ausreichend. Die monatliche Produktion in Chlorkalium hat sich ebenso wie die in Sulphat auf 28 000 bzw. 10 000 dz rund verdoppelt. Der Bau der neuen Chlorkaliumfabrik ist fertiggestellt. Ein Gewinn wird nach dem mit der Gewerkschaft Glückauf-Sondershausen bestehenden Betriebsvertrage nicht ausgeworfen. An die Aktionäre soll eine Ausbeute von 714,44 M. ausgeschüttet werden. Die Vergütung der Gewerkschaft Glückauf betrug 218 849 882 (7 937 669) M. Aus der Bilanz seien u. a. erwähnt Bankguthaben mit 98 042 818 (3 164 235) M., Debitoren mit 730 934 865 (16 592 371) M., Effekten mit 40 047 185 (315 000) M., Wertberichtigung mit 113 614 826 (0) M. und Kreditoren mit 1 074 066 915 (38 862 085) M.

Horchwerke A.-G., Zwickau. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 50 % fest und ergänzte den Aufsichtsrat durch Zuwahl der Herren Direktor Hendric Bos aus dem Haag, Baurat Paul Daimler-Stuttgart, Staatspräsident a. D. Prof. Dr.-Ing. Hermann Hummel-Heidelberg, Generaldirektor Verlohr-Düsseldorf. Der Vorsitzende beleuchtete die schwierigen wirtschaftspolitischen Verhältnisse und die daraus resultierende Beeinträchtigung der Fabrikation. Eine bestimmte Kalkulationsbasis existiere leider nicht mehr. Die Betriebsanlagen des Werkes wurden wesentlich erweitert, um möglichst rationell arbeiten zu können und die hohe Vervollkommnung der Fabrikation zu erzielen. Die Beschäftigung ist trotz der nachlassenden Konjunktur noch eine ausreichende.

Maschinenfabrik und Armaturenfabrik vorm. C. Louis Strube A.-G., Magdeburg-Buckau. Die Generalversammlung genehmigte die Verteilung einer Dividende von 40 % (16 %). Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Freiherr v. Gillern-Ellguth in Schlesien. Ueber die Aussichten können bei der unübersichtlichen Lage keine Voraussagen gemacht werden.

Eine Valutabank in Hamburg

Hamburger Kaufleute und deutsche Bankinstitute haben, wie uns ein eigner Drahtbericht meldet, unter Führung der Braunschweigischen Staatsbank und der Sächsischen Staatsbank unter Uebernahme der Hamburger Bankfirma Jakob Heckscher die

„Deutsche Standard-Bank Kommanditges. a. A. in Hamburg"

errichtet. Das Institut soll dem deutschen Wirtschaftsleben ausländische Kredite zuführen, und insbesondere der Befriedigung kurzfristiger Kreditbedürfnisse in ausländischer Valuta für den Transithandel und die Veredelungsindustrie dienen. Das Grundkapital beträgt zunächst 500 Mill. Mark. Der gesetzliche Reservefonds ist mit 50 Mill. M. eingezahlt. Weiterhin sind eine Milliarde Mark Reserve geschaffen, die in Goldmark umzurechnen sind. Persönlich haftender Gesellschafter ist Bankier Jakob Heckscher in Hamburg, der Eintritt eines weiteren persönlich haftenden Gesellschafters wird in den nächsten Monaten erfolgen. Dem Aufsichtsrat gehören an G. C. Kaufmann, Mitinhaber der Hamburger Kaffeehandelsfirma Otto Hass, Hamburg, als Vorsitzender, Finanzpräsident Dr. Stübben-Braunschweig, Schiffsreeder Guido Caulier, in Firma Theodor u. F. Eimbke-Hamburg, Direktor der Landesbank Schleswig-Holstein, Niemeyer-Kiel, Generaldirektor der Landesbank Hannover, Purucker-Hannover und Bankier Willi Seligmann-Hamburg.

Hypothekenschutzbank für Brandenburg und Grossberlin A.-G., Berlin. Die Generalversammlung setzte von dem verbleibenden Reingewinn von 40 075 M. die Dividende auf 10 % fest. Um das Geschäft weiter auszubauen, wurde beschlossen, das Grundkapital um 110 auf 111 Mill. M. zu erhöhen durch Ausgabe von 100 Mill. M. Stammaktien und einer vinkulierten Vorzugsaktie zu 10 Mill. M. unter Dotierung eines Reservefonds von rund 330 Mill. M. 25 Mill. M. Stammaktien werden nicht unter 100 % ausgegeben und dem Bankdirektor Wilhelm Pauli überlassen, 25 Mill. M. nicht unter 200 % und 50 Mill. M. nicht unter 600 % ausgegeben; letztere 75 Mill. M. übernimmt die offene Handelsgesellschaft Paul Strassburger u. Co., Frankfurt a. M., zur bestmöglichen Verwertung. Da der gesamte Aufsichtsrat sein Amt niederlegte, wurden folgende Herren neu in den Aufsichtsrat gewählt: Rechtsanwalt Kurt Berger, Berlin, Generaldirektor und Fabrikbesitzer Joseph Havestadt, Elsterwerda, Bankier Adolf Kassel i. Fa. Paul Strassburger u. Co., Frankfurt a. M., und Geheimrat Dr. Florenz Wigger, München. Zum Vorstand wurde Bankdirektor Wilhelm Pauli bestellt. Der Sitz der Gesellschaft wurde aus Zweckmässigkeitsgründen von Berlin nach München verlegt.

Norddeutsche Effektenbank, Kommanditges. a. A. in Hamburg. In der ausserordentlichen Generalversammlung wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 47 auf 55 Mill. M. durch Ausgabe von 42 Mill. M. Stammaktien und 5 Mill. M. mit zehnfachem Stimmrecht ausgestatteter Vorzugsaktien beschlossen. Die Ausgabe der Stammaktien erfolgt unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre zu 165 %, die der Vorzugsaktien zu 100 %. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Rechtsanwalt Dr. Littmann als Vertreter eines Aktionärs den Antrag auf Vertagung, da zunächst einmal die Abrechnung für 1922 vorgelegt werden müsse. Auch erhebe er Widerspruch gegen den Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts. Von der Verwaltung wurde erwidert, dass das die Kapitalserhöhung durchführende Konsortium dies zur Bedingung gemacht habe. Die Bank bedürfe aber infolge der Ausdehnung des Geschäfts weiterer Mittel. Was die Geschäftslage betreffe, so habe das abgelaufene Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis gebracht, und auch das laufende Jahr sei bis jetzt sehr günstig verlaufen. Der Antrag der Verwaltung wurde dann auch gegen eine Stimme angenommen. Dr. Littmann gab gegen diesen Beschluss Protest zu Protokoll. Als neues Mitglied des Aufsichtsrats wurde einstimmig Kommerzienrat D. Fick (Rostock) gewählt.

Mecklenburgische Depositen- und Wechselbank, Schwerin. Aus 8 390 995 (2 861 094) M. Reingewinn werden 30 (10) % Dividende in Vorschlag gebracht. In der Bilanz betragen u. a. Guthaben bei Banken 814 057 953 (15 652 240) M., Wechsel und Schatzanweisungen 3 816 931 272 (402 624 484) M., Nostroguthaben 665 876 488 (42 574 816) M., Debitoren 2 240 890 212 (222 725 921) M., sonstige Aktiva 265 362 069 (62 917 242) M., Kreditoren 7 611 549 146 (730 478 639) M. und verschiedene Passiva 560 018 909 (25 453 142) M. Der Umsatz stieg von 27,75 auf 241,5 Milliarden Mark. Die Ansprüche der Geschäftswelt und der Landwirtschaft waren sehr erheblich, ebenso der Verkehr in Wertpapieren. Die verzinslichen Einlagen wuchsen im Laufe des Jahres von 730 Mill. M. auf 7,6 Milliarden Mark an.

Rhön-Bank A.-G. Die Bank übernahm durch Kaufvertrag das Bankhaus Witzig u. Co., München. Die Inhaber der Münchener Firma treten in ihre Dienste ein.

Peniger Maschinenfabrik und Eisengiesserei, A.-G. In der Aufsichtsratssitzung berichtete der Vorstand über die verflossenen drei Quartale des laufenden Geschäftsjahres und konstatierte, dass das Unternehmen bis vor kurzem in allen Abteilungen sehr gut und lohnend beschäftigt war. Erst in den letzten Wochen habe der Auftragseingang, wie in der ganzen Industrie, etwas nachgelassen. Die Umsätze haben eine derartige Höhe erreicht, dass durch Finanzierung derselben erheblich höhere Barmittel erforderlich sind. Es wurde daher in Aussicht genommen, das Aktienkapital um 6 auf 36 Mill. M. zu erhöhen. Die Aktien werden einem Konsortium unter Führung der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt Leipzig mit der Verpflichtung überlassen, die bestmöglichste Verwertung vorzunehmen. Ein erheblicher Betrag soll für die Einführung der Atkien an anderen Börsenplätzen reserviert werden. Ferner wurde beschlossen, 26 000 Stück Genussscheine auszugeben, welche die gleiche Dividende wie die Aktien erhalten und dergestalt zugeteilt werden sollen, dass für jede Stammaktie und Vorzugsaktie (Buchstabe B) ein Genussschein gegen Zahlung von 1000 M. erhoben werden kann.

Ernemann-Werke A.-G., Dresden. Aus einem Reingewinn von 20 928 630 (4 148 697) M. werden 60 (20 plus 10 %) Dividende in Vorschlag gebracht. In der Bilanz betragen u. a. Aussenstände 381 946 204 (24 939 960) M., laufende Verbindlichkeiten 335 522 432 (8 781 030) M., Rückstellungen für Neubaurechnungen 35 (—) Millionen Mark und Rückstellungen für Steuern und Löhne 95 107 063 (0) M. Nach dem Geschäftsbericht waren Stamm- und Zweigfabriken, besonders dank umfangreicher Auslandsaufträge, voll beschäftigt. Eine notwendig gewordene Betriebserweiterung wurde eingeleitet.

Carl Aug. Schmidt A.-G., Dampfsägewerk und Holzhandlung, Erfurt. Das 1. Geschäftsjahr schliesst mit einem Reingewinn von 99 206 894 M., aus dem 40 % Dividende und 40 % Bonus in Vorschlag gebracht werden. In der Bilanz betragen u. a. Schuldner 266 494 968 M., Wechsel 8 167 500 M. und Gläubiger 374 736 292 M. Nach dem Geschäftsbericht waren die Umsätze der Summe und Menge nach befriedigend. Das Werk arbeitete während des ganzen Jahres mit kurzer Unterbrechung in Doppelschichten. Zurzeit liegen grössere Aufträge für Behörden und das Ausland vor, die für die nächsten Monate Beschäftigung sichern.

Wandsbeker Lederfabrik A.-G., Hamburg. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 50 % fest. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, dass die Gesellschaft keine Bankkredite brauche; sie habe vielmehr noch immer grössere Bankguthaben, die auch für den erforderlichen Ankauf von Rohhäuten aus eigenen Mitteln ausreichen. Die Passivkonten, Gläubiger, Akzepte usw. seien im neuen Jahre fast alle abgelöst worden.

Vereinigte Berlin - Frankfurter Gummiwarenfabriken, Berlin-Lichterfelde. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 60 % fest. Nach Mitteilung des Vorstandes stand der Beginn des neuen Geschäftsjahres unter dem schweren politischen Druck und der weiteren Markentwertung. Ueber die Aussichten lässt sich vorläufig noch nichts sagen, wenn auch zurzeit noch befriedigende Beschäftigung vorliegt.

Norddeutsche Wollkämmerei u. Kammgarnspinnerei, Bremen. Das Geschäftsjahr 1922 ergab einen Reingewinn von 609 340 027 (22 920 016) M., aus dem 100 (32) % Dividende plus 1 Goldmark Bonus = 5000 Papiermark auf die Stammaktien und auf 33 750 Stück Genußscheine, 100 % und ½ Goldmark Bonus = 2500 Papiermark auf 22 500 Stück Genußscheine vorgeschlagen werden. In der Bilanz betragen u. a. Forderungen 2 223 557 042 (206 405 538) M., Werkerhaltungskonto 300 (50) Mill. M., Gläubiger und Vortragsposten 4 418 550 282 (152 469 096) und Währungsrücklage 500 (0) Mill. M. Die Forderungen an die Tochtergesellschaften betragen 178,9 Mill. M., ihre Verbindlichkeiten 1196,9 Mill. M. Nach dem Geschäftsbericht ist der vorteilhafte Abschluss vor allem auf den rechtzeitigen und vorteilhaften Einkauf von Rohmaterial zurückzuführen. Sodann boten sich besondere Verdienstmöglichkeiten im Exportgeschäft. Dem standen nicht unerhebliche Verluste aus im ersten Halbjahr abgeschlossenen billigen Inlands-Mark-Kontrakten, namentlich im deutschen Strickgarngeschäft, gegenüber. Für den Ausbau der Fabrikanlagen sind bezw. werden höhere Beträge als im Frieden aufgewendet. Die Umwandlung des in der Tschechoslowakei gelegenen Neudecker Werkes in eine besondere A.-G. soll demnächst erfolgen. In das Wertpapierkonto wurden neu 1 Million Peso der Firma Lahusen u. Cia, Buenos Aires, und 4 Mill. M. der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern übernommen.

Porzellanfabrik Ph. Rosenthal u. Co. A.-G., Berlin. Die Gesellschaft weist für 1922 einen Reingewinn von 301,02 (14,08) Millionen Mark aus, woraus bekanntlich (s. Nr. 149 „D. A. Z.") 1 % in Goldmark (i. V. 50 %) auf Basis des Goldankaufpreises der Reichsbank vom 31. 12. 1922 verteilt werden sollen. In der Bilanz stehen Fabrikgebäude mit 3,43 (3,59) Mill. M. zu Buche, Grundstücke mit 0,61 (0,60) Mill. M., Waren werden mit 277,22 (21,78) Mill. M. bewertet, Materialien mit 82,23 (4,36) Mill. M. Kreditoren von 1 748,99 (89,11) Mill. M. stehen Debitoren von 1 678,56 (87,49) Mill. M. gegenüber. Im Rechenschaftsbericht wird u. a. ausgeführt: Das verflossene Geschäftsjahr kann trotz der aussergewöhnlichen wirtschaftlichen Beschwernisse als günstig bezeichnet werden. Sämtliche Werke waren durchweg für In- und Ausland sehr gut beschäftigt. Die rapid fortgeschrittene Entwertung unserer Mark hatte ein sprunghaftes Steigen sämtlicher Betriebs- und Rohmaterialien wie auch aller Löhne, Gehälter, Frachten usw. zur Folge, so dass die Beschaffung der gewaltigen flüssigen Mittel für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit unserer Gesamtbetriebe stets Gegenstand unserer besonderen Aufmerksamkeit war. Waren und Materialien wurden wie seither vorsichtig bewertet.

Hansa Möbelwerke A.-G., Hamburg. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 50 % fest, ferner wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 19 auf 21 Mill. M. durch Ausgabe von 1 Mill. M. mit zehnfachem, beschränktem Stimmrecht ausgestatteten Vorzugsaktien und 18 Mill. M. Stammaktien beschlossen.

Mauls Kakao- und Schokoladenfabrik A.-G. in Wernigerode a. H. Die ausserordentliche Generalversammlung beschloss Erhöhung des Aktienkapitals um nominell 33 Mill. M. auf nom. 63 Mill. M. Von diesen neuen 33 Mill. M. Stammaktien, die ab 1. Juli 1922 voll dividendenberechtigt sind, sollen 9 Mill. M. durch ein Konsortium den Stammaktionären im Verhältnis 3 : 1 zum Kurse von 1500 % zuzüglich Börsenumsatzsteuer angeboten werden. Die restlichen 24 Mill. M. Aktien hält das Uebernahmekonsortium zur Verfügung der Gesellschaft. Von der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass das Geschäft sehr rege und die Nachfrage nach den Fabrikaten dauernd sehr lebhaft sei.

Hamburg - Bremer - Afrikalinie A.-G. Das Gesamtergebnis für 1922 beläuft sich auf 209 187 547 (9 306 745) M., Abschreibungen 30 906 127 (4 539 379) M., Reingewinn einschliesslich Vortrag 148 501 243 (3 789 949) M., Dividendenvorschlag 15 % (5 %) und 500 (—) M. Vergütung für Geldentwertung je Stammaktie.

Dividendenvorschläge.

Leipziger Kreditbank 50 % (9 %).

Vereinigte Glanzstoffabriken A.-G., Elberfeld 6 % auf die Vorzugs- und 300 % auf die Stammaktien (30 %).

Bayerische Spiegelglasfabriken Bechmann-Kupfer A.-G. in Fürth nach rückständiger Einzahlung von 50 % auf die im November v. J. zur Ausgabe gelangten Aktien und Abschreibung aller Anlagekosten 60 Goldpfennige zum Umrechnungskurs von 5000 (50 %).

Kapitalserhöhungen.

A. G. Georg Egestorff's Salzwerke und Chemische Fabriken, Hannover, um bis zu 24 Mill. M. Stammaktien und 6 Mill. M. Vorzugsaktien; ferner Umwandlung von 3 Mill. M. Vorzugs- in Stammaktien.

A.-G. für Gas und Elektrizität, Dortmund, um bis 64 Mill. M.

Schnellpressenfabrik König u. Bauer A.-G., Würzburg, um 28 Mill. M.

Adolf Döbel u. Co., Mech. Woll- und Wirkwarenfabrik A.-G., Berlin, um 70 Mill. M. Stamm- und 6 Mill. M. Vorzugsaktien.

Uhrenfabrik Badenia A.-G., Wöllingen (Baden), um 3 Mill. M. zehnstimmige Vorzugs- und 18 Mill. M. Stammaktien.

Tonindustrie A.-G., Delmenhorst, um bis zu 5 Mill. M. Stamm- und 1 Mill. M. Vorzugsaktien.

Frankfurter Verkehrs- und Hotelbetriebs-A.-G., Frankfurt a. M., um 57,5 Mill. M. Stamm- und 2,5 Mill. M. 6 % 20stimmige Vorzugsaktien, Umwandlung bisheriger 2,5 Mill. M. Vorzugsaktien in Stammaktien (Bezugsangebot 1 : 1).

Baumwollspinnerei Erlangen, um 15 Mill. M. Stamm- und 7 Mill. M. 6stimmige Vorzugsaktien auf 72 Mill. M.

Nieten
aller Art
GEBR. KNIPPING
ALTENA I. WESTF.

Drahtanschrift: Eintrachtstahl
Fernsprecher: Südring 1441—46 u. 950
Gebrüder Pierburg
Inhaber: Pernhard Pierburg
Duisburg i. Rhld. • Berlin-Tempelhof • Mannheim
Generalvertreter der Stahlwerke Ed. Dörrenberg Söhne, Ründeroth i. Rhld.
Hochwertige Konstruktionsstähle
für alle Verwendungszwecke, wie:
Motore • Kraftwagen
Schlepper • Motorpflüge • Luftfahrzeuge

Hydraulische Pressen
WAGNER & Co.
WERKZEUGMASCHINEN-FABRIK
M. B. H.
DORTMUND

Stadtschuldbuchanleihe der Stadt Schneidemühl

zur Errichtung
von Wohn-, Schul-, Krankenhaus-, Bank- und Straßenbauten.

(Beschl. der städt. Körperschaften vom 12. 2. 1923 / 15. 3. 1923
„ des Bezirksausschusses vom 31. 3. 1923, C. 302, 2/23).

Diese **Anleihe** wird hiermit zur allgemeinen **Zeichnung** für das

Stadtschuldbuch der Stadt Schneidemühl

aufgelegt.

Die Beteiligung an dieser Anleihe bietet Gelegenheit zu einer unbedingt **sicheren Geldanlage,** bei der **jeder Verlust,** insbesondere durch Kursschwankungen oder Abhandenkommen von Anleihe- oder Zinsscheinen **völlig ausgeschlossen** ist. Es erfolgt nur eine völlig gebührenfreie Eintragung in das Stadtschuldbuch, welches in zwei getrennt aufbewahrten Ausfertigungen geführt wird.

Für die **pünktliche Zinsenzahlung** und **Rückzahlung haftet die Stadt Schneidemühl** mit ihrem ganzen Vermögen und ihrer gesamten Steuerkraft.

Darlehen von 1000 M. an (die Beträge müssen stets auf volle 1000 M. abgerundet sein) können bei der **Stadthauptkasse Schneidemühl, Postscheckkonto** Stettin 1316, Berlin 134968, **Reichsbankgirokonto** bei der Reichsbankstelle Schneidemühl, Konto bei der **Stadtsparkasse** Schneidemühl unter der Bezeichnung „Stadtschuldbuchdarlehen" eingezahlt werden. Dabei ist anzugeben, für welche Zeit die Darlehen gewährt sind, da die Darlehen für beide Teile in der Regel 3 bis 5 Jahre unkündbar sein sollen. In besonderen Fällen kann jedoch auf Antrag des Gläubigers eine kürzere oder längere Frist vereinbart werden.

Die **Zinsen** sind **gleitend** und betragen:

a) für 5 Jahre unkündbare Darlehen 4 % } über dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz,
b) „ 3 „ „ „ 2 % }

also zur Zeit 14 bis 16 %.

Nach **Ablauf der Unkündbarkeit** gilt **für beide Teile** eine für den Schluß jedes Kalenderhalbjahres freistehende **6monatige Aufkündigung,** sofern nicht eine Verlängerung der Unkündbarkeit neu verabredet wird.

Während der Zeit der Unkündbarkeit stehen Verfügungen über das Darlehen durch Abtretung und dergleichen frei und werden in das Stadtschuldbuch eingetragen.

Die **Zinsenzahlung** erfolgt halbjährlich am 1. Juni und 1. Dezember nachträglich.

Wir können nur dringend empfehlen, diese Gelegenheit zur sicheren und hochverzinslichen Anlage flüssiger Gelder wahrzunehmen, zumal sich der Zinssatz entsprechend dem Reichsbankdiskontsatz ohne weiteres neu eintretenden Verhältnissen anpaßt.

Schneidemühl, den 17. April 1923.

Der Magistrat.
Dr. Krause. Martin.

Spekulation in den Gemeindefinanzen.

Eine Folge des verschleppten Finanzausgleichs.

Die souveräne Gleichgültigkeit gegenüber den Gemeindefinanzen, die neben der Aufbringung der Reparationslasten und der vielfach planlosen Behandlung der Geldentwertungsfragen ein Kennzeichen der Reichsfinanzpolitik der letzten Jahre war, hat die Finanzdezernenten vieler Städte auf die abschüssige Bahn der Spekulation gezwungen. Sie waren hierauf um so mehr angewiesen, als sie bei den Volksvertretern im Parlament nicht immer das erforderliche Verständnis für ihre Nöte, vielfach nicht einmal für die Wichtigkeit der kommunalen Arbeit fanden. Eine Folge des Listenwahlsystems, das den natürlichen Konnex des Abgeordneten, der sich meist zu den Fragen der „großen Politik" berufen glaubt, mit seiner Wählerschaft gelockert hat.

Die vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel waren völlig unzureichend. Also waren die Gemeinden in immer steigendem Maße auf die Anleihewirtschaft angewiesen. Als nach dem Kriege die Geldentwertung auf das Fünf- bis Zehnfache gestiegen war, zeigte sich im Ausland günstige Stimmung für die Aufnahme deutscher Kommunalanleihen. Damals erschien bereits ein derartiger, heute wie ein Märchen anmutender Tiefstand der Mark Ausländern, die sich den Luxus erlauben konnten, auf lange Sicht zu spekulieren so unverständlich, daß sie in Erwartung einer Markbesserung Papiermarkanleihen deutscher Gemeinden kauften. Der Kurs dieser Anleihen hielt sich infolgedessen lange Zeit weit über dem der Reichsanleihen, was auch im Inland für Kommunalanleihen Stimmung machte, so daß sie verhältnismäßig leicht untergebracht werden konnten.

Diese Situation haben denn große und kleine Städte weidlich ausgenutzt. Durch die Geldentwertung wurden sie dann instandgesetzt, wenn auch keine großen Geschäfte zu machen, so doch von diesen „Spekulationsgewinnen" einigermaßen zu leben, was ihnen die stiefmütterliche Behandlung durch das Reich kaum gestattet hätte.

Das ist jetzt anders geworden. Die rasende Geldentwertung hat den Markt für Papiermarkwerte seit Jahresfrist zerstört. Einerseits brachte die Verknappung auf dem Geldmarkt immer höhere Zinssätze. Andererseits suchte der Anleihezeichner nach den üblen Erfahrungen der Vorjahre seine Kredite vor der Geldentwertung zu schützen. Es entstand die „wertbeständige Anleihe".

Und damit in den letzten Monaten eine neue Spekulationswut der Finanzdezernenten. Die Markstützungsaktion der Reichsbank stellte den Gemeinden, die wertbeständige Anleihen ausgaben, den umgekehrten spekulativen Gewinn in Aussicht, den sie vorher mit Papiermarkanleihen gemacht hatten. Dazu kam als weiterer Anreiz der Zinsfuß von meist nur 5 %, während Papiermarkanleihen mit Zinsen bis 20 % ausgestattet werden mußten. Die Aussichten dieser Spekulation untersucht der Lübecker Kommunalpolitiker Dr. Rudolf Stucken in der „Zeitschrift für Kommunalwirtschaft" und kommt dabei zu dem Schluß:

„Es läßt sich mit ziemlicher Gewißheit darauf bauen, daß die Möglichkeiten der Geldwertbesserung begrenzt sind, während die Möglichkeiten der Geldwertverschlechterung theoretisch unendlich sind. Aus diesem Grunde birgt die wertbeständige Anleihe große Gefahren, während andererseits die Möglichkeit einer Geldwertbesserung, der prozentual niedrigere Zinsfuß und die große Nachfrage nach wertbeständigen Anlagen für eine solche Anlage sprechen. Die mit der Geldwertverschlechterung verbundenen Gefahren erscheinen nur dann mit Sicherheit als erträglich, wenn der wertbeständigen Anleihe Anlagewerte gegenübergestellt werden, welche voraussichtlich bei fortschreitender Geldentwertung entsprechend wachsende Erträge bringen."

Hiermit ist die Frage angeschnitten, wer wirtschaftlich überhaupt berechtigt ist, wertbeständige Anleihen auszugeben. Es wimmelt heute von Roggen-, Kohlen-, „Gold"- und ähnlichen Anleihen. Inwiefern in Einzelfällen hier grobe Verstöße gegen wirtschaftliche Ueberlegungen vorliegen und wie sich die genehmigenden Aufsichtsbehörden hierzu verhalten, dürfte besonders zu untersuchen sein. Grundsätzlich muß als feststehend gelten, daß jede Spekulation vermieden wird. Also: Papiermarkausgaben dürfen auch nur gegen Papiermarkeinnahmen verrechnet werden. Roggenanleihen darf nur ausgeben, wer Roggeneinkünfte (z. B. aus Pacht) zu erwarten hat. Zug um Zug die gleiche Währung, wie das in der Privatwirtschaft selbstverständlich ist.

Die Hauptsache aber ist, daß die Ursachen beseitigt werden, die einen gewissen Spekulationszwang für die Gemeinden herbeigeführt haben. Jede Anleihe — papiern oder wertbeständig — bedeutet heute eine gewisse Spekulation. Um diese Gefahren auszuschließen, gibt es nur einen Weg, daß nämlich endlich der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden geregelt wird. Die Verschleppung des Landessteuergesetzes, die wir bereits wiederholt bekämpft haben, ist auch aus diesem Grunde außerordentlich bedenklich. In der Korrespondenz „Das kommunale Leben" nimmt sich jetzt Reichsminister a. D. Scholz der Sache noch einmal an:

„Was das fernere Schicksal der Vorlage angeht, so stehen die Städte- und Gemeindeverbände auf dem verständlichen Standpunkt, daß die von ihnen erwartete Hilfe eine auskömmliche zu sein habe — daß also zu den erhöhten Ueberweisungen für Gehälter und aus Einkommensteuer sowie zu den verschiedenen kleineren Steuern eine erhebliche Erhöhung der Ueberweisungen aus der Umsatzsteuer treten müsse.

Wie diese Hauptfrage zu lösen ist, steht zurzeit dahin. Nach meiner Ueberzeugung wird es notwendig sein, an die Stelle der erhöhten Umsatzsteuer, die im gegenwärtigen Augenblicke nicht zu erreichen sein wird, eine andere Einnahmequelle für das Reich oder auch direkt für Länder oder Gemeinden zu setzen. Sonst, so fürchte ich, wird die Verabschiedung des so dringend notwendigen Gesetzes noch lange auf sich warten lassen!"

Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Sonst macht die heillose Verwirrung der Kommunalfinanzen auch jede vernünftige Anleihewirtschaft hinfällig.

Sx.

Die Ordnungszelle Thüringen.

„Versammlungsfreiheit."

Weimar, 19. April. (P. P. N.) Die Verordnung des Thüringischen Staatsministeriums vom 22. Februar, durch welche auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung der Artikel 123 über die Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt worden ist, ist jetzt wieder aufgehoben worden, infolgedessen können in Thüringen Versammlungen künftig wieder ohne vorherige Anmeldung abgehalten werden.

Zur Illustration dieser köstlichen Verordnung folgender Situationsbericht:

P. P. **Jena**, 18. 4. (Eigenbericht.) Die Thüringer Regierung hat sich bei dem Vorgehen gegen die Deutsch-Völkische Freiheitspartei bekanntlich besonders forsch ins Zeug gelegt. So wollte sie ja auch deswegen bei dem Reichsminister des Innern die Bewaffnung des Arbeiterschutzes erwirken. Da sie das nicht erreichen konnte, so hat der Ministerpräsident den Parteien im Landtag wenigstens gestattet, daß sie den Selbstschutz der Republik übernehmen könnten. Diese Erlaubnis hat nun in Thüringen, das jetzt ganz im Zeichen der internationalen Propagandawoche steht, die vom 15. bis 30. April von den Kommunisten abgehalten wird, zu recht erbaulichen Dingen geführt. Es vergeht kein Tag, an dem nicht eine Versammlung durch die Kommunisten gestört oder verhindert wird.

In Jena zog am Sonnabend die Hundertschaft der Kommunisten in Marschkolonnen vor den großen Volkshaussaal, wo eine Protestversammlung gegen das Verbot der Deutsch-Völkischen stattfinden sollte, sperrte die Straßenzugänge ab und rückte nicht eher von der Stelle, bis die Polizei verkündete, daß die Versammlung nicht stattfinde.

In Camburg wurde am letzten Sonntag das dortige Rathaus, weil in dem Ratskellersaal der jungdeutsche Orden sich versammelt hatte, gestürmt. Gummiknüppel und Schlagringe waren dabei die Waffen des Selbstschutzes. Ein Wachtmeister erhielt einen Stich in den Kopf. Fenster und Türen des Rathauses wurden demoliert.

In der preußischen Stadt Suhl, in welcher erst kürzlich Schutzpolizeitruppen ihren Einzug hielten, mußte ebenfalls eine Versammlung infolge Ruhestörung durch die Kommunisten geschlossen werden. Hier wollten die Mitglieder des Betriebsrates von der August Thyssen-Hütte in Hamborn sprechen.

In Zella mußte die gleiche Versammlung, weil ebenfalls Störungen angedroht waren, abgesagt werden. Hier wurde sogar kürzlich eine Gemeinderatssitzung durch das Absingen der Internationale im Sitzungssaal gestört.

Dieser kurze Situationsbericht kennzeichnet den Selbstschutz der Republik durch die Parteien in Thüringen. Um die Republik hat es jedenfalls in Thüringen keine „Gefahr" mehr.

Verhandlungen mit den Beamten.

Um die örtlichen Sonderzuschläge.

Gegenwärtig finden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen über die Neuregelung der örtlichen Sonderzulagen statt. Die Regierung hat den Organisationen in den letzten Tagen einen Entwurf zugehen lassen, der ihre Pläne für die künftige Gestaltung der örtlichen Sonderzulagen enthält. Dieser Entwurf war bereits Gegenstand einer Besprechung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, in der allgemein zum Ausdruck kam, daß die Vorschläge der Regierung in vielen Punkten unzulänglich seien.

Die Regierung ist bereit, eine Erhöhung der örtlichen Sonderzuschläge im alt- und neubesetzten Gebiet und eine Korrektur in der augenblicklichen Einteilung der Orte dieses Gebietes vorzunehmen. Sie ist aber nicht geneigt, die örtlichen Sonderzulagen im unbesetzten Gebiet zu erhöhen.

Potsdamer Beamtenwünsche.

Man schreibt uns:

Potsdam und Nowawes zählen zusammen etwa 100 000 Einwohner, Nowawes ist reiner Industrieort. Potsdam hängt mit Nowawes und Nowawes mit Groß Berlin bei Kohlhasenbrück und Bergstücken-Steinstücken baulich unmittelbar zusammen. Trotzdem ist die Grenze für den Groß Berliner Sonder-Teuerungszuschlag nicht westlich von Potsdam bei Wildpark, sondern bei Kohlhasenbrück usw. gezogen.

Die amtlichen Teuerungszahlen sind:

	Dez. 22	Jan. 23	Febr. 23
Nowawes	58 596	136 149	235 641
Potsdam	56 415	109 015	211 428
im Durchschnitt	57 506	122 582	223 535
Berlin	56 730	99 269	223 858

Nowawes ist also teurer, Potsdam ebenso teuer als Berlin. Trotzdem haben die Beamten von Potsdam und Nowawes bisher keine örtlichen Sonder-Teuerungszulagen erhalten. Was hat die politische Grenze von Groß Berlin mit der Wirtschaftsgrenze zu tun? Wird das Unrecht nunmehr gutgemacht werden?

*

Auf mehrfache Anfragen über die widerspruchsvollen offiziösen Mitteilungen über die Beamtengehälter stellen wir laut Reichsbesoldungsblatt Nr. 20 noch einmal fest: Den Beamten wird neben ihren regelmäßigen Dienstbezügen für die Monate März, April und Mai ein Extramonatsgehalt gezahlt. Die Zahlung dieses Extramonatsgehalts erfolgt in zwei Raten und zwar drei Viertel am 14. April und das letzte Viertel am 15. Mai. Die Reichsarbeiter erhalten für denselben Zeitraum zu ihren laufenden Lohnbezügen vier Extrawochenlöhne. Von diesen vier Extrawochenlöhnen sind bereits zwei am 19. März zur Auszahlung gelangt. Der dritte Extrawochenlohn gelangt am 18. April und der vierte am 11. Mai zur Auszahlung.

Die geplante Lehrerauslese.

Bedenken der Philologenschaft.

Der dem Landtag vorliegende Entwurf einer Anwärterordnung für das Lehramt an höheren Schulen in Preußen stößt in den Kreisen der Anwärter und der Philologen auf den schärfsten Widerstand.

In dem Ziele, eine möglichst scharfe Sichtung der Anwärter vorzunehmen, besonders für den Erzieherberuf leistungsfähige herauszunehmen und zur schnelleren Einstellung zu bringen, ist die Philologenschaft mit dem Ministerium einig. Sie lehnt aber den Weg ab, den der Entwurf vorschlägt, der da glaubt, die 5000 Anwärter in eine Rangordnung nach ihrer Eignung als Mensch und Erzieher bringen zu können. Eine Auslesemethode, bei der die Entscheidung über die Aufnahme als Anwärter dem freien Ermessen der Oberschulräte überlassen bleibt, muß in Zeiten wirtschaftlichen und politischen Drucks einen günstigen Nährboden für Unaufrichtigkeit und Strebertum abgeben, denn es werde den Assessoren, die nicht sofort Anwärter werden, eine schwere psychische Belastung dadurch zugemutet, daß die Entscheidung über ihr zukünftiges Schicksal, über Ausscheiden oder Ernennung zum Anwärter auf Jahre hinaus unbestimmt gelassen wird. Aber auch dem Anwärter bringe der Entwurf nicht die wirtschaftliche Sicherstellung, die für die Einfügung der Anwärterbestimmung in das Besoldungsgesetz maßgebend gewesen ist.

Das Verbot der „Frankfurter Nachrichten" aufgehoben.

Frankfurt a. M., 19. 4. (T. U.) Auf die Beschwerde der „Frankf. Nachrichten" hat der Oberpräsident von Hessen-Nassau das Erscheinen der „Frankf. Nachrichten" ab Samstag, den 21. d. M. wieder gestattet.

Für die Westmark.

Die Ruhrgefangenen.

An weiteren Spenden für die Ruhrhilfe sind eingegangen: Als Caracas von dem Komitee Deutscher Frauen 260 Dollar, aus Panama als Spende des Herrn Konsul Neumann 300 Dollar, aus Costa Rica als Spende der dortigen Deutschen bisher 800 Dollar, aus Libau weitere 147 500 Mark, 4180 lettl. Rubel und 107 Lat. Aus Rio de Janeiro 2 Millionen Mark, Montevideo 150 Pfund, Las Palmas 3500 Pesetas, Lima 95 Pfund, Altoona (U. S. A.) 600 000 Mark, Christiania 305 Kronen, Prag 2050 Kronen, Basel 720 Franken und 400 000 Mark. Der Bischof Colliander in Nyeloit (Finnland) übersandte 500 Finnenmark.

Auch im Inlande hält die Gebefreudigkeit der Bevölkerung ungeschwächt an. Eine Sammlung der Delitzscher Zeitung ergab 5,8 Mill. Mark, die des Dingolfinger Anzeigers 2 Mill. Mark, die Sammlung der Nachrichten für Grimma 8,6 Mill. Mark. Im Tauentzien-Varieté in Berlin wurden über 2 Mill. Mark gesammelt. Der Bund deutscher Fabriken feuerfester Erzeugnisse Berlin, überwies 15 Mill. Mark. Die Eisenbahnbetriebsgesellschaft Berlin 1 Mill. Mark. Die „Ruhrhilfe Sehma i. Erzgebirge" ergab 1 Mill. Mark. Weiter sammelten die Angestellten der Firma Hirsch, Kupfer- und Messingwerke, Berlin, 1 157 350 Mark. Die Prokuristen und Angestellten der Firma Staudt u. Co., Berlin 644 770 Mark, Firma und Angestellten der Graphica, Berlin, 1 739 190 Mark. Als Ruhrspende vom Kommunalbeamtenverband Neusalz (Oder) gingen 225 063 Mark ein.

Die in Berlin erscheinende tägliche Zeitung „The Daily-Berlin-American" hat erneut eine Summe von 568 000 Mark zu Wohltätigkeitszwecken zur Verfügung gestellt. Die Verteilung geschieht mit Unterstützung des deutschen Roten Kreuzes durch die American Welfare Association und kommt insonderheit für die Kinderfürsorge zur Verwendung. Mit einer schon um die Weihnachtszeit gespendeten Million beläuft sich die hochherzige Spende nun insgesamt auf 1 568 000 Mark.

*

Von dem in Berlin unter Teilnahme zahlreicher hervorragender ausländischer Vertreter abgehaltenen Chirurgenkongreß wurde folgendes Telegramm an das Internationale Rote Kreuz gerichtet: Angesichts der engen Beziehungen, die von jeher zwischen dem Internationalen Roten Kreuz und den Chirurgen aller Länder bestanden haben, hält sich der deutsche Chirurgenkongreß für berechtigt und verpflichtet, an das Internationale Rote Kreuz die Bitte zu richten, es möge das Internationale Rote Kreuz in sinngemäßer Verfolgung seiner menschenfreundlichen Bestrebungen, den Gefangenen, insbesondere aber den Untersuchungsgefangenen im Ruhrgebiet und in den besetzten deutschen Gebieten überhaupt, dieselbe Fürsorge in voller Ausdehnung zuteil werden lassen, wie sie sie stets mit segensreichem Erfolge Kriegsgefangenen zugewandt hat.

Zur Regelung der Fürsorge für die Deutschen, die von den Franzosen und Belgiern in die Gefängnisse des besetzten Gebietes geworfen wurden, und die zum Teil in diesen Gefängnissen besonders schimpflicher und roher Behandlung ausgesetzt sind, hat am Mittwoch im Reichsinnenministerium eine Besprechung stattgefunden. Die Fürsorge bleibt nach wie vor in der Hand des Roten Kreuzes. Ein Vertreter des Roten Kreuzes in Essen hat von General Degoutte die Ermächtigung erhalten, alle in Betracht kommenden Gefängnisse besuchen zu dürfen, um festzustellen, wo und inwieweit Mißstände vorliegen. Die stärksten Klagen kommen aus Mainz und aus Zweibrücken. Am Donnerstag wird über das Ergebnis der verschiedenen Feststellungen dem Reichskanzler Bericht erstattet werden. Für die Verbesserung der Gefangenenbeköstigung sind bereits 200 Millionen Mark bereitgestellt worden und die Bereitstellung weiterer 800 Millionen ist in Aussicht genommen. Das Rote Kreuz wird überall, wo es notwendig ist, Hilfsorganisationen schaffen, an welchen sich besonders die Gewerkschaften beteiligen wollen.

Die bayerischen Haftbefehle.

Verhandlungen in Berlin.

pn. **München**, 18. 4. (Eigenbericht.) Die am Montag in München eingetroffenen Haftbefehle des Staatsgerichtshofes werden nicht ausgeführt, weil man der Ansicht ist, sich keiner Anarchie ausliefern zu dürfen. Der bayerische Justizminister ist deshalb zu Verhandlungen nach Berlin gereist.

Wie wir hierzu erfahren, haben am Mittwoch in Berlin Besprechungen zwischen der Reichsregierung und dem bayerischen Justizminister über gewisse gesetzgeberische Maßregeln bereits stattgefunden. Der bayerische Justizminister ist von Berlin wieder abgereist.

Nur drei Zeilen.

Wie T. U. erfährt, ist der päpstliche Delegat Msgr. Testa, der im Auftrage des Papstes das Ruhrgebiet bereist hat, in Berlin eingetroffen. Testa wird dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler Besuche abstatten, wobei er, wie wohl anzunehmen ist, auch über seine im Ruhrgebiet empfangenen Eindrücke berichten dürfte.

•

Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern und seine Gemahlin Gisela, geb. Erzherzogin von Oesterreich, des Kaisers Franz Joseph älteste Tochter, feiern am 20. April in München die goldene Hochzeit.

•

Legationsrat Ahrens, der während der letzten Jahre dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts zugeteilt war, ist, wie wir hören, zum Gesandtschaftsrat bei der Gesandtschaft in Budapest ernannt worden.

*

Der Geschäftsordnungsausschuß des Bayerischen Landtages genehmigte die Strafverfolgung des sozialdemokratischen Abgeordneten Blumtritt wegen Landesverrates und die Strafverfolgung des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Hiller wegen angeblicher Beihilfe bei Butterschiebungen.

*

Auf Ersuchen der deutschen Behörden fahndet die Polizei in Genua eifrig nach dem des Mordes an Erzberger beschuldigten Kaufmann Schulz.

*

Der Pfarrer von Grünberg i. Sa., der im Nebenberuf als Bergarbeiter in Zwickau tätig ist, wurde durch ein herabstürzendes Gerüst sehr schwer verletzt.

*

In der Zittauer Wohnung des demokratischen Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeisters Dr. Külz hat sich gestern ein Unfall zugetragen. Bei der Reinigung des Arbeitszimmers des Abgeordneten entdeckten die Zimmermädchen ein geladenes Jagdgewehr. Beim Spielen mit der Waffe entlud sich das Gewehr. Das eine der Mädchen wurde getötet.

*

In Lahr ist die dort befindliche Zweigstelle des Reichsministeriums des Innern, Abteilung für Elsaß-Lothringen, aufgelöst worden. Die Angelegenheiten der Zweigstelle werden in Zukunft durch das Reichsministerium des Innern unmittelbar bearbeitet.

Staat und Kirche in Sachsen.

Ein Gutachten der Universität Leipzig.

Dresden, 19. 4. (T. U.) Im Haushaltausschuß A des sächsischen Landtags wurde am Mittwoch die Frage der staatlichen Leistungen an die evangelische Landeskirche besprochen. Im Verlaufe der Debatte gab die Berichterstatterin einen Ueberblick über den Inhalt des sehr umfangreichen und gründlichen Gutachtens der juristischen Fakultät der Universität Leipzig, das zu dem Schluß kommt, daß die in der Reichsverfassung festgelegte Verpflichtung des Staates zur Gewährung der bisherigen Leistungen an die Kirche den veränderten Geldverhältnissen anzupassen ist. Das Gutachten stellt fest, daß auch in Sachsen heute noch zwischen Staat und Kirche eine Interessengemeinschaft besteht.

Die sächsische Politik vor dem Staatsgerichtshof.

'rf. **Leipzig**, 19. 4. (Eigenbericht.) Vor dem Staatsgerichtshof beginnt jetzt der Prozeß gegen den früheren Hauptschriftleiter der deutschnationalen „Leipziger Abendpost", Adolf Lindemann und den Leipziger Rechtsanwalt Cunio. Der Prozeß beansprucht insofern Interesse, als der sächsischen Regierung Buck-Lipinski und insbesondere dem jetzigen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, Verfassungsverletzung und Korruption zum Vorwurf gemacht wurden. In einem Leitartikel der deutschnationalen Zeitung, der aus der Feder des Dr. Cunio stammte, wurde die einseitige Personalpolitik Dr. Zeigners als Justizminister scharf kritisiert und die Bevorzugung der republikanisch und sozialistisch gesinnten Persönlichkeiten bei der Besetzung höherer und mittlerer Beamtenposten angeführt.

Lindemann und Cunio wollen einen umfangreichen Wahrheitsbeweis antreten. Es sind eine ganze Reihe Zeugenladungen beantragt, u. a. soll der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner als Zeuge geladen werden.

Max Hölz vor der Freilassung?

Sd. **Dresden**, 18. 4. (Eigenbericht.) Die sächsische Regierung wird, wie sie durch einen Regierungsbeamten im Landtag mitteilen ließ, versuchen, mit der preußischen Regierung einen Staatsvertrag abzuschließen, um Max Hölz aus dem Gefängnis in Breslau in ein sächsisches Gefängnis überführen zu können. Die Freilassung des Hölz dürfte nach den sächsischen Amnestiegepflogenheiten dann nur noch eine Frage der Zeit sein. Es ist bemerkenswert, daß der frühere Innenminister Lipinski Charakter und Einsicht genug hatte, das gleiche Verlangen der Kommunisten auf das entschiedenste abzulehnen.

Statt Karten!
Nach kurzem schweren Leiden verschied sanft meine liebe Frau
Margarete Evert
geb. Geizel.
Dies zeigt an zugleich für die Hinterbliebenen
Dr. Martin Evert.
Berlin S. 59, 18. April 1923.
Wißmannstr. 1
Beerdigung: Freitag, den 20. April, 3½ Uhr nachm., auf dem [illegible] Kirchhof, Bergmannstraße.

Vermählungen: Rentmeister Carl August Eilers m. Frl. Irene Schulz, Lischow b. Neubukow. — Dr. Heinrich Buß m. Frl. Johanna Helene Guggenheimer, München — Walther Kirchhoff m. Frl. Ehrentraut von Platen, Berlin-Wilmersdorf. — Arnold Freiherr von Eckardstein-Prötzel m. Frl. Helene von Brünneck, Bulkow — Hermann Jensen m. Frl. Käthe-Elisabeth Schwemer, Hannover.

Todesfälle: Kaufmann Hugo Hofacker, Stuttgart. — Dr. phil. Otto Commerell, Stuttgart. — Professor Eduard Doerr, Karlsruhe. — Geheimrat Reinhard Schellenberg, Karlsruhe. — Stadtverordneter Oskar Röder, Berlin. — Optiker Otto Kreßner, Berlin. — Fabrikdirektor Wilhelm Kaufner, Stettin. — Kaufmann Heinrich Gehrke, Mitinh. d. Fa. Jul. Fischer u. Co., Magdeburg. — Kommerzienrat Johann Rosenthal, München. — Fr. Klara von Goeschen geb. Strube, Wolfsvoint (Oberbayern). — Anna Freiin von Diepenbroick-Grueter, Merseburg. — Ida Freifrau Hofer von Lobenstein geb. Freiin von Seckendorff-Eubent, Wildenstein.

Nordseeschule Wangeroog
Höh. Privatschule für Knaben und Mädchen
Erstklassiges Internat Familienerziehung
Bad — Pflege — Erziehung — Musik — Umgang

Detektiv Klante Berlin W 8, Friedrichstr. 63
Vom ehemaligen Geheimdienst des Kaisers

Zahle für
Gold fl. Bruch pro Gramm 18 000 M. | Silber fl. Bruch pro Gramm 500 M. | Platin fl. Bruch pro Gramm 88 000 M. | Zähne pro Stück 6000 M.
Doublé je nach Feingehalt pro Gramm 100 M. und weniger
Metallkontor W. JOHN. Gegr. 1903
Alte Jakobstrasse 138, Ecke Hollmannstrasse.

Marschner
Juwelen-Großhandlung kauft auch von Händler
Brillanten
Perlen, Smaragde, usw. besonders große weiße Steine auch die größten Objekte und ganze Nachlässe.
Unser Angebot ist maßgebend!
VIKTOR MARSCHNER & Co., G. m. b. H.
Juwelen-Großhandlung
Jägerstraße 61 a, neben Café National

Juwelen-Ankauf
Gold-, Silbergegenstände zum höchsten Auslandskurs
Norddeutsches Credit-Haus G. m. b. H.,
Köthener Straße 20, part., Nähe Potsdamer Platz.
Geöffnet von 9–4 Uhr

Kisten in nagelfertigen Teilen in jeder Größe und Stärke ladungsweise u. kurzfristig frei jeder Station liefern
Scheidemann & Rottwilm Minden i. W.

GOLD-ORANGE
Einmal versucht,
Immer bevorzugt
KAHLBAUM

Die Gerhart Hauptmann-Briefe.

Von
Eduard Heilfron.

In einer Autographenversteigerung sollten Briefe Gerhart Hauptmanns versteigert werden. Der Dichter widersprach dieser Verbringung der an seinen Freund Otto Brahm gerichteten Briefe in fremde Hände und erwirkte eine einstweilige Verfügung, durch welche die Versteigerung untersagt wurde. Das Auktionshaus will die Anordnung des Gerichts nicht als berechtigt anerkennen und nach Erledigung des Streitfalles wegen der verhinderten Versteigerung Schadensersatzansprüche geltend machen.

Dies ist der Tatbestand. Er löst verschiedene interessante Fragen des Urheber-, Eigentums- und Prozeßrechts aus. Das Verfügungsrecht über Briefe ist schon sehr häufig Gegenstand gerichtlicher Maßnahmen und Entscheidungen geworden. Der berühmteste Fall neueren Datums ist der Einspruch Wilhelms II. gegen die Aufnahme einiger von ihm und seinen Vorgängern herrührender Schreiben in dem dritten Band der Bismarck-Erinnerungen. Hierbei handelt es sich, ebenso wie bei den Nietzsche-Briefen und anderen berühmten Prozeßfällen, immer um die Frage des Urheberrechts, also darum, ob der Empfänger zu einer Vervielfältigung und Veröffentlichung befugt sei. In dieser Beziehung kann als herrschende Meinung der Satz geformt werden, daß Briefe dann eines Urheberrechts teilhaftig sind, wenn sie durch eigenartigen Gedankeninhalt oder künstlerische Formgebung sich als originale geistige Schöpfungen darstellen.

Im vorliegenden Falle kommt aber ein ganz anderes rechtliches Interesse als das der Frage nach dem Urheberrecht in Betracht: Kann der Empfänger eines Briefes, gleichgültig wie sein Inhalt ist, über dieses Schriftstück wie ein Eigentümer verfügen? Bei oberflächlicher Betrachtung scheint die Frage erledigt durch § 903 BGB.: „Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen". Wenn ich einen Brief absende, dann habe ich die Absicht, mich des Eigentums an der stofflichen Unterlage zu entäußern. Mit dem Augenblick, wo er in den Besitz des Empfängers kommt, geht das Eigentum daran auf diesen über. Denn damit ist die Uebergabe vollzogen, und da der Empfänger bei Entgegennahme des Briefes grundsätzlich den Willen hat, ihn zum Eigentum zu erwerben, sind die beiden Voraussetzungen des Eigentumsüberganges an beweglichen Sachen (BGB. § 929), nämlich dingliche Einigung und Besitzerlangung, erfüllt.

Die Frage, wem das Eigentum an den abgesandten, aber noch nicht angelangten Briefen zusteht, hat übrigens in jüngster Zeit zu einer interessanten Erörterung geführt. Die Post läßt Briefe und Postkarten mit Reklamezeichen, z. B. Hinweisen auf Messen und ähnliches, versehen. Hiergegen ist Widerspruch erhoben, und ein Recht hierzu dürfte der Post in der Tat nicht zustehen. Die Sache ist, soviel bekannt, noch nicht zum gerichtlichen Austrag gekommen; man könnte sich aber sehr wohl denken, daß, wenn durch einen ungeschickten Ueberdruck die Adresse verdeckt und dadurch die Bestellung des Briefes verzögert oder unmöglich gemacht wird, die Post schadensersatzpflichtig werden könnte. Es würde sich dann fragen, wer diesen Ersatzanspruch geltend zu machen hat, und dies führt wieder auf die Frage zurück, mit welchem Augenblick das Eigentum an dem Briefe von dem Absender auf den Empfänger übergeht. Die Antwort darauf gibt der oben erwähnte § 929 BGB. und § 33 der Postordnung, der, in Anerkennung des Satzes, daß erst mit der Aushändigung das Eigentum an der Postsendung auf den Empfänger übergeht, dem Absender bis zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit der Zurücknahme gewährt.

Ist also ein Brief bei dem Empfänger einmal eingetroffen, so ist dieser der Eigentümer des Briefes geworden, und er kann nun nach Belieben darüber verfügen. Dabei ist jedoch der Zwischensatz des oben wiedergegebenen § 903 BGB.: „soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen" wohl zu beachten. Es gibt Uebereignungen, bei denen ausdrücklich oder stillschweigend die Weitergabe ausgeschlossen erscheint, z. B. bei Büchern, die mit einer persönlichen Widmung versehen sind, oder bei Rezensionsexemplaren, bei denen die Absicht des Schenkers, daß sie nicht in den Handel gebracht werden sollen, zu unterstellen ist.

Die gleiche Beschränkung der Verfügungsbefugnis wird man bei Briefen annehmen können; vielleicht sogar in noch höherem Maße. Diese Fragen sind zu entscheiden auf der Grundlage des sog. Persönlichkeitsrechts, das eine erst in der Entwicklung befindliche Rechtsfigur darstellt, die aber gerade in der neuesten Zeit immer sichtbarere und schärfer umrissene Formen angenommen hat. Auch wo ein urheberrechtliches Verbietungsrecht nicht besteht, wird nach einer sich immer stärker geltend machenden Rechtsauffassung die Preisgabe von Tatsachen der Lebenssphäre eines Menschen an die Oeffentlichkeit für unzulässig erklärt.

Diese Frage ist jüngst wieder viel erörtert worden gelegentlich des Emil Ludwigschen Stückes „Die Entlassung". Hier haben gewichtige Stimmen sich dafür eingesetzt, daß Personen, selbst wenn sie der Weltgeschichte angehören, es sich verbitten können, daß sie und die sie betreffenden Geschehnisse zum Gegenstand öffentlicher Darstellung gemacht werden. In dieses Rechtsgebiet fällt auch das nach langem Kampfe erworbene Recht am eigenen Bilde, und die Entwicklung geht in der gleichen Richtung unbedingt weiter. Vom Standpunkt des Persönlichkeitsrechts aus kann man also sehr wohl eine rechtliche Grundlage finden, die es nicht nur einem Dichter oder Künstler, sondern jedermann ermöglicht, gegen die Weitergabe des einem bestimmten Persönlichkeit zugeleiteten Schreibens zu protestieren.

Damit würde allerdings den Autographensammlern eine gewisse Schwierigkeit bereitet werden. Diese Erwägung darf aber eine Entwicklung nicht hemmen, die den bisher vielfach vermißten Schutz des Privatlebens verstärkt. Natürlich wird man, wie das Reichsgericht auch bei der urheberrechtlichen Beurteilung von Briefen anerkannt hat, jeden einzelnen Fall ins Auge fassen müssen und wird nicht bei jedem Zettel oder formalen Glückwunschbrief einer berühmten Persönlichkeit ihr oder ihren Erben das Recht zusprechen, den Empfänger an der gewerblichen Verwertung des Schriftstückes zu hindern. Anders natürlich, wenn es sich, was man bei den intimen Beziehungen zwischen Gerhart Hauptmann und Otto Brahm unterstellen kann, um stark persönliche Mitteilungen und Betrachtungen eines Mannes handelt, der mit dem Schreiben dem Empfänger einen Teil seiner Persönlichkeit hingibt.

Interessant sind auch die prozessualen Folgen des von Gerhart Hauptmann erwirkten Versteigerungsverbots. Sollten die Gerichte sich unter Berücksichtigung des Inhalts der in Betracht kommenden Briefe nicht zur Anerkennung eines Gerhart Hauptmann auch nach der Absendung verbliebenen Persönlichkeitsrechts durchringen, dann würde der Dichter allerdings ersatzpflichtig werden können. Denn nach § 945 Z.P.O. ist die Partei, welche eine einstweilige Verfügung erwirkt hat, verpflichtet, dem Gegner den aus der Vollziehung erwachsenen Schaden zu ersetzen, falls sich die einstweilige Verfügung als ungerechtfertigt erweist. Es wird aber der Auktionsfirma vermutlich nicht leicht sein, zu erweisen, daß bei einer etwaigen späteren Versteigerung geringere Preise erzielt wurden als bei der durch Gerhart Hauptmann verhinderten, und so wird der verehrte Dichter sich, ohne durch die Besorgnisse eines künftigen Ersatzprozesses belastet zu sein, weiter seiner das deutsche Volk erhebenden schöpferischen Tätigkeit hingeben dürfen.

Ein Dramatikerpreis. Frau Else Conn-Reinert, Neapel, hat dem Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten e. V. 700 Lire für einen Dramatikerpreis gestiftet. Preisrichter sind: Dr. Ludwig Fulda, Dr. Lothar Schmidt, Dr. Walter Friedemann und Herr Richard Wilde. Teilnahmeberechtigt sind sämtliche Mitglieder des Verbandes Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten. Einsendungen sind zu richten an Herrn Richard Wilde, Berlin W. 50, Geisbergstraße 23. Zugelassen sind nur Maschinenexemplare, die mit Kennwort versehen sein müssen. Adresse im geschlossenen Kuvert mit Kennwort. Schlußtermin: 1. Juli 1923, mittags 12 Uhr. Rücksendung der Manuskripte erfolgt nur gegen Zahlung des dann geltenden Portos.

Was Bilder kosten. Der Wirtschaftliche Verband bildender Künstler Deutschlands hat entsprechend der Steigerung des Reichsindex für März auf 2854, die Mindestsätze für künstlerische Arbeiten auf das 95fache der nach der vorjährigen Indexziffer des März aufgestellten Gebührensätze erhöht. Danach kostet als Normalmindestpreis ein Bildnis als Brustbild in Größe 54 mal 65 522 500 Mark, ein Bildnis in Größe 130 mal 95 855 000 Mark. Eine Landschaft in Größe 50 mal 65 stellt sich auf 380 000 Mark, in Größe 73 mal 100 auf 645 000 Mark. Bei einer lebensgroßen Bildnisbüste Kopf mit Hals, soll der Bildhauer als Mindesthonorar für die künstlerische Arbeit bis zum Gipsmodell 950 000 Mark verlangen, bei Ausführung in Bronze 1 710 000 Mark, ebensoviel bei Ausführung in Holz. Für Werke der zeichnenden Kunst, z. B. für Radierungen, ist als niedrigster Preis 10 Prozent der Gesamtsumme aller Auflagegruppen festgesetzt. Diese Honorare, so stattlich sie in Papiermark klingen, betragen in den meisten Fällen noch nicht das Tausendfache der Friedenspreise. Damit ist verständlich, wenn Künstler von Ruf und Bedeutung heute diese Mindestpreise zum Teil stark überschreiten.

Der diesjährige Bibliothekartag findet am 24. und 25. Mai in Regensburg in den Räumen der Thurn und Taxisschen Hofbibliothek statt, über deren Geschichte Oberarchivrat Freytag sprechen wird. Das Hauptthema der Tagung des Vereins Deutscher Bibliothekare ist eine Aussprache zur Lage der deutschen Bibliotheken in der Gegenwart.

Fritz Holl
wurde als Nachfolger Friedrich Kayßlers zum Direktor der Berliner Volksbühne berufen. Er war bisher Oberspielleiter des Schauspiels am württembergischen Landestheater in Stuttgart.

Walter Kirchhoff, der bekannte Berliner Kammersänger, hat sich mit Frau Ehrentraut von Platen vermählt.

Das Residenztheater beendet seine diesjährige Winterspielzeit Freitag, den 20. April. Sonnabend, den 21. April beginnt die Sommerspielzeit unter Leitung Direktor Robert Pirks vom Kleinen Theater in Leipzig mit der Erstaufführung des Schauspiels „Die Entlassung" von Emil Ludwig in der Inszenierung von Robert Pirk, der „Die Entlassung" im Kleinen Theater in Leipzig zur Uraufführung gebracht hat. Die beiden Hauptrollen, Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bismarck werden bei der Berliner Erstaufführung im Residenztheater wie bei der Uraufführung in Leipzig von Dietrich von Oppen und Robert Müller vom Staatstheater in Dresden dargestellt.

Im Thalia-Theater wird am 27. d. M. der Operettenschwank „Die Rote Katze" uraufgeführt. In den Hauptrollen: Dora Hrach, Siegfried Arno, Hermann Böttcher, Charlie Brock.

Die letzte Liebe.

Von
Emma Vockeradt.

So war es einmal in verschollenen Zeiten: Wenn der Held gefallen war, erhoben sich die Barden und sangen seines Lebens und seiner Taten Ruhm, den hinterbliebenen Zeitgenossen zu Nutz und Frommen, zur Nacheiferung und Begeisterung.

Heute, wenn ein Held fällt, sagen wir einmal ein Dichter etwa stirbt, so erhebt sich die jeweilig Letzte der Damen seines Herzens und singt — ja — singt sie den Ruhm des Helden? Singt sie nicht vielleicht ein kleines Wenig den eigenen Ruhm? Man erinnert sich an Ibsens „Maisonne eines Septemberlebens". So hat auch jetzt Strindberg die Bardin seiner Altersjahre gefunden, vielmehr sie hat uns gefunden und erzählt uns von der letzten Liebe dieses unserer Zeit so nahe- und doch fast schon wieder fernstehenden Dichters.

„Strindberg im blauen Turm" heißt das Büchlein von Fanny Falkner, herausgegeben bei Georg Müller, München. Hat man einmal die leise Komik, die in der Situation liegt, überwunden, so liest man das übrigens einfach und schlicht geschriebene Buch mit großem Interesse. Nicht, daß allzuviel neue Züge zum Bilde des Dichters hinzugetragen würden. Ich glaube, sein Bild, in all seinen Dramen fast allzu deutlich gespiegelt, steht in uns allen fest umrissen da.

Wenn wir aus dem „Totentanz", der „Gespenstersonate" oder dem „Nach Damaskus" kommen, so schütteln wir uns ein wenig und denken: mit dem Menschen Strindberg muß nicht leicht zu leben gewesen sein. Es gibt Leute, die behaupten, es sei dieses mit allen Dichtern der Fall; Ibsen selbst verwendet in einem seiner Stücke das Wort „Dichter" als Schimpfwort.

Dessenungeachtet muß der Fall August Strindberg doch besonders schwierig gelegen haben. Und wir erfahren auch aus dem Falknerschen Buch, wie er gleich einem Alp aus seinen Stücken auf der Familie, in deren Hause er sein Domizil aufgeschlagen hatte lastete. Die Verbindung der beiden übereinanderliegenden Etagen war durch ein Telephon hergestellt; neben dem Apparat in der Falknerschen Wohnung war ein Anschlag angebracht, teils mit Regeln für Signale, teils, was sehr charakteristisch ist, mit den Namen der jeweilig in Ungnade Befindlichen, welche nicht empfangen wurden.

Durch das Telephon werden auch die Mahlzeiten hinabbestellt. Auf das Tablett, auf dem man ihm diese schickte, legte der Dichter kleine, mehr aber auch erheblich minder liebenswürdig geschriebene Zettel, auf denen er von Götterspeise, aber auch von Schweinefraß sprach. Die Größe der Buchstaben sowie die Farbe der Tinte richtete sich nach der Stärke des Zornes. Rote Tinte deutete auf Rasen.

Das Mißtrauen Strindbergs war außerordentlich groß; Silber, das beim Geputztwerden, Wäschestücke, die bei der Waschfrau waren, erregten Diebstahlsverdächte.

Aber im allgemeinen muß er sich doch unter der Falknerschen Betreuung recht wohl gefühlt haben. Der jungen Fanny erteilt er Rat und Führung in ihrer Schauspielerinnenlaufbahn sowie später bei ihren malerischen Arbeiten; ihren kleinen Schwestern erfüllt er wie ein „Zauberer" spontan geäußerte Wünsche nach Farbkasten und Puppen und schickt sie auf seine Kosten auf das Land. Ueberhaupt sind es die gütigen Züge dieser zwiespältigen Natur, die uns in dem Buche am meisten anziehen, wie seine Freigebigkeit gegen Arme, die freilich zuweilen infolge seiner Vergeßlichkeit die Familie Falkner und deren dienstbaren Geist in ungerechten Verdacht brachte. Von einer rührenden Komik ist auch der dicke Strick, den Strindberg für den Fall eines Feuers kaufte, um ihn aufgerollt auf seinem Balkon aufzubewahren, und den er im Falle der Not auf den darüberliegenden Balkon der Falkners zu schleudern gedachte, ein Experiment, das an Zweckmäßigkeit wohl nicht gerade außerordentlich gewesen wäre.

Langsam wächst dann Strindbergs Liebe zu Fanny, seinem „Ostermädchen" auf, wie er sie nach der Eleonore in seinem Stück „Ostern" nannte. Er kämpft dagegen, erklärt sich dann doch, sie sagt, überrascht, ja. Er ist glücklich, blüht auf, indessen sie im geheimen leidet und weiß, daß es nicht gehen wird. Wie hätte es auch gehen sollen, sie so jung und er 60jährig. Dazu wagte sie, die Unglückselige, in seiner Gegenwart nicht einmal etwas anderes zu genießen als Wein oder Früchte, da sie wußte, daß Strindberg ein junges Weib nicht essen sehen mochte.

Er erschreckt das junge Mädchen damit, daß er sagt, sie solle sich vorbereiten, es werde sein, als gehe sie ins Kloster, wenn sie ihn heirate. Sie wagt es nicht Du zu ihm zu sagen, was er scheinbar nicht merkt, bis er eines Tages, halb im Scherz, zu der Frage kommt, ob es ihr vielleicht lieber sei, daß er sie adoptiere. Ihre rasche Zustimmung erweckt den Dichter aus seinem Traume, aus dem er so oder so einmal aufwachen mußte.

Die Falkners ziehen dann fort aus dem blauen Turm, in dem Strindberg zurückbleibt. Aber die freundlichen Beziehungen, ein wenig abendlich verwehend, bleiben bis zu des Dichters Tode.

Bilder Strindbergs sowie seiner jungen Verlobten, die seine Frau zu werden den Mut nicht besaß, bereichern den kleinen durch Emil Schering übersetzten Band.

Deutsche Bücherpreise in Oesterreich. Wie uns aus Wien gedrahtet wird, sollen die deutschen Verleger beabsichtigen, vom 20. April ab nach Oesterreich nur mehr zu den gleichen Preisen Bücher zu liefern wie in die valutastarken Länder, weil angeblich deutsche Bücher über Oesterreich in das Ausland verschoben worden seien. In der Oeffentlichkeit und in Buchhändlerkreisen herrscht darüber Erbitterung. Von vielen Seiten wird die Wiener Regierung aufgefordert, einzugreifen, um zu verhüten, daß der geistige Zusammenhang mit Deutschland völlig unterbunden wird.

Im Renaissance-Theater geht in der nächsten Woche zu Hermann Bahrs sechzigstem Geburtstage das Lustspiel „Das Konzert" in Szene. Es finden nur wenige Vorstellungen statt, in denen sich Emanuel Reicher in der Rolle des Professor Heink vor Antritt seiner Gastspielreise von Berlin verabschieden wird.

Vortragsabend. Hannah Buttkus und Rudolf Jobo bringen in ihrem zweiten Vortragsabend am 24. April im Meistersaal Satiren von Walter Dietiker, Carl Spitteler, Rabindranath Tagore und Gustav Meyrink zum Vortrag.

Die Schuld am Kriege in neuer Beleuchtung.

Von
Geheimen Regierungsrat
Prof. Dr. phil. et Dr. rer. pol. h. c.
F. Stuhlmann,
Direktor des Hamburgischen Weltwirtschafts-Archivs.

Der von der Entente trotz eines angeblichen Friedensschlusses mit grausamer Wut fortgesetzte Krieg gegen Deutschland wird heute hartnäckiger denn je der Welt gegenüber mit der angeblichen deutschen „Schuld am Kriege“ zu rechtfertigen gesucht. Leider haben selbst weite Kreise unserer eigenen Volksgenossen durch die feindliche Propaganda sich den Blick für die Wahrheit so trüben lassen, daß sie nicht zu erkennen vermögen, daß der Krieg von unseren Feinden, besonders von England, mindestens über ein Jahrzehnt lang mit Berechnung vorbereitet wurde. Zur rechten Zeit erschien aus der Feder des Sinologen der Hamburgischen Universität, Professor Dr. Otto Franke, ein Werk*), das, von einem neuen Standpunkt aus die weltpolitischen Ereignisse der beiden letzten Jahrzehnte vor Ausbruch des Krieges betrachtend, mit zwingender Logik darstellt, wie der Ring um Deutschland geschlossen wurde, bis es ihn nicht mehr sprengen konnte. Das Buch Frankes, das geeignet ist, in der ganzen Kulturwelt das größte Aufsehen zu erregen, enthält schwere Vorwürfe gegen die deutsche Diplomatie, aber nicht in dem Sinne, daß der Krieg von Deutschland verschuldet wurde: Der furchtbare Vorwurf, den Franke erhebt, ist der, daß unsere Diplomatie den Ring nicht rechtzeitig gesprengt hat, obwohl sich ihr mehrfach Gelegenheit dazu bot.

Der Inhalt des hochbedeutsamen Werkes läßt sich mit kurzen Worten etwa wie folgt wiedergeben:

Ostasien bildet während der beiden Jahrzehnte vor dem Kriege ein Kernstück in der weltpolitischen Entwicklung. Nirgends treten die gegensätzlichen Interessen und Bestrebungen der Großmächte schärfer zu Tage als hier, und hier vor allem werden die Umstellungen an den Zentralstellen des Abendlandes fühlbar. Erst mit dem Jahre 1894, wo die ostasiatischen Staaten aus ihrer Passivität heraustreten, nimmt die eigentliche Weltpolitik ihren Anfang, denn jetzt erst entsteht ein wirkliches Weltstaatensystem. Auch Deutschland wird durch die Ereignisse von 1895, die zu dem Einspruch von Schimonoseki führen, in die Strömungen der Weltpolitik hineingezogen, indem es sich mit Rußland und Frankreich an dem Einspruch beteiligt. Dieser folgenschwere Schritt der deutschen politischen Leitung hat nachträglich allgemeine Verurteilung erfahren, aber die Kritik geht dabei fast immer von falschen Voraussetzungen und unzureichender Kenntnis der Tatsachen aus. Auch wenn man zugeben will, daß der Gedanke eines Einspruches gegen die japanischen Großmachtbestrebungen an sich verfehlt war, so konnte, wie die Dinge im April 1895 lagen, ein Beiseitestehen Deutschlands nicht mehr in Frage kommen, nachdem es hauptsächlich auf Betreiben Englands sich dem geplanten gemeineuropäischen Schritte angeschlossen hatte. In letzter Stunde erst versagte sich England der gemeinsamen Sache, um während der folgenden Zeit diese Absonderung auf das lebhafteste zu bedauern. Von einem Haß oder einer „Feindschaft“ der Japaner gegen Deutschland ist vor 1902 kaum die Rede gewesen. Das beweisen sowohl die Aeußerungen japanischer Staatsmänner, wie vor allem der Wunsch der japanischen Regierung, das Bündnis mit England 1902 auch auf Deutschland auszudehnen. An einflußreichen Stellen in Japan wurde der Beitritt Deutschlands sogar zur Vorbedingung gemacht. Fürst Ito hätte statt des Bündnisses mit England einer Verständigung mit Rußland und Deutschland den Vorzug gegeben.

Leider hat aber dieser Gedanke eines Blocks von Mitteleuropa bis zu den Inseln des Stillen Ozeans als Gegengewicht gegen die Weltherrschaft des Angelsachsentums weder in Rußland noch in Deutschland Verständnis gefunden. Auch die spätere Möglichkeit, die sich im Jahre 1911/12 dafür bot, hat man ungenutzt gelassen. Englische Propaganda erst hat in Japan später die Entfremdung Deutschlands bewirkt und den Deutschen die Legende von dem japanischen Haß aufgeredet. Nach dem Scheitern der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen, das seine letzte Ursache in dem tragischen Verhängnis der geographischen Lage Deutschlands und der Unvereinbarkeit deutscher Lebensnotwendigkeiten mit englischen Weltherrschaftsansprüchen hat, beginnt die von England großartig angelegte und meisterhaft durchgeführte Einkreisungspolitik gegen den deutschen Handelsrivalen, deren Gefährlichkeit in Deutschland niemals richtig gewürdigt worden ist.

Die Ergebnisse der Tibet-Expedition von 1904 haben zum großen Teil Rußland geopfert werden müssen, außerdem aber gehen Rußland und Japan, durch die amerikanischen Ansprüche in China einander näher gebracht, im Fernen Osten ihre eigenen Wege, ohne auf englische Interessen Rücksicht zu nehmen. Da England seine Augen ausschließlich auf das große Verbandsziel in Europa gerichtet hält, können Rußland und Japan in engem Einvernehmen miteinander in Ostasien ungehindert schalten. Japan herrscht uneingeschränkt in der Mandschurei, annektiert Korea und unterbindet alle englischen und amerikanischen industriellen und Eisenbahnpläne in seiner Sphäre. Rußland reißt die Mongolei von China los und bereitet dort seine Schutzherrschaft vor, wobei die englisch-amerikanische Handelskonkurrenz noch gewaltsamer unterdrückt wird als von Japan in der Mandschurei. Aber England schweigt trotz alles Murrens seiner Kaufleute, und selbst als der Dalai Lama nach Indien flüchtet und englischen Schutz erbittet, muß es die Gelegenheit ungenutzt lassen, weil ihm die Hände in Tibet durch Rußland gebunden sind. Das rücksichtslose Vorgehen Rußlands in Persien 1911/12 bringt die Geduld Englands dem Reißen nahe, der Ring droht zu zerspringen, aber es gelingt Grey, die Krisis zu überwinden, die immer gefürchtete Verständigung Deutschlands mit Rußland und Japan tritt nicht ein.

Die Art, wie England Jahre hindurch in allen überseeischen Gebieten den Krieg vorbereitet hat, zeigt sich am deutlichsten in Ostasien. Hier war aber auch die gefährlichste Stelle in dem Netz von Bündnissen und Abmachungen, das Deutschland umgarnte, und hier hätte eine geschickte deutsche Gegenpolitik einsetzen und das Netz zerreißen müssen. Statt dessen hat die politische Leitung Deutschlands, ob aus Sorglosigkeit oder Fatalismus, ist schwer zu sagen, in ihrer Passivität verharrt und die Dinge treiben lassen. Die Vernichtung der deutschen Weltstellung war das von England gewollte Ergebnis.

*) Die Großmächte in Ostasien von 1894 bis 1914. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Krieges. Hamburgische Forschungen Heft 10. Verlag Georg Westermann, Braunschweig. 408 S.

Die Madonna von Stuppach.

Von
Albert Lorenz.

Zeitungsmeldungen zufolge besteht die Gefahr, daß Grünewalds Madonnenbild in Stuppach ins Ausland verkauft wird. Hier die Schilderung der Wallfahrt eines Grünewaldverehrers nach Stuppach.

Unweit von Mergentheim — dem Städtlein mit den Mörike-Erinnerungen und dem wuchtigen Deutschmeisterschloß — liegt im Schwabenlande das Dörfchen Stuppach. Es wird viele Deutsche geben, die es nicht kennen und die nicht wissen, daß dieses traumversunkene Oertchen in seiner Kirche ein Kleinod ersten Ranges birgt: Die Madonna Matthias Grünewalds. Ursprünglich Hauptstück eines Flügelaltars in der Maria Schnee-Kapelle der Aschaffenburger Stiftskirche, um 1517 oder 19 entstanden, wurde das Bild im Jahre 1809 vom damaligen Pfarrer von Stuppach in Mergentheim erworben und blieb für die Mitwelt ungewertet, bis es 1907 vom Maler W. Ettle erkannt und von Konrad Lange, dem bekannten Kunsthistoriker, als echter Grünewald bestätigt wurde. Denn es ist ja bezeichnend für die Mythos-Größe Grünewalds, daß sein Werk jahrhundertelang versinken konnte, ja daß seine Persönlichkeit und seine Schicksale noch heute dunkel sind und voraussichtlich auch bleiben werden, wenn auch durch die eindringlichen Forschungen von H. A. Schmid, F. Bock, H. Braune und Oskar Hagen sowie nicht zum mindesten durch die hellsichtige Frömmigkeit des Dichters Huysmans seine erhaltenen Schöpfungen immer mehr in klarer und reiner Größe auferstehen. Unserer Generation erscheint er geradezu als Offenbarung und Ziel, weil er das hat, was sie sucht: die gigantische Zusammenbiegung der Gegenpole Vision und Gestaltung.

Aber nicht von seinem Meisterwerk, dem Isenheimer Altar, soll hier die Rede sein, sondern von der Stuppacher Gottesmutter. Es war der lichtvollste Tag des vergangenen Jahres, an dem ich in segenschwerem Herbste von Mergentheim nach Stuppach wanderte. Mein Weg war mehr als der Gang eines Aestheten oder Kunsthistorikers, der durch die Anschauung seine Kenntnisse bereichern will: mein Weg war Sehnsucht, und im tiefsten Sinne Wallfahrt.

Gleich Bethlehem liegt Stuppach gelagert an lieblich-grünen Hängen, von fruchtreichen Feldern und Gärten umkränzt, gleich Bethlehem ist es Wohnung der Mutter Gottes mit dem heiligen Kindlein im Schoß. Von einem Hügel über den Hütten grüßt das Kirchlein herab, einfach, edel, wie eine Geburt der naiven deutschen Landschaft. Und das Ersehnte wird Ereignis: ich stehe vor dem Altarbilde.

Was sehe ich?

Maria in festlicher Gewandung auf einer Steinbank in einem Garten, das Kindlein im Schoß, es mit der Rechten zart umfangend und mit der Linken seinen zierlichen Händchen einen Apfel reichend. Sie empfängt den Heiligenschein von der Schwingung eines Regenbogens, aber auch darüber flutet noch aus goldstrahlender Wolke von Gott-Vater und seiner Engel Heer lichter Glanz auf sie und das himmlische Kind hernieder. Ein dunkles Münster bildet rechts, ein Städtchen, eine Landschaft mit Bergen füllen links den Hintergrund.

Das Wunder dieser Schönheit ist unsagbar. — dieses lebendige Licht, aus Gottes Fülle herabströmend auf die Gruppe, dieses jenseitig schöne Weib, das Frau und Göttin in einem ist, mit der Vornehmheit und Hoheit, Majestät und Lieblichkeit einer Königin umkleidet, und doch eigentlich nur aus der Schönheit ihres Herzens erblühend! Eine unausdenkbare Reinheit wohnt auf der weißen Stirn, überfließt das sehnsüchtig-schmale Oval des Antlitzes, gleitet herab über den liebeschweren und doch keuschen Mund, nieder auf Hals und Hände. Das göttliche Herzenslicht fließt über die seidig-blonden Wellen des Haares, und ihr Wundergewirk wieder fließt über den satthimmelblauen Prunkmantel, der goldgelb eingefaßt und purpurviolett gefüttert ist. Und er selbst wallt wieder nieder auf die Wärme des karminroten Brokatrockes, dessen Schwere wellengleich sich weitet. Das weichste Licht aber entströmt dem Körper des Kindleins und seinem sonnigen Haar, und wie ein Liebeshauch des Herzens weht ein durchsichtiger Schleier von Marias rechter Hand her über ihre erhabene Gewandung hin.

Mit der Wucht der deutlich erkennbaren heiligen Dreiecksform ruht die Gottesmutter in der unwirklichen, mystisch umschauerten Landschaft. Denn diese umfaßt Natur und Kirche, Abend- und Morgenland, Himmel und Erde, Realistik und Symbolik, Wirklichkeit und Idee, Lilie und Rose, Granatapfel und Feigenbaum, Dom, Garten und Gebirge, der geöffnete Himmel und der Regenbogen, alles ist Lobgesang und Jauchzen: Gegrüßt seist Du, o Himmelskönigin! Es singt das zarte Bäumchen neben der Jungfrau, es singen die reinen Lilien von ihres Herzens Reine. — Immer wieder aber muß der Blick des andächtigen Betrachters von allem Beiwerk zurück zu ihr, der Königin des Himmels, für die die Erde kein zulängliches Bild hat.

Ein Wunder für sich sind die Hände. Diese klingenden, zarten Gebilde bei Mutter und Kind. Und in den beiden Gesichtern ist alles Ekstase; im Kinde Ekstase des Spiels in Naivität, Reinheit, Tanz in Gottes Licht. — bei Maria Ekstase des Schauens. Sie weiß nichts von sich, sie ist vom Wesen des Unfaßbaren, des Gottgeistes, so schwer und groß und weit erfüllt, daß sie in kontemplativer Entrücktheit fast erstarrt zu sein scheint.

Je länger man hinschaut, desto lebendiger läßt auch das Wunder der Komposition seine Elemente werden. Der Ernst des Dreiecks wird überall gelöst durch heitere S-förmige Linienführung; zwei Lichtdiagonalen teilen das Bild; sieben Lichtlinien gehen wie Strahlen von der zentralen Quelle der beiden Köpfe nach allen Richtungen; Hinter- und Vordergrund, Licht und Schatten, Bewegung und Ruhe schließen sich zur Einheit zusammen.

Das größte Wunder aber offenbart sich in dem leuchtenden Feuer, in dem Rausch und der dunkelnden Harmonie der Farbenakkorde. Es klingen in eins Purpurblau, Goldbraun und Violett in Mantel und Rock, oder Blau, Goldgelb und Grün in Mantel, Haar und Baum, oder Weiß, Rosa, Grün in den Blumen rechts neben Maria, oder Rot, Goldgelb und Zartblau in der Himmelsglorie Gott-Vaters. — Immer Neues enthüllt sich: man kann es nicht zu Ende schauen.

Man kann auch das Letzte und Verborgenste von diesem Bilde nicht sagen, man möchte es nicht einmal. Man steht und trinkt die Schönheit in sich — und zuletzt ist es Schmerz, von dem Wunder Abschied nehmen zu müssen. Aber in mir leben Wille und Hoffnung des Wiedersehens. Denn ich weiß, man wird von diesem Bilde noch einmal sprechen wie von der Sixtinischen Madonna, und doch wird man es anders tun. Das wird sein, wenn der deutsche Geist, dieser werdende, gotische, seine Form gefunden hat; ist doch in Grünewald das Problem malerisch gelöst. Dann wird — da Kolmar uns entrissen ist — Stuppach einer der Wallfahrtsorte für viele der neuen Deutschen werden.

Hungerblockade und Körpermaße.

Eine betrübende Statistik.

Daß die furchtbaren Zeiten der Hungerblockade während des Krieges für unser Volk wiederzukehren beginnen, ist eine Tatsache, auf die weitsichtige Aerzte immer nachdrücklicher aufmerksam machen. Einen Beweis für diese traurige Erscheinung bilden die in großem Umfange und mit höchster Genauigkeit durchgeführten Messungen des Arztes der Gothaer Lebensversicherungsbank, Dr. Franz Fischer, über die er in der „Klinischen Wochenschrift“ Näheres mitteilt.

Dr. Fischer hat die an den Versicherten der Gothaer Lebensversicherungsbank gewonnenen Maß- und Gewichtszahlen auf ihre Bedeutung für die Volksernährung hin untersucht und zwei Versuchsreihen aufgestellt. In der ersten wurden solche Personen zusammengefaßt, die bis zu Anfang des Jahres 1922 mehrere Anträge vor, in und nach dem Kriege gestellt hatten, also wiederholt gemessen worden waren. In der zweiten Reihe wurde von zwei Vorkriegsjahrgängen und den Jahrgängen seit 1915 je eine gleichgroße Gruppe von Neuversicherten herausgegriffen und die Maße, getrennt nach Altersklassen, miteinander verglichen. Die durchschnittlichen Gewichte, Brust- und Bauchmaße stehen mit dem Alter in einem bestimmten, gesetzmäßigen Zusammenhang, und es lassen sich daraus sichere Schlüsse auf die Ernährung der Betreffenden ziehen. Es zeigte sich, daß die Maße und Gewichte von 1915 an langsam sinken und allmählich immer stärker herabgehen bis zu dem Höhepunkt von 1918. Von da beginnt bis zum Anfang 1922, bis wohin die Untersuchung nur reicht, ein allmähliches Aufsteigen. Jedoch ist zu Beginn des vierten „Friedens“jahres 1922 noch nicht der Stand des Jahres 1915 erreicht. Diese Abwärtsbewegung bis 1918, die Erholung bis 1921 wird dann für das Jahr 1922 von einem neuerlichen Abfall gefolgt.

Die Brust- und Bauchzahlen bewegen sich in derselben Richtung wie die Gewichtszahlen. Dabei ist es interessant, daß von 1917 ab der Rückgang der Bauchmaße stärker ist als der der Brustmaße. 1919, das nach langer, fast fettloser Zeit zum ersten Mal wieder Auslandsfett brachte, zeigt sofort eine mäßige Besserung. Von 1919—21 bleibt der Brustumfang derselbe. Die Brust, die am Anfang ihr Fett verloren hat, ist nunmehr durch Knochen und Muskulatur in ihrer Form fixiert und hält ihr Maß ziemlich fest. Die Reaktionen erfolgen überhaupt an der Brust viel langsamer als am Bauch. Das zeigt sich in den besseren Jahren 1921, wo der Bauch sich seiner früheren volleren Form wieder nähert, während die Brust noch auf ihrem tiefen Stande verharrt. Der Ernährungsrückgang 1922 erfaßt Brust sowohl als Bauch und bringt sie auf das Niveau von 1918 zurück.

Bei den hohen Minuswerten, die sich hier für die Ernährung ergeben, ist zu berücksichtigen, daß die gemessenen Personen, die in die Lebensversicherung aufgenommen wurden, ein ausgesucht gutes Material darstellen, denn Kinder und Greise, die von der Aufnahme ausgeschlossen sind, werden überhaupt nicht mitgezählt und die Versicherungssuchenden gehören im allgemeinen zu Kreisen, deren Leben geordnet ist und denen es verhältnismäßig gut geht. Der Rückgang der Ernährung, der hier statistisch festgestellt ist, muß in der Folgezeit die schwersten Einwirkungen auf die Gesundheit haben, namentlich die Tuberkulose fördern, da besonders das Wachstum der Brust gefährdet ist. „Die Zukunftsaussichten des deutschen Volkes und der deutschen Rasse“, schließt Fischer, „sind auch vom gesundheitlichen Standpunkte aus sehr ernst.“

Der Regenschirm.

Von
Curt Seibert.

An einer Straßenkreuzung, die sich durch nichts von einer ganz gewöhnlichen Straßenkreuzung unterscheidet, erscheint plötzlich eine Frau mit einem Regenschirm.

Das wäre an sich nichts Sonderbares, wenn die Frau den Regenschirm in der Hand oder unter dem Arm oder als Stütze für ihre altersschwachen Beine tragen würde.

Aber sie hat ihn aufgespannt und trägt ihn über dem Kopf.

Das wäre an sich nichts Sonderbares, wenn es regnete.

Aber es regnet nicht. Es regnet nicht im geringsten.

Man ist erstaunt. Leute rotten sich zusammen und sehen ihr nach. Sie sprechen über sie, denn eine Frau, die einen Regenschirm über dem Kopf trägt, wenn es nicht regnet, ist ein außergewöhnlich interessanter Gesprächsstoff.

Warum trägt die Frau den Regenschirm, obwohl es nicht regnet?

Warum?

Ist sie verrückt? Oder bildet sie sich ein, daß es regnet, während es trocken ist? Dann ist sie ja auch verrückt.

Die Frau geht weiter. Sie dreht den Schirm nach verschiedenen Richtungen, als ob der Regen bald von dieser, bald von jener Seite komme.

Man denkt daran, die Feuerwehr zu alarmieren. Denn wenn alle Menschen mit Regenschirmen herumlaufen, wenn es nicht regnet, dann kann es bald geschehen, daß Leute mit Badehosen im Hagel spazieren gehen.

An jeder Straßenecke wiederholt sich dasselbe Schauspiel.

Die Kinder laufen hinter der Frau her, die unentwegt weitergeht.

Aber keiner denkt daran, die Frau zu fragen, warum sie den Regenschirm trägt, obwohl es nicht regnet.

Dann würde die aufgeregte Menschheit erfahren, daß die Frau den Schirm trägt, um sich gegen die Sonne zu schützen, da sie nicht in der Lage ist, sich für den Regen einen Regenschirm und für die Sonne einen Sonnenschirm zu kaufen.

Deutsche Hochschule für Leibesübungen.

Staatlicher Lehrgang. — Stat. Frequenz.

Der Senat der H. f. L. nahm einen Auftrag des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bezüglich Veranstaltung eines staatlichen Ausbildungslehrganges für Turn- und Sportlehrer mit abschließendem staatlichen Zeugnis an. Der Senat ging dabei von der Zusicherung aus, daß die Deutsche Hochschule für Leibesübungen der Preußischen völlig gleichgestellt und auch bei der Abnahme der Prüfungen gleichberechtigt sei. — Es wurde ferner beschlossen, die Reichs- und die preußische Regierung um Entsendung eines Mitgliedes in den Senat zu bitten. Aus dem Bericht über die Finanzlage der Hochschule ging hervor, daß die Gesamtkosten der vergangenen zwei Semester einschließlich der rund 100 Lehrgänge — davon 62 im ganzen Reiche und in Deutsch-Böhmen — rund 9 Millionen Mark betragen haben, von denen 3½ Millionen durch das Reich und 5 Millionen durch den Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen aufgebracht wurden; die übrigen Mittel entstammen eigenen Einnahmen der Hochschule. Der Voranschlag für das kommende Jahr beläuft sich auf 64 Millionen.

Die Lehrgänge im Reiche werden im Sommer 1923 zunächst unterbleiben, dagegen finden im Stadion wieder zwölf Lehrgänge statt, von denen acht das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt veranstaltet. — Von zwanzig Prüflingen des Wintersemesters haben fünf die Prüfung bestanden. — Die August Bier-Plakette für das beste Examen wurde dem Stud. rer. gymn. Westerhaus verliehen. — Das Diplom der Hochschule wurde ehrenhalber dem in dreijähriger Tätigkeit bewährten Sportlehrer Schelenz überreicht.

Dr. Altrock berichtete über die günstige Lage der Anstellungsverhältnisse; zurzeit liegen bei der Hochschule nicht weniger als vierzehn Anträge auf Gestellung von Turn- und Sportlehrern aus dem In- und Auslande vor. Ebenso zahlreich sind die Neuanmeldungen für das kommende Semester. Bis jetzt haben sich bereits 28 Studenten und Studentinnen neu eingeschrieben, darunter 12 Ausländer.

Laufen und Gehen.

Marathonlauf.

Der 13. Deutsche Marathonlauf ist jetzt von der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik dem Verband Brandenburgischer Athletik-Vereine zur Austragung übergeben worden, der die klassische Prüfung am Sonnabend, 28. Juli, einen Tag vor den Brandenburgischen Meisterschaften, zum Austrag bringt, und zwar im Gegensatz zu der bisherigen Durchführungsweise wahrscheinlich auf einer mehrmals zu durchlaufenden Rundstrecke. Der Lauf ist in den drei letzten Jahren, 1920 bis 1922 jedesmal von Wils-Berlin gewonnen worden. Auch schon 1911 konnte sich dieser als Sieger einschreiben. Den deutschen Rekord über die 42,200 Kilometer lange Strecke hält noch der Sieger von 1910, Rieß-Berlin, mit 2 : 49 : 13,8.

„Quer durch Neukölln“

veranstaltet die Neuköllner Sportvereinigung „Marathon 02“ am Sonntag, den 22. April, vormittags 9 Uhr, in Form eines Straßenlaufens und -gehens über 15 Kilometer mit Start und Ziel am Buschkrug in Britz. Die Strecke führt durch die Berg-, Berliner Straße über den Hermannplatz durch die Hasenheide über den Kaiser-Friedrich-Platz durch die Blücherstraße zum Blücherplatz und zurück. Der Lauf, der im vorigen Jahre mit den Siegen von Tornow und Müller endete, wird auch in diesem Jahre eine Werbeveranstaltung ersten Ranges werden. Im Laufen werden rund 100 Teilnehmer am Start erscheinen, von denen in der Seniorenklasse der Sieger des Vorjahres Tornow (Neuköllner Sportfreunde) gute Aussichten hat. Seine Gegner sind u. a. Ruppert (B. S. U.), Schacht (B. A. K.), Brauch (Pol. S. V.), Vietz und Gebr. Sieber (B. A. K.), Blankenburg (B. T. S. V.), Ohle, Arel (Neuk. S. Fr.).

Krzor.

An der Avus.

Am 29. April bringt der Brandenburgische Turnsportverband im Grunewald auf der Strecke neben der Autostraße den ersten diesjährigen großen Straßenstaffellauf zur Durchführung. Die Laufstrecke ist 20 Kilometer lang und beginnt bei Eichkamp. Sie führt den Kronprinzessinnenweg entlang über den Großen Stern bis nach Nikolassee und auf dem gleichen Wege wieder zurück. Der Lauf ist offen für Männer und Jugendmannschaften aller Vereine des Turnkreises IIIb. Zu einer Mannschaft gehören 40 Läufer, denen vorgeschriebene Strecken von 200—1000 Meter zugeteilt werden. In Sonderklassen sowohl für Männer als auch für Jugend, treffen sich die kleineren Vereine unter 50 Mitgliedern. Hier Strecke 10 Kilometer, 20 Läufer. Für Frauen ist ein Lauf über 2 Kilometer vorgesehen, die mit je 100 Meter auf 20 Läuferinnen verteilt sind. Der entsprechende Sonderkampf der kleineren Vereine über 1 Kilometer ist für 10 Läuferinnen ausgeschrieben. Leitung: Sportwart des Turnkreises IIIb W. Hansen O. 17, Mühlenstr. 51; dort Meldeschluß am 17. April.

„Rund um den Friedrichshain“.

Der Lübecksche Turnverein Berlin 1861 veranstaltet am 22. April, nachmittags 3 Uhr seinen alljährlichen Werbestaffellauf „Rund um den Friedrichshain“. Die Veranstaltung ist offen für alle Turn- und Sportvereine Groß-Berlins und der Mark Brandenburg. Der Staffellauf führt über 4 Kilometer, während der Einzellauf und das Gehen über 8 Kilometer gehen. Start und Ziel Landsberger Platz. Die Strecke führt durch die Friedenstraße zum Königstor, Straße am Friedrichshain, Kniprodestraße, Elbinger Straße, Landsberger Allee zum Ziel. Jede Mannschaft besteht aus zehn, Damen- und Knabenmannschaften aus 20 Läufern. Meldeschluß 15. April, mittags 12 Uhr, bei Martin Hanisch, Berlin O., Knorrpromenade 1 (Tel. Alexander 4505).

Neue deutsche Flugpreise.

Dem Aero-Club von Deutschland haben die Dinoswerke zwei Millionen Mark für einen Wassersegelflugpreis gestiftet, ein ungenannter Spender 100 schwedische Kronen für einen Segelflug im Zweisitzer mit Hilfsmotor, die Heinkel-Flugzeugwerke (Warnemünde) einen Preis von 200 000 M für einen Segelflug mit Hilfsmotor, Clemens Bücker, Stockholm, für einen bemannten Fesselaufstieg mit einem Flugzeug 500 000 M. — Die Zigarettenfabrik Garbaty hat der Segelflug G. m. b. H. eine Million Mark zur Verfügung gestellt, um sie für denjenigen auszusetzen, der den Dauerflugrekord im Segelflug schlägt; außerdem hat die Firma für die erste einen Segelflug ausführende Dame einen Ehrenpreis bestimmt.

Motorradrennen bei Wien.

International über 300 Kilometer.

Um das Touren-Motorrad, nicht die Rennmaschine, zu fördern, hat die Wiener Herrenfahrer-Vereinigung für den 13. Mai dieses Jahres internationale Rennen ausgeschrieben, die auf einer etwa 20 Kilometer langen Rundstrecke im Wiener Wald ausgefahren werden sollen und offen sind für Fahrer, welche die Lizenz der Oesterr. Motorrad-Sportkommission besitzen oder Mitglied eines von der internationalen Föderation anerkannten Klubs sind. Es bedarf der Klärung, ob hiernach eine deutsche Beteiligung ohne weiteres möglich ist. Die Rennen führen über rund 300 Kilometer, die Maschinen werden in drei Klassen gegliedert: Junioren (bis 350 ccm), Senioren (bis 500 ccm), Unbegrenzt (über 500 ccm). Der Sieger jeder Klasse erhält den Titel „Sieger der Oesterreichischen Tourist Trophy“. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß die berühmte englische Tourist Trophy als Muster für die nützliche Veranstaltung gedient hat. Im übrigen erhalten die ersten Sieger jeder Klasse eine vergoldete, die zweiten und dritten eine Bronzemedaille. — Die Hauptpunkte der technischen Bedingungen lauten: Tourenmaschinen ohne Tretmechanismus, Kotflügel vorn und hinten, zwei von einander unabhängige Bremsen, ein normaler Sattel, Lenkstangenbreite höchstens 95 cm, horizontales, mindestens 40 cm langes Auspuffrohr.

Nenngeld bis zum ersten Nennungsschluß (21. April) 150 000 Kronen, Nachnennungen bis 5. Mai doppelter Einsatz. Meldestelle: Wien XIII, Glorickegasse 15.

Breitensträter—Wagner.

Trainingsvorbereitungen.

Der große Kampf um die Deutsche Schwergewichtsmeisterschaft wirft seine Schatten voraus. Die Frage nach dem Sieger wird immer wieder laut. Wer mag der aussichtsreichere, der besser gerüstete sein? Das Training von Breitensträter hat sich in Biesenthal bei Berlin abgespielt, woselbst auch den Vertretern der Presse Gelegenheit gegeben war, einem harten Uebungstag beizuwohnen. Als Chefinstruktor hatte sich Breitensträter der Dienste des gewiegten, technisch hervorragenden Negerboxers Jimmy Lyggett versichert. Der Neger sollte einen günstigen Einfluß auf des Meisters Können ausgeübt haben; ob es ihm allerdings gelungen ist, Breitensträters Temperament zu zügeln, erscheint mehr als zweifelhaft. Als weitere Trainingspartner waren Bruno Schmidtl, der Mainzer Schmidt, Wagners Ebenbild, und schließlich Kirschbaum tätig, alle drei guter Durchschnitt, aber auch nicht mehr. Im Gegensatz dazu liegt über den Vorbereitungen des Duisburgers ein ziemliches Dunkel. Es verlautet nur, daß Hans Wagener im Kreise seiner Brüder Rudi und Conrad, sowie seines Landsmannes Czirson und des Düsseldorfers Steffgen an seiner Form mit fabelhaftem Fleiß gefeilt habe. Uns will dieser Trainingsstab etwas einseitig erscheinen, keiner der Vorgenannten scheint in der Lage, bei dem langen Duisburger eine Stilverbesserung oder Veränderung, wie es beispielsweise Sabri Mahir bei Wiegert tat, zu erzielen. Wagener ist ein wenig leichter geworden, wird aber am Sonnabend dennoch mit einem nicht zu unterschätzenden Uebergewicht von rund 30 Pfund durch die Seile klettern, da auch Breitensträter kaum die obere Grenze des Halbschwergewichts überschreiten dürfte.

Im Beiprogramm dürfte es zwei interessante Begegnungen zwischen Runge—Drehkopf und Rolauf—Hugentobler geben.

K. A. C.

Ringkampfwettbewerbe.

Anläßlich der mehrwöchentlichen Pause in den Berliner Mannschaftskämpfen der A-Klasse veranstaltet der Berliner Sport-Club eine Konkurrenz für Mittelgewichtler. Unter den Teilnehmern befinden sich Namen von hervorragendem Ruf, wie Amelong, Rieger vom Heros und Grüneisen-B. S. C. Die Entscheidungen der großen Kämpfe werden am Sonntag abend des 22. April im Langenbeckhaus, Berlin, Ziegelstraße 10, ausgefochten. Das Programm wird durch Boxkämpfe und Einzelkämpfe

Das Internationale Olympische Komitee,

das in Rom tagte, vergab die Olympischen Spiele für 1932 an Los Angeles (Kalifornien). 1928 finden die Spiele bekanntlich in Holland statt.

Jahresschau Deutscher Arbeit.

Der Verein Deutsche Sportpresse hält am Freitag, 20. April, abends 8¼ Uhr, in den Räumen des Berliner Automobil-Clubs, Kleiststraße 14, einen Clubabend ab, auf dem Dr. Krivinger, der Leiter der literarischen Abteilung der Jahresschau Deutscher Arbeit, Dresden 1923, über das große sportliche Programm dieser Veranstaltung referieren wird.

Nächste Schiffsverladegelegenheiten

Weltverkehr.

Nach Nordamerika.

Boston: D. „Brasilia“ (H.), 22. 5. (Hamb.-Amerika-L.); D. „*“ (H.), 14 tägl. (Holland-Amerika-L.).
New Orleans: D. „Deutschfeld“ (H.), 23. 4. (Cont. Schiff.-L., Hamb.); D. „Edam“ (R.), 2. 5. (Holland-Amerika-L.); D. „Leerdam“ (H.), 23. 5. (Holland-Amerika-L.).
Philadelphia, Baltimore: D. „Emden“ (H.), 8. 5. (Hamb.-Amerika-L.); D. „Porto“ (B.), 6. 5. (Nordd. Lloyd); D. „*“ (H.), 14 tägl. (Holland-Amerika-L.).
New York: D. „Bayern“ (H.), 10. 5. (Hamb.-Amerika-L.); D. „Conte Rosso“ (G.), 26. 4. (Lloyd Sabaudo); D. „George Washington“ (B.), 2. 5. (United States Lines); D. „Hansa“ (H.), 26. 4. (Hamb.-Amerika-L.); D. „Manchuria“ (H.), 5. 5. (American Line); D. „Orduna“ (H.), 2. 5. (Hamb.-Amerika-L.); D. „Orca“ (H.), 25. 4. (Royal Mail Line); D. „Pittsburgh“ (B.), 27. 4. (White Star Line); D. „Saxonia“ (H.), 24. 4. (Cunard-Linie); D. „Seydlitz“ (B.), 28. 4. (Nordd. Lloyd).

Nach Mittelamerika.

Cuba, Mexico: D. „Else Hugo Stinnes“ (H.), 5. 6. (Hugo Stinnes A.-G.); D. „Danzig“ (H.), 1. 5. (Hugo Stinnes A.-G.); D. „Holsatia“ (H.), 8. 5. (Hamb.-Amerika-L.).
Vera Cruz: D. „Danzig“ (H.), 1. 5. (Hugo Stinnes A.-G.); D. „Edam“ (H.), 2. 5. (Holland-Amerika-L.); D. „Nordfriesland“ (H.), 25. 4. (Ocean-Linie).
Cristobal, Colon: D. „Adalia“ (H.), 9. 5. (Hamb.-Amerika-L.); D. „Venezuela“ (H.), 27. 4. (Kgl. West-Ind.-M.).
Haiti, Domingo: D. „*“ (H.), 6 tägl. (Santo-Domingo-L.).

Nach Südamerika.

Guayaquil, Valparaiso, Coronel: D. „Frankenwald“ (H.), 12. 5. (Hamb.-Amerika-L.); D. „*“ (B.), wöchtl. (Nordd. Lloyd); D. „*“ (H.), 4. 5. (Kgl. West-Ind.-M.).
Buenos Aires: D. „Baden“ (H.), 1. 6. (Hamb.-Amerika-L.); D. „Crefeld“ (H.), 2. 5. (Nordd. Lloyd); D. „Flandria“ (A.), 25. 4. (Kgl. Holl. Lloyd); D. „Holm“ (H.), 17. 5. (Hugo Stinnes A.-G.); D. „Sachsen“ (H.), 15. 5. (Hamb.-Amerika-L.).
Rio de Janeiro, Santos, Desterro, Rio Grande: D. „Altmark“ (H.), 5. 5. (Hamb.-Amerika-L.); D. „Antonio Delfino“ (H.), 26. 4. (Hamb.-Südamer.-D. G.); D. „Cap Norte“ (H.), 17. 5. (Hamb.-Südamer.-D. G.); D. „Flandria“ (A.), 25. 4. (Kgl. Holl. Lloyd); D. „Teneriffe“ (H.), 11. 5. (Hamb.-Südamer.-D. G.); D. „Tucuman“ (H.), 28. 4. (Hamb.-Südamer.-D. G.).

Nach Westindien.

Venezuela, Columbien, Haiti: D. „Adalia“ (H.), 12. 5. (Hamb.-Amerika-L.); D. „Henry Horn“ (H.), 5. 5. (H. C. Horn, Flensb.).

Nach Afrika.

Angola: D. „Wigbert“ (H.), 30. 4. (Deutscher Afrika-D.), D. „*“ (B.), 25. 5. (Deutscher Afrika-D.).
Goldküste, Kongo: D. „Ivo“ (H.), 27. 4. (Deutscher Afrika-D.).
Walfischbay, Lüderitzbucht, Kap: D. „Jagersfontein“ (H.), 5. 5. (Holland-Südafr.-L.); D. „Ussukuma“ (H.), 1. 5. (Deutscher Afrika-D.).
Liberia: D. „Irmgard“ (H.), 3. 5. (Deutscher Afrika-D.).
Afrika-Rundfahrten, Atl. Ozean, Kanarische Ins., Ostafrika u. Suezkanal: D. „Usaramo“ (H.), 12. 5. (Deutscher Afrika-D.).
Las Palmas, Fernando Po: D. „Thama“ (H.), 15. 5. (Elder Dempster-L.); D. „Tsad“ (H.), 10. 5. (Deutscher Afrika-D.).

Nach Asien.

Colombo, Madras, Calcutta: D. „Andyk“ (R.), 25. 4. (Holl.-Brit.-Ind.-L.); D. „Trautenfels“ (H.), 28. 4. („Hansa“-Gesellsch.); D. „Werdenfels“ (H.), 28. 4. („Hansa“-Gesellsch.).
[illegible]

Nach Australien.

[illegible]

Die Radfernfahrt Berlin—Kottbus—Berlin,

[illegible]

Deutscher Steherpreis.

[illegible]

Zigarren
Importas 250.-
Geigenfee 300.-
Flor Unita 400.-
Rano Utro 500.-
Erstklassige Sumatra-Zigarre 1200.-

Lebensmittel
Suppenfleisch Pfund 2800.-
Schmorfleisch Pfund 3100.-
Gehacktes Pfund 3200.-
Gulasch Pfund 3400.-
Kalbskamm 2100.-
Kalbsrücken 2300.-
Kalbskeule 2600.-
Kalbsköpfe mit Zunge und Hirn Pfund 900.-
Grüne Heringe Pfund 375.-
Ostsee-Dorsch 450.-
Seelachs im Ganzen Pfund 500.-
Kabliau im Ganzen Pfund 650.-
Frische Hechte Pfund 1100.-
Lebende Karpfen 2600.-
Makrelen Bücklinge Pfund 800.-
Sprotten Bücklinge Pfund 1100.-
Rotwurst Pfund 2700.-
Landleberwurst Pfund 2900.-
Aufschnitt Fleisch Pfund 2800.-
Rinderherzen gefroren Pfund 2150.-
Kaufhaus des Westens G.m.b.H.

Asbach uralt

Verantwortlich für die Redaktion: [illegible]